INFO★VERTEILER 31
Oktober 1992

La Patria Radical, Zeitung der MLN-PR, ca. Jänner 1992

"Demokratie" und Revolution

Julio Rosado Ayala

In den letzten vier Jahren, seit 1988, wurden alle Theorien, auf die sich die Lateinamerikanischen Bewegungen seit der Kubanischen Revolution bezogen haben, umgestürzt. Auch der erwartete Zusammenbruch der Sowjetischen Sozialimperialisten - Hauptvertreter der Theorie von der Unumkehrbarkeit des revolutionären Prozesses - hat den Prozeß der Demaskierung unter den bewaffneten Bewegungen und Massen der Welt beschleunigt.

Über diesen Prozeß gibt es viel nachzudenken und viel zu sagen. Aber es entfalten sich auch dem widersprechende und entgegengesetzte Entwicklungen in der Welt von heute. Einige sind enttäuschend, andere ermutigend.

Ohne Zweifel überrumpelte uns die Peristroika bei einem Schläfchen auf einer idealistischen Wolke. Viele von uns sahen in Perestroika und Glasnost eine Umwandlung, oder besser eine Korrektur in dem Gebäude des Sozialismus hin zu einer Demokratisierung des Prozesses. Die von uns, die das dachten, glaubten, daß es Solidarität in der Partei gäbe, und Kreativität, um eine gut geleitete Umwandlung zu gewährleisten. Wir haben den Fehler gemacht, den Blick auf die grundsätzliche Natur des Sowjet-Revisionismus nach Chrutschov, oder genauer, nach dem Tod von Stalin, zu verlieren. Wir haben auch die Geschichte der Kommunistischen Partei in der Sowjet-Union vergessen: die Bürokratie, die Trennung der Partei von den Massen.

Jetzt, wo die Tatsachen klar sind, merken wir, wie idealistisch wir waren und wie wenig Aufmerksamkeit wir dem Studium und der Überprüfung der Entwicklung geschenkt haben.

Diese Abhandlung ist nicht haupsächlich zur Korrektur, sondern vielmehr zur Auswertung dessen, was gerade passiert ist.

Die drei Bewegungen, die wahrscheinlich im Moment am besten für eine solche Analyse geeignet sind, sind die Sandinisten, die FMLN in El Salvador, und die M-19 in Kolumbien. Wir werden sehen.

Eine Zeitlang wurde gesagt, daß die Ideologie einer Organisation die Grundlage ihrer Aktionen und Entscheidungen bestimmt, und nicht ihre bewaffneten Möglichkeiten oder revolutionäre Rhetorik. Das wollen wir in den folgenden Seiten überprüfen. Wir haben zuallererst den entschlossenen Kampf der Menschen in Kuba für den Erhalt und Ausbau der Arbeitermacht im Bewußtsein.

Die Sandinisten, das moderne Ergebnis von Menschen wie Carlos Fonseca Amador, kämpften lange Zeit heroisch als eine Minderheit von Revolutionären gegen den Faschismus Somozas, der von der imperialistischen Politik der Nordamerikanischen Bourgeoisie unterstützt wurde.In der Bewegung entwickelten sich drei Strömungen - unter ihnen die Sozialdemokraten. Keine war eine grundsätzlich kommunistisch, dazu waren ihre Ideologie zu idealistisch. Die Bewegung war von Grund auf populistisch.

Die FMLN hingegen hatte sehr ideologische und kommunistische Teile - die

Inhalt

Vorankündigung:
Am Samstag, 7.11.92
wird es in Wien eine
Demo gegen Rassismus und Faschismus
geben. Näheres wissen wir leider auch noch nicht.

Volksbefreiungskräfte (FPL), geführt von Commandante Cayetano Carpio. Es gab andere, die populistisch waren. Die 'Kommunistische' Partei El Salvador von Shafik Handal, der große persönliche und politische Differenzen mit Cayetano hatte, verband sich mit den Sozialdemokraten von Guillermo Ungo, der auch den Weg des bewaffneten Kampfes kreuzte, zu einer militärischen und zivilen Junta 'fortschrittlichem' Zuschnitts und formte das, was als staatlicher FMLN-Überbau bezeichnet wird, und der jahrelang versuchte, die FPL-Guerilla und andere zu vernichten.

Mensch muß die politischen Manuskripte von Cayetano Carpio, dessen Kampf-Name 'Marcial' war, lesen, um einen Begriff von der Intoleranz der FMLN gegenüber der Klassen-Opposition des Salvadorensischen Volkes zu bekommen. Aber die Aufzeichungen sind noch wichtiger wegen der wiederholten Rufe nach dem Kampf bis zum Tod aus allen Abteilungen der Organisation.

Es ist klar, daß Marcia in Managua, Nigaragua, ermordet wurde. Offiziell wird behauptet, das er Selbstmord begangen hätte; offizielle Presseerklärungen behaupten, es wäre gewesen, weil er Gehirnkrebs gehabt oder weil er die zweite Kommandeurin der FPL, Ana Maria, getötet hätte. Wir erinnern uns an die Worte von Lolita Lebron: 'Revolutionäre begehen keinen Selbstmord'.

Nach Marcials Tod wurde die FMLN durch Verhandlungen geführt. Aber auch dann noch, in blindem Vertrauen in 'die Revolutionäre', glaubten wir, daß die Verhandlungen wegen dem Ende der Unterstützung durch die Massen geführt würden. Wir hätten den Einfluß von Ungo und Handal sehen sollen - haben wir aber nicht.

Die M-19 wurde immer verdächtigt, revolutionäre Ideen über Bord zu werfen, weil sie sich schon früh mit sozialdemokratischen Politikern identifizerte. Aber dennoch verwirrte sie uns mit ihrem 'bewaffnetem Kampf' und ihrer 'revolutionären' Linie.

Man mußte die 'demokratische Öffnung' erfinden - wahrscheinlich in Washington -, so daß der Reformismus an die Oberfläche fließen konnte wie der Dreck aus einer Kloake. Gesichert ist, daß es Gespräche zwischen den Führern in Washington, Nicaragua, El Salvador und Kolumbien gab. Auf einmal schien es, daß nicht nur der Sowjetische Block umfällt, sondern auch Washington seine Tore für den Empfang der 'Revolutionäre' öffnete.

Ich weiß nicht, ob die, die die 'demokratische Öffnung' (eine Bezeichnung, die immer 'Unterwerfung' bedeutete) erfanden, auch den Eintritt der Guerilla in den Wahlprozeß erfanden. Sicher ist, daß die Guerillas mit Gewehren jetzt Guerillas ohne Gewehre sind, und wir alle wissen, daß eine Guerilla ohne Waffen Kandidat für das Büro des Bürgermeisters, das Parlament, den Senat und auch, wie die M-19, für den Präsidenten ist. Wir waren Zeugen, wie der internationale, der Guerilla-Marsch zu spielen ist, oder die Nationalhymne der Vereinigten Staaten. Die M-19 tat das! Wenn Du Dich von einem gut eingeölten Berg zurückziehst, so gut , wie ihn nur der Imperialismus versteht zu schmieren, wird der Abgang so schnell, daß niemand ihn stoppen kann, bevor sie im tiefsten Abgrund landen.

Die 'demokratische Öffnung' ist die Auslieferung der Guerilla und der Thriumph des Kapitalismus in den Ländern, wo die Populisten und Sozialdemokraten den Verrat der Arbeiterklasse und der Campesinos ausgehandelt haben: letztlich ein Verrat durch die leichtlebigen Schüler der Ausbeuter und ihrer Ideologie, verkleidet als Ausgebeutete.

Aber der Frieden von Ortega in Nicaragua, Handal in El Salvador, der Führer der M-19, und derer, die in Kolumbien, Guatemala und anderen Ecken von Amerika paktieren wollen und auch derer in Europa, die über Klassentricks zum bewaffneten Kampf gekommen sind oder die wegen der Unsicherheit ihrer populistischen Ideale vor der Repression zurückweichen, sie alle tragen ein Bündel von Opposition und Widersprüchen auf ihren Schultern.

Die Führung der Sandinisten hat Opposition von ihrer Basis. Auch die FMLN hat Opposition von ihrer Basis. Alle wissen, daß in Kolumbien gekämpft wird. Dort gibt's eine Opposition! Und wir müssen sie unterstützen! Wir glauben fest daran, daß die Revolution die einzige Hoffnung der Völker ist - und zwar die letztendlich am wenigsten blutige, weil die tägliche Gewalt des Kapitalismus über die Massen (schau dir all die Drogentoten, Obdachlosen, Kranken, Verstümmelten und Toten an) wirklich blutig ist. Wir unterstützen die, die mit der Waffe in der Hand kämpfen; die, die Nein zu den bürgerlichen Wahlen sagen und die, mit den Worten von Pedro Albizu Camos sagen: 'Puerto Rico, erwarte Dir nicht mehr Unabhängigkeit als Du mit Deinen Waffen erkämpfen kannst'. Das könnten die Worte jeder Guerilla in jedem Land sein. Es sind unsere!

Auf der anderen Seite haben wir die Kommunistische Partei Peru/Sendero Luminoso. Sie repräsentieren die Zukunft des revolutionären Prozesses in Lateinamerika - trotz der Imperialisten, die eine Kampagne voller Haß und Desinformation gegen die PCP/SL führen, ihre Aktionen und Programme verleumnden. Trotzdem genießt die PCP/SL die Unterstützung des Volkes, wie ein McNeil/Lehrer-Interview auf PBS zeigt. Sie vertreiben Drogen und Kriminalität aus den Armenregionen; sie errichten ein Justizsystem, das die Unterdrückten bevorzugt; die befreien das Land von Korruption und Opportunismus. Mehr als 35% der Bevölkerung unterstützen sie und noch mehr sagen, daß es mit dem kapitalistischem System nichts zu verhandeln gibt. Der Kampf geht bis zum Sieg. Es sieht so aus, als würde Sendero Luminoso eine neue Ära der Kämpfe in Lateinamerika einleiten.

Umsomehr wird die 'demokratische Öffnung' fallen. Gemacht, um die Söhne der alten Landbesitzer in hellem Glanz zu kleiden, war die 'Öffnung' nichts anderes als die weißen Aristokraten des Kontinents als Sozialdemokraten zu repräsentieren. Sie sprechen anders als die Alten, aber sie sind dieselben. Jetzt enthüllen sie sich in Peru, wo sie zum alten Weg der Diktatur zurückkehren. Sie enthüllen sich in Haiti und Venezuela. Sie führen ihre Diktaturen wieder ein, weil sich die Menschen gegen sie wenden, wirkliche Demokratie fordern - die Volksdemokratie.

Der Friedensprozeß, dh. die Befriedung der Menschen, die Populisten und Reformisten in der gleichen Arena wie die Landbesitzer und Sozialdemokraten sein wollen, ist ein von Grund auf leerer Prozeß, der mehr Revoltion als heute hervorrufen wird. Die Völker haben die Zeit auf ihrer Seite. Die Tage des Kapitalismus sind gezählt.

Assata Shakur über Rassismus in den USA

Schwarze haben's wirklich nicht leicht in den USA

Eine Antwort an Jody Benjamin (PNS)

(Die folgenden Bemerkungen wurden als Antwort auf den kürzlich durch die Pacific News Service veröffentlichten Artikel: "Blacks Don't Walk Easily in Cuba" von Jody Benjamin dem NY Transfer zugesandt)

Assata Shakur ist eine schwarze Aktivistin und frühere politische Gefangene, die seit den frühen 80er Jahren in Cuba als politischer Flüchtling lebt. Als eine Hauptzielscheibe des FBI COINTELPRO, der Zerstörung, Repression und Ermordung von politischen Aktivisten, verbrachte Assata Shakur vor ihrem Prozess und ihrer Verurteilung 1977 wegen Mordes mehrere Jahre im Gefängnis. 1977 gelang ihr die Flucht aus einem US-Bundesgefängnis. Sie lebte im Untergrund, bis ihr in Cuba politisches Asyl gewährt wurde. Mehr Information über Assatas Leben und Ansichten in ihrer 1987 erschienenen Autobiographie: ASSATA, herausgegeben von Zed Press in England und von Lawrence Hill in den USA.

Havana, Cuba 8.Mai 1992

"Allem voran möchte ich bemerken, daß es für mich eine große Freude und eine große Ehre ist, heute hier sein zu können. Ich möchte der kubanischen Regierung und dem kubanischen Volk für ihre lange und standhafte Geschichte der Solidarität und der Unterstützung des Kampfes der African-Americans und anderer unterdrückter Minderheiten in den Vereinigten Staaten danken. Ich bin mir sicher, daß ich für die breite Mehrheit der fortschrittlich denkenden Menschen in den Vereinigten Staaten spreche, wenn ich das für uns sage: die kubanische Revolution war für

uns ein leuchtendes Beispiel der Freiheit, gerechten Justiz und des tapferen Kampfes gegen den US-Imperialismus. Wir sind wirklich dankbar für die prinzipielle Haltung der kubanischen Regierung, die sie stets gegen Rassismus, sei es nationaler oder internationaler, eingenommen hat.

Viele von uns in der African-American community haben zuerst 1960 mit der kubanischen Revolution Bekanntschaft gemacht, als Fidel Castro mit der gesamten kubanische Delegation im Teresa Hotel in Harlem, NY, abgestiegen ist, und so sicher zum ersten und wahrscheinlich auch zum einzigen Staatsoberhaupt wurde, das in einem Hotel in einer hauptsächlich schwarz dominierten und armen Nachbarschaft wohnte.

Farbige und Menschen aus der 3.Welt sind in den USA wiederholt Opfer von Verfolgung und politischer Repression gewesen und wir sind dem kubanischen Volk zutiefst dankbar, daß es politischen Aktivisten, wie Robert Williams und Huey Newton von der Black Panther Party Asyl gegeben hat. Wir schätzen auch die große Unterstützung sehr, die politische Gefangene, wie Angela Davis und Leonhard Peltier in Kuba erhalten haben.

In einer Zeit, in der die Politik der US-Amerikanischen Regierung auf der ganzen Welt immer militaristischer wird, erlebt die Repression innerhalb der Grenzen der USA auch einen Aufschwung. Rassismus und Polizeibrutalität waren immer schon ein Teil der US-Wirklichkeit, aber zur Zeit erreichen sie Höhen, die vorher noch nie bekannt waren. Der Fall Rodney King in Los Angeles ist kein vereinzelter Vorfall. In den letzten 5 Jahren hat es in jeder großen Stadt der USA Aufstände oder Massendemonstrationen gegen die Brutalität der Polizei und gegen die Repression gegeben. Obwohl es auch weiße Opfer der Polizeibrutalität gibt, sind doch Schwarze oder Menschen aus anderen 3.Welt-Ländern die häufigsten Opfer der Gewalttätigkeit der Polizei. In African American-, Latino-, Nativ American- und Asiatischen Communities hat die Polizei praktisch eine Lizenz zu töten. Jedes Jahr wird gegen hunderte Polizisten in Fällen von unverhältnismäßig hohem Gewalteinsatz oder von vorsetzlichem Mord ermittelt, aber nur eine geringe Anzahl wird jemals offiziell wegen der Verbrechen belangt und nur ein winziger Prozentsatz wird schuldig gesprochen. Aber selbst noch bei den seltenen Gelegenheiten, wenn Polizisten tatsächlich wegen Übergriffen, Folter oder Mord verurteilt werden, kommen die Schuldigen selten für ihre Verbrechen ins Gefängnis.

Die rassistischen Massenmedien und die Unterhaltungsindustrie entschuldigen den Polizeiterror stillschweigend, indem sie Schwarze und andere Leute aus der 3.Welt als gewalttätige Kriminelle hinstellen und indem sie polizeiliche Gewalt als eine normale, zu rechtfertigende Tatsache des Lebens behandeln. Die Nachricht mit der suggeriert wird, daß es Schwarze und andere farbige Menschen schon auf irgendeine Weise verdient haben, geschlagen oder erschossen zu werden, wird auf tausende subtile Arten immer und immer wiederholt.

Wenn man sich die Realität in armen und unterdrückten communities ansieht, ist es nicht überraschend, daß die Brutalität der Polizei einen Aufstand in Los Angeles ausgelöst hat. Das was wirklich überraschend ist, ist, daß sich noch nicht mehr Rebellionen ereignet haben. Polizeichef Daryl Gates ist schon oft wegen seiner rassistischen Beamten und wegen rassistischer Bemerkungen ins Kreuzfeuer geraten. Als seine Abteilung wegen der großen Anzahl von Schwarzen, ca. 20, die an den Folgen von Würgegriffen von seiten der Polizei gestorben waren, kritisiert wurde vermeldete er glatt: "Man könnte daraus ersehen, daß sich bei manchen Schwarzen, auf Haftsituationen angewandt, die Venen oder Arterien nicht so schnell zeigen, wie das bei normalen Menschen der Fall wäre."

Rassismus von seiten der Polizei ist in L.A. so häufig, daß die Polizei wenig Bedenken hatte über Polizeifunk und Computer über die Verprügelung von Rodney und andere Übergriffe zu lachen, Witze zu reißen oder King und andere Schwarze den Eidechsen oder Gorillas zuordnen. Über Jahre hindurch haben L.A. SWAT (Überfalls-) Kommandos schwere Säuberungsaktionen in African American- und Latino Communities iniziiert, bei denen eine riesige Anzahl von Jugendlichen gezwungen wurde am Boden zu knien oder zu liegen, während wahllose Durchsuchungen durchgeführt wurden; angeblich um gegen Drogen und das Bandenwesen anzukämpfen. In der Umgebung von L.A. hat die Polizei an manchen Orten richtiggehende Barrikaden mit Polizeibewachung an den Einfahrten errichtet. Es wurden Schilder mit der Aufschrift "Narcotics Enforcement Area - Open to Residents Only" (Drogenüberwachungsgebiet - Eintritt nur für Anrainer) aufgestellt und jede/ r von der/dem die Polizei annimmt, daß er/sie ein Bandenmitglied, oder ein/e Dealer/in sein könnte, wird routinemäßig angehalten und durchsucht.

Die Vorkommnisse von Los Angeles wiederholen sich beinahe identisch überall in den U.S.A.. Obwohl männliche Jugendliche mit schwarzer Hautfarbe oder aus der 3.Welt zw. 10 und 30 Jahren die häufigste Zielscheibe für die Gewalttätigkeit der Polizei sind, ist wirklich niemand davor sicher.

In Kalifornien brach die Polizei eine versperrte Wohnung auf und erschoß einen 5-jährigen farbigen Buben, der mit einer Spielzeugpistole spielte. Der Beamte, der das Kind ermordete verteidigte sich damit, daß er dachte der Bub wäre ein Erwachsener, der versuchte auf ihn zu schließen. Ihm wurde nie der Prozeß gemacht.

Eleanor Bumpers, eine 67 jährige schwarze Großmutter wurde erschossen als die Polizei versuchte sie zu delogieren, nur weil sie einige Monate mit der Miete in Rückstand war. Die Polizei gab an, daß Mrs. Bumpers sie angegriffen hätte, obwohl sie fast 150 Kilo wog und sich wegen schwerer Arthritis kaum bewegen konnte.

Michael Stewart, 18 Jahre wurde für das Verbrechen, die U-Bahnwände bemalt zu haben, zu Tode geprügelt. Beim Versuch seinen Tod zu vertuschen, fälschte der oberste Gerichtsmediziner von New York den Autopsiebericht bei drei verschiedenen Gelegenheiten: Einmal stellte er als Todesursache Herzstillstand fest, einmal Lungenentzündung und zuletzt eine Rückgratverletzung. Die sechs Bullen denen die Prügelaktion zur Last gelegt wurde, wurden für Unschuldig erklärt.

In Philadelphia setzte die Polizei ein Flächenbombardement ein, bei dem elf African Americans ermordet wurden, fünf davon waren kleine Kinder. Darüber hinaus wurden 61 Häuser zerstört, was 253 neue Obdachlose bedeutete. Obwohl die Bewohner kein Verbrechen begangen hatten, inszenierte die Polizei das Bombardement um die Leute aus der Gegend zu vertreiben, indem sie sie zu Radikalen und unerwünschten Personen stempelte, die mit Gewalt entfernt werden müßten.

In vielen Staaten sind nicht nur Prügel, sondern auch verschiedene Arten von Folter zur gewohnten Routine geworden, um ein Geständnis zu erzwingen. In Texas, Kalifornien, Alabama und New York wurden Bullen angeklagt und verurteilt, Gefangene mit "Strom-Knüppel", die eine Ladung von 50.000 Volt haben, gefoltert zu haben.

Das ist nur eine Auswahl der rassistischen Polizeiübergriffe in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Gesamtstatistik ist alarmierend. In N.Y. zum Beispiel sind 1990 die Minderheiten mit 92,5 % von den Bullenmorden betroffen. 1990 wurden 41 Personen von der Polizei ermordet davon waren 23 Latinos, 15 African Americans und nur 3 Weiße. Das Justizministerium berichtet, daß während der letzten 6 Jahre in 15.000 Fällen von Polizeiübergriffen und Anwendung von unverhältnismäßiger Gewalt ermittelt wurde. Das Justizministerium hat aber nur ungefähr 40 Klagen eingereicht um diese Übergriffe zu überprüfen. In beinahe allen Gebieten schaut die US-Regierung bei den meisten Fällen einfach weg, obwohl Rassismus und Gewalt weiter zunehmen.

Rassismus ist in den USA modern geworden, größtenteils wegen der offenen Feindlichkeit und Indifferenz der Reagan- und Bush-Regierung der Lage der Armen und der Menschen aus 3.Welt-Ländern gegenüber. Beide Regierungen haben wirksam alle Zivilrechtsgesetze, alle Programme, um den Armen zu helfen bekämpft und haben Fonds, die für Gesundheit, Erziehung und soziale Wohlfahrt vorgesehen waren schmerzlich eingeschränkt. Mit Beginn der 90er Jahre wurden die meisten Programme und Gesetze, die geschaffen wurden, um den Armen in den Städten wenigstens etwas Hilfe zu gewähren, gestrichen.

Beide, sowohl Reagen als auch Bush, haben in ihren Wahlkampagnen ausschließlich die Interessen des reichen, weißen Amerika vertreten. Anstatt eine

offen rassistische Sprache zu gebrauchen, verdeckten sie ihre rassistischen Appelle mit Codeworten, sie lehnten "Quoten", "spezielle Interessensgruppen" ab, oder sprachen "umgekehrte Diskriminierungen", etc. an. 1988 bezahlte das Wahlmanagement für George Bush riesige Summen um die "Willie Horton" TV-spots zu senden, die sich direkt an den Rassismus der Weißen wandte. Willie Horton war ein Schwarzer, der während eines Hafturlaubs angeblich eine weiße Frau vergewaltigt haben soll. Busch reicherte sich mit Ultrarechten Elementen an, indem er ab und zu Worte aus deren Sprachgebrauch einstreute.

Unter diesen Bedingungen wucherten extrem rechte, weiße Gruppen in den USA. Zwischen 1990 und 1991 stieg die Anzahl der hate groups *um 27 %. 1990 gab es 69 Ku Klux Klan Gruppen; 1991 waren es schon 97. 1990 gab es 160 Neonazi-Gruppen; 1991 bereits über 200. 1991 gab es 25 Morde, die aus Vorurteilen heraus verübt wurden, im Vergleich zu 20 im Jahr 1990.*

Ein Resultat dieser unentwegten, rassistischen Politik der US-Regierung ist, daß sich die unterdrückten Communities in der Krise befinden. Drogenmißbrauch, Gewalt, Verbrechen, AIDS und Armut haben große Verwüstungen innerhalb der Schwarzen- und anderen 3.- Welt Communities angerichtet. Diese Bedingungen sind der Grund für die Wut und die extreme Unzufriedenheit, die zu den Aufständen in L.A. und anderen Städten geführt hat.

Armut

Zur Zeit leben in den USA mehr als 5 Millionen Obdachlose. Zwischen 1986 und 1990 gab es einen Anstieg von 49 % bei Schwarzen, die in den Armenvierteln der großen Städte leben müssen. 1989 lebte die Hälfte der schwarzen Kinder unter 6 Jahren in Armut, gemeinsam mit 40 % der Latino - Kinder.

Für die wohlhabensten 5 % aller Familien in Vereinigten Staaten stieg das Durchschnittseinkommen vom Jahr 1979 bis 1989 von $ 120.253 auf $ 148.438 an. In der selben Periode von 10 Jahren sank das Durchschnittseinkommen des ärmsten Fünftels aller Familien um $ 559. 1990 verdiente ein schwarzer Durchschnittsarbeiter $ 329 in der Woche, verglichen mit $ 427, die ein durchschnittlicher weißer Arbeiter erhielt.

Erziehung

Da die Regierungsunterstützungen gekürzt wurden, wird der Zugang für arme Kinder zu qualitativ hochwertiger Bildung immer schwieriger. In vielen großen Städten liegt die Rate von Schulabbrüchen zwischen 30 und 70 %. Rassismus verfolgt die Kinder vom Kindergarten bis zum College.

Schwarze Kinder sind dreimal mehr gefährdet von den öffentlichen Schulen als "zurückgeblieben" eingestuft zu werden, als weiße Kinder. Schwarze Jugendliche sind bereits 4 Jahre hinter dem Bildungsstand ihrer weißen Altersgenossen zurück.

1980 gaben die reichsten Schuldistrikte in New Jersey $ 800 mehr pro Kind aus, als die Ärmsten. Heute geben sie schon $ 3.000 mehr aus. In Texas wurde 1978 von den reichen Distrikten $ 600 mehr ausgegeben als von den Armen. Heute beläuft sich die Summe schon auf bis zu $ 5.000.

Das Schulgeld in den privaten Colleges hat sich seit 1977 mehr als verdreifacht. Die Durchschnittskosten im letzten Jahr betrugen ca $ 8.700. In den öffentlichen Schulen verdoppelte sich das Schulgeld im letzten Jahr auf ungefähr $ 1.700. Der Prozentsatz von schwarzen Highschool-Abgängern aus Schichten mit geringem Einkommen, die das College besuchen fiel 1988 auf 30 % von beinahe 40 % im Jahr 1976 ... 1976 immatrikulierten 53 % der schwarzen Highschool-Abgänger aus mittleren Einkommensgruppen; 1988 waren nur noch 28 % da. Die schwarze Präsenz am Campus ist stark zurückgegangen - obwohl laut Newsweek *der durchschnittliche Collegebesuch angestiegen ist:*

"Wer geht ins College?" (aus Newsweek)

6 % männlich schwarz	4 % weiblich schwarz
46 % männlich weiß	39 % weiblich weiß

Gesundheit

Die Todesrate bei schwarzen Säuglingen (17,6 bei 1.000 Geburten 1988) ist mehr als doppelt so hoch wie bei Weißen (8,5 pro 1.000). Laut der Nationalen Kommission zur Vorbeugung der Säuglingssterblichkeit leiden Detroit, Washington und Philadelphia an einer höheren Todesrate bei Kleinkindern als Jamaica oder Costa Rica. In Central Harlem ist die Säuglingssterblichkeitsrate genau gleich, wie in Malaysia:

Säuglingssterblichkeitsrate, 1988 (Tote pro 1000 Geburten):

Central Harlem 23,4; Bedford Stuyvesant 21,0; East Harlem 14,9; New York City 13,3

Eine Studie von Dr. Harold Freeman, dem Direktor der chirurgischen Abteilung des Harlem Hospital und Dr. Colin McCord hat ergeben, daß ein Mann aus Harlem eine geringere Chance hat über 40 Jahre alt zu werden, als ein Mann aus dem verarmten Bangladesh.

In Bangladesh erleben 55 % der Männer das 65. Lebensjahr, während in Harlem nur 40 % der Männer so lange leben.

Ca. 7 % aller Babys der USA - eine Viertelmillion im Jahr - werden mit Untergewicht geboren. Die Rate unter den Minderheiten ist weit größer und steigt immer noch. 1988 sind erschreckende 13 % aller schwarzen Kinder mit gefährlichem Untergewicht zur Welt gekommen.

Der Kokaingebrauch ist unter jungen Frauen in den 80er Jahren bedrohlich angewachsen, Jüngste Untersuchungen lassen vermuten, daß sich das Problem zugespitzt hat; Experten meinen, daß 100.000 bis 300.000 Frauen jährlich durch Kokain beieinträchtigte Kinder gebären. In Harlem Hospital ist der Kokaingebrauch unter werdenden Müttern sprunghaft von 1 % im Jahr 1980 auf 20 % im Jahr 1988 gestiegen, Eine Untersuchung aus dem Jahr 1989 wies darauf hin, daß 1989 17 % der Babys von Philadelphia mit einer Gefährdung geboren wurden.

Mehr als 34 Millionen Nordamerikaner haben keine Krankenversicherung. Von den Unversicherten sind 27 % Hispanics, 20 % Schwarze und 12 % Weiße.

Gefängnis

Männliche Schwarze machen weniger als 6 % der Bevölkerung der USA aus, stellen aber fast 50 % der Häftlinge in Gefängnissen und Besserungsanstalten dar. Die Vereinigten Staaten haben heutzutage mit 426 Gefangenen auf 100.000 Einwohner die höchste bekannte Rate von Inhaftierungen auf der Welt. Südafrika nimmt den 2. Platz in der Welt mit 333 Gefangenen auf 100.000 Einwohner ein.

- Männliche Schwarze werden in den USA 4 mal öfter eingesperrt als in Südafrika, das sind 3.109 auf 100.000 Einwohner verglichen zu 729 auf 100.000 Einwohner.

- Zwischen 1973 und 1988 verdreifachte sich die Zahl der Schwerverbrecher in den Staats- und Landesgefängnissen fast von 204.000 auf 603.000. 1989 überschritt die Zahl der Insassen in den US-Gefängnissen die 1-Millionenmarke.

- Greift man einen x-beliebigen Tag heraus, so ist ca. einer von 4 schwarzen Männern (23 %) in der Altersgruppe zwischen 20 und 29 Jahren entweder im Gefängnis, in einer Strafanstalt, auf Bewährung oder auf Strafaussetzung.

- Bei den weißen Männern in der Altersgruppe zwischen 20 und 29 Jahren befindet sich nur einer unter 16 (6 %) unter der Kontrolle der Strafjustiz.

- Die Raten bei Latino-Männern fallen mit einem unter 10 (19,4 %), der an irgendeinem beliebigen Tag mit der Strafjustiz zu tun hat, zwischen diese zwei Gruppen.

Die Anzahl der Insassinnen hat sich in den letzten 10 Jahren fast verdreifacht. 3/4 dieser Frauen sind Mütter und viele davon Alleinerzieherinnen ... Die typische Straffällige, wenn man von einer nationalen Studie aus dem Jahr 1988 ausgeht, die für die American Correctional Association erstellt wurde, ist eine junge Mutter, die einer Minorität angehört.

Todesstrafe

- Ungefähr 2.400 Personen sind zum Tode verurteilt. Mehr als 41 % der Gefangenen, die zum Tode verurteilt sind, sind African Americans.

- Mehr als 6 % der Menschen in Todeszellen sind Hispanics.

- Native Americans erhalten die Todesstrafe in Zahlen ausgedrückt, mehr als dreimal sooft, verglichen zur Proportion ihrer Gesamtbevölkerung. Ein Komitee der gerichtlichen Kammer stellte fest, daß 60 von 115 Gefangenen mit Todesurteil in Alabama African American waren; von ihnen wurden 71 % seit der Wiederaufnahme der Hinrichtungen im Bundesstaat in den frühen 80er Jahren, hingerichtet.

Das regierungseigene General Accounting Office überprüfte 20 Studien nach Ähnlichkeiten bei Todesurteilen. Die Stu-

die folgerte, daß "in 82 % der Studien die Rasse der Opfer Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit einer Anklage wegen kapitalen Mordes hatte. Diejenigen, die Weiße ermordet hatten, wurden eher zum Tode verurteil als jene, die Schwarze ermordet hatten."

Das 'SPECIAL INTERNATIONAL TRIBUNAL ON THE VIOLATION OF HUMAN RIGHTS OF POLITICAL PRISONERS AND PRISONERS OF WAR IN UNITED STATES PRISONS AND JAILS', das im Dezember 1990 abgehalten wurde, entschied in ihrem Urteilsspruch, daß:

- "In den Gefängnissen und Strafanstalten der Vereinigten Staaten gibt es eine beträchtliche Anzahl von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen."

- "Diese Gefangenen wurden wegen ihrer Opposition zur Politik und zu Aktionen der US-Regierung, die vor nationalem und internationalem Recht illegal sind, eingeschlossen dem Recht auf Selbstbestimmung, gegen Völkermord, Rassismus und Militarismus, inhaftiert."

- "Die US-Regierung kriminalisiert und inhaftiert Personen, die in den Selbstbestimmungskampf der Native Americans und Puerto Ricaner involviert sind, und ebenso Schwarze - und Mexicano-chicano Aktivisten innerhalb der Vereinigten Staaten."

- "Die US-Regierung kriminalisiert und inhaftiert weiße Nordamerikaner und Andere, die Solidarität mit Selbstbestimmungskämpfen bewiesen haben genauso, wie solche, die für Frieden und gegen Atomwaffen, Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung kämpfen."

- "Durch die Anwendung von Überwachung, Infiltration, Anklagekammern, präventiven Festnahmen, Anklagen wegen politisch motivierter krimineller Konspiration, nachteiligen Kautionen und anonymen Schwurgerichtsverfahren werden die politischen Aktivisten von gerechten Gerichtsverfahren ausgeschlossen, die durch das nationale und internationale Recht garantiert werden."

- " 'Politische' sind unverhältnismäßig langen Hafturteilen und Folter unterworfen und innerhalb des US - Gefängnissystems grausamer, erniedrigender und inhumaner Behandlung ausgesetzt."



Die Realität des Lebens in den USA

Wie das Leben in den USA konkret in der Realität aussieht hängt davon ab, welcher Klasse und 'Race' jemand angehört. In vielen Fällen ist die Qualität des Lebens weit entfernt von den Bildern, die auf der Filmleinwand vermittelt werden. Der Eindruck, den die US-Regierung dem Ausland vermittelt, ist auf reiner Heuchelei aufgebaut. Während US-Führungskräfte Reden über die Menschenrechte im Ausland abhalten, verletzen sie massiv die Menschenrechte der US-Bevölkerung.

Die Demokratie hat für viele Menschen, die in den USA leben, nie mehr bedeutet, als die Wahl des geringeren Übels. Nur weil sich Hitler, Mussolini und Franko einer Wahl stellen, bedeutet das noch lange nicht, daß es sich um eine Demokratie handelt. Es gibt in den USA keine Freiheit zu reden, nur zu flüstern. Jede/r, die/der sich wirklich laut und effektiv gegen die US-Politik ausspricht, wird sofort zur Zielscheibe für das FBI oder den CIA. Die Regierungssprecher geben zwar oft Lippenbekenntnisse zur "Mehrparteiendemokratie" ab, wenn aber eine Partei von der Prokapitalistischen Politik der Republikanischen oder Demokratischen Partei abweicht, wird sie sofort von Regierungsagenten infiltriert und angegriffen.

Unterdrückte Menschen in den Vereinigten Staaten identifizieren sich mit und unterstützen Kuba nicht nur wegen seinem revolutionären Beispiel. Wir haben auch Bezug zu den Erfahrungen Kubas, weil wir auch Opfer dieser selben reaktionären Politik sind. Es ist für uns nicht schwierig die kriminelle US-Blockade gegen Kuba wiederzuerkennen und zu verurteilen, weil viele von uns schon während unserer gesamten Lebenszeit Erfahrung mit einer zwar ganz anderen, aber in einer gewissen Weise ähnlichen Blockade gemacht haben.

Die unterdrückten Menschen in den Vereinigten Staaten sind seit dem Tag an dem sie geboren wurden von einer ökonomischen und politischen Blockade betroffen. Wir haben eine Arbeitsblockade, eine Erziehungsblokkade, eine Gesundheitsfürsorgeblockade, eine Meinungsfreiheitsblockade eine Gerechtigkeitsblockade und eine Freiheitsblockade.

Wir kennen die Zwangslage des kubanischen Volkes, weil wir wissen, wie es ist, wenn man von allen Seiten attackiert wird, nur weil man gegen die Ausbeutung kämpft. Wir unterstützen das Recht des kubanischen Volkes auf Selbstbestimmung. Wir wissen sehr gut, daß das kubanische Volk in der Lage sein wird seine eigenen Probleme zu lösen, ohne es nötig zu haben irgendein Großunternehmertum oder eine "Demokratie" im Willi Horton-Stil zu kopieren.

Polizeichef Daryl Gates nannte Los Angeles in Bezug auf den Aufstand und seine radikale Zusammensetzung eine "Dritte Welt Stadt". Diejenigen von uns, die seit Jahren unter der Hand der US-Regierung zu leiden haben, haben den Wahrheitsgehalt seiner Aussage erfahren. Die selben Bundestruppen, die in Panama eingefallen sind und die im Irak gekämpft haben, wurden nun auch in Los Angeles eingesetzt. Und wir waren der Feind. Nach einer der blutigsten Rebellionen der US-Geschichte mit nahezu 60 Toten und mehr als 2000 Verletzten, sehen wir der Realität ins Angesicht. Unterdrückte in den USA befinden sich in keiner anderen Lage als Unterdrückte auf der ganzen Welt. Wir werden niemals frei sein, solange der Imperialismus nicht vernichtet ist.

Viva la Revolucion Cubana! Viva la libertad! Venceremos!

ZAG Nr.4, August – Oktober 1992

Los Angeles: 'Die Mehrheit der Beteiligten bezeichnet es als eine Rebellion'

Interview mit Mike Davis

Mike Davis ist Politökonom und Historiker und lehrt Stadttheorie am Southern California Institute of Architekture. Er ist Autor von 'Phönix im Sturzflug' und von 'City of Quartz: Excavating the Future of Los Angeles' (London/New York 1990)

Das 'Covert Action Information Bulletin' erscheint vierteljährlich, Jahresabos in der BRD kosten 30 US-Dollar. Adresse: Covert Action, 1500 Massachusetts Ave NW, Room 732, Washington, DC 20005. Im vergangenen Jahr erschienen Schwerpunkthefte über 'Rassismus und der Nationale Sicherheitsstaat', Aufstandsbekämpfung durch 'humanitäre' US-Agenturen und 500 Jahre indigener Widerstand.

Das im folgenden dokumentierte Interview erschien im Mai dieses Jahres in der Nummer 41 des 'Covert Action Information Bulletin' und ist im Original etwa doppelt so lang. Es würde übersetzt, bearbeitet und mit Anmerkungen versehen von Michael Hahn.

Covert Action Information Bulletin: *Was geschah in Los Angeles? War es ein Riot, ein Aufstand oder eine Rebellion, und warum würdest du es wie bezeichnen?*

Mike Davis: Die Mehrheit der Beteiligten, besonders die Jugendlichen, die angefangen haben, bezeichnen es als eine Rebellion. Als ich Mitte Mai auf einem Treffen der Crips und Bloods in Inglewood (1) war, wurde es als Sklavenrebellion bezeichnet. Jedenfalls kannnst du die Ereignisse nicht auf einen einzigen Kern reduzieren. L.A. war eine soziale Revolte mit drei wichtigen Dimensionen. Es war ein revolutionärer, demokratischer Protest, charakteristisch in der afro-amerikanischen Geschichte immer dann, wenn Forderungennach Gleichberechtigung von den wesentlichen Institutionen erstickt wurden Zugleich war es ein großer postmoderner Brot-Riot, ein Aufstand nicht einfach aller Armen, sonders besonders von denjenigen Schichten der Armen in Südkalifornien, die am schlimmsten von der Rezession betroffen sind. Und drittens war es ein Konflikt zwischen ethnischen Gruppen, besonders die systematische Zerstörung und Entwurzelung von koreanischen Geschäften in den schwarzen Vierteln.

Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten gab es zwischen 1965 (dem Aufstand in Watts in Süd-L.A., M.H.) und 1992?

Die Staaatsanwaltschaft versucht, das Ganze als Aktion krimineller Randgruppen darzustellen. Das klingt wie die regierungsoffizielle McCone-Kommission von 1965 zur Untersuchung von Watts, die behauptete, es gäbe keine echten Ursachen, auf die Straße zu gehen. Nachdem der McCone-Bericht veröffentlicht worden war, haben allerdings Leute von der Uni ausführliche Untersuchungen angestellt. Sie fanden heraus, daß der Watts-Aufstand alles andere als eine Aktion krimineller Randgruppen war, die Rebellion 1965 war extrem populär. Mindestens 22000 Leute waren aktiv an den Plünderungen, Brandstiftungen und Kämpfen gegen die Polizei beteiligt. Weitere 50-60.000 Leute waren auf der Straße und haben angefeuert. Also waren insgesamt etwa 75.000 Leute beteiligt.

Ich würde sagen, daß mindestens doppelt soviele an der jetzigen Rebellion beteiligt waren, wahrscheinlich in einem ähnlichen Verhältnis zwischen Aktiven und Passiven. Von den ersten 5.000 Verhafteten waren 52% Latinos, und nur 39% Schwarze.(2). Deswegen ist es klar, daß es ebensosehr eine Latino-Rebellion wie eine schwarze Rebellion, was Plünderungen und Brandstiftungen angeht. Um das zu verstehen, mußt du begreifen, wie ernst die gegenwärtige ökonomische Krise in L.A. ist. Da gibt es eine klare Beziehung, die von den Massenmedien aber fast nie hergestellt wird. Was zu diesem Ausbruch geführt hat, sind nicht allgemeine strukturelle Tendenzen, sondern spezifische ökonomische Bedingungen: Wir befinden uns hier in Südkalifornien in der schlimmmsten Rezession seit den 30er Jahren. Aber die Medien berichten nur über arbeitslose Flugzeug-Techniker.(3)

Nach zwei Jahren Rezession hat sich die Arbeitslosigkeit in den Einwanderungsvierteln L.A.'s verdreifacht. An Weihnachteten warteten mehr als 20.000 Menschen (überwiegend Latino-Frauen und Kinder) die ganze Nacht in der Kälte, um einen kostenlosen Truthahn und eine Decke von Wohltätigkeitseinrichtungen abzuholen. Ein weiteres Barometer der Verzweiflung sind rapide anwachsenden Obdachlosenkolonien am Zementflußbett des L.A.-River, wo die Leute mit Abwasser kochen und sich darin waschen müssen.

Wie Watts 1965 müssen auch L.A. 1992 und die möglichen Folge-Rebellionen als Aufstände gegen ein unerträgliches politisch-ökonomisches System verstanden werden. Selbst die 'Los Angeles Times', der wichtigste Vorjubler für die 'World City L.A.', muß inzwischen zugeben, daß die Globalisierung von L.A. ´eine vernichtende Armut für die jenigen mit wenig Fähigkeiten und Ressourcen' produziert hat. Die strukturelle Krise der 'gemeinsamen Wohlstandsphäre' Japan - Kalifornien droht die Klassenwidersprüche in Konflikte zwischen ethnischen Gruppen zu übersetzen. Kulturell spezifische 'Zwischenhändler'-Gruppen laufen in Gefahr, daß sie als die Verkörperung der unsichtbaren Hand gesehen werden, die den örtlichen 'communities' ihre wirtschaftliche Autonomie entzogen hat. Im Fall von L.A. war es das koreanische Alkoholgeschäft an der Straßenecke, daß als Symbol der verhaßten 'Neuen Weltordnung' gesehen wurde, und nicht die wolkenkratzenden Konzern-Festungen im Stadtzentrum.(4)

Die Rezession ist besonders schlimm für die neuesten ImmigrantInnen aus Mexiko und Zentralamerika. Deswegen haben die schwersten Plünderungen außerhalb der schwarzen Gebiete in der überwiegend mexikanischen östlichen Hälfte von South Central L.A. stattgefunden und in zentralamerikanischen Vierteln wie Hollywood und McArthur Park.

Viele Leute aus Zentralamerika, die im Kriegszustand lebten, wissen, daß du sofort zugreifen mußt, sobald es in einer solchen chaotischen Situation eine Gelegenheit gibt, an Lebensmittel heranzukommen. Du kannst nie wissen, wie lange das Chaos dauern wird, und du und deine Familie können in Zwischenzeit verhungern.

Genau. Ich habe diese Plünderungen in mehreren Gebieten sehr genau beobachtet und habe Stunden unter den PlündeRInnen zugebracht. Es gab natürlich eine große Begeisterung für Turnschuhe, aber besonders im McArthur Park-Viertel haben sich die Leute Grundnahrungsmittel besorgt. Ich habe Leute plündern gesehen und habe dann beobachtet, wie sie eine Autoladung von Lebensmitteln unter ihren NachbarInnen verteilt haben.

Zweifelos gab es auch Gelegenheitsplünderungen (Yuppies in BMWs und eine ganze Bandbreite von Leuten), aber die Hauptschubkraft war die Notwendigkeit von Verbrauchsgütern. Viele Leute konnten drei oder vier Tage lang keine Dinge wie Milch, Brot oder Windeln mehr kaufen. Die Elektrizität war ausgefallen, und die Lebensmittel verdarben. Die Leute wollten nicht, sondern waren gezwungen zu plündern.

Welche Folgen hat der Aufstand für ZentralamerikanerInnen gehabt? Hat die INS (Einwanderungsbehörde, M.H.) die Gelegenheit ausgenützt? Gab es Abschiebungen?

Vorneweg, von einem sehr frühen Zeitpunkt an wurde die Repression von Bundesebene aus ausgeübt. Zwei Tage nach Beginn der Rebellion strömten 1.000 INS- und Grenzpolizisten (z.T. aus Texas eingeflogen) in die Viertel und errichteten eine Kommandozentrale. Sie haben bereits fast 700 Leute abgeschoben. (5) Die Massenverhaftungen haben Familien auseinandergerissen und Schrecken in den zentralamerikanischen Vierteln verbreitet. Viele der Verhafteten waren Taglöhner, die an denselben Straßenecken wie immer standen. Selbst ein 14jähriges geistesbehindertes Mädchen wurde nach Mexiko abgeschoben. In direkter Verletzung der städtischen Regelungen unterstützte die LAPD (Los Angeles Police Department, M.H.) direkt die INS und die Grenzpolizei. INS-Agenten wurden in LAPD-Autos herumgefahren, angeblich als Übersetzer.

Es ist eindeutig, das INS und Grenzpolizei den Aufstand dazu benützen, Leute in den Vierteln einfach 'auszufegen'. Sie haben die Gelegenheit nicht nur dazu genutzt, eine große Anzahl von Leuten ab-

zuschieben, sondern auch um Furcht zu verbreiten. Es ist eine Schreckensherrschaft.

Dies wurde mit politischen Angriffen ergänzt, nicht nur gegen die schwarze Bevölkerung, sondern zu einem überraschenden Ausmaß auch gegen ZentralamerikanerInnen. Die US-Bundesanwaltschaft behauptete sehr früh, daß ein Drittel der Verhafteten illegale EinwanderInnen seien. Obwohl diese Zahl schlicht und einfach nicht stimmt, wurde sie von allen rechten PolitikerInnen breitgetreten. Selbst manche angeblich liberalen Chicano-PolitikerInnen versuchten, sich von den Latinoplünderungen zu distanzieren.(6) Obwohl viele Tausende mexikanische ImmigrantInnen daran teilnahmen, versuchten manche dieser PolitikerInnen, die Schuld auf SalvadorianerInnen abzuwälzen, die 'Flüchtlinge seien, und keine 'richtigen EinwanderInnen', wie dei MexikanerInnen.

Wem nützt und wem schadet ein Aufstand wie in L.A.? Nach Watts 1965 entstand die Black Panther Party, aber wurde anschließend durch massive Repression zerschlagen. Siehst du eine ähnliche Entwicklung?

Diese Rebellion wird sehr gemischte Folgen haben. Auf der guten Seite wurden die Banden weiter politisiert. Politisches Bewußtsein hat schon immer existiert in dem Sinn, daß viele mit schwarzer nationalistischer Ideologie sympathisierten und die unerbittliche Logik des Bandenkrieges verstanden, der immer destruktiver wurde. Aber bis zur Rebellion gab es nie eine Möglichkeit zu einem ersten Schritt, um den Teufelskreis zu durchbrechen.

Die Rebellion bot diese Möglichkeit, und was wir seither gesehen haben, ist erstaunlich. Es gab Versammlungen von Hunderten von Crips- und Bloods-Mitgliedern, 500, 600, 700 auf einmal. Selbst wenn der Waffenstillstand zusammenbrechen sollte, ist es für viele nicht mehr 'in', Bandenmitglieder zu sein. Jetzt ist es gewissermaßen 'in', Befreiungskämpfer zu sein.

Verschieden 'einheimische' Gruppen haben diesen Politisierungsprozeß beeinflußt. Es gibt alte Banden 'Veteranen', die im Gefängnis und anderswo politisiert wurden und eine Art von revolutionärer schwarzer Politik nach den Panthern verkörpern. Auch die Nation of Islam ist sehr wichtig (Louis Farakhan ist wahrscheinlich die einzige Person auf nationaler Ebene, die von den Jugendlichen einigermaßen beachtet wird). (7) Die Nation of Islam spielte eine sehr konstruktive Rolle in der Förderung des Banden-Friedens. Aber die wissen auch, daß sie Angriffsziel sind, und daß Provokationen ausgeübt werden.

Gibt es Beispiele von Polizeiunterwanderung in die Banden oder von Provokateuren?

Eine der Hauptkritiken aus dem Establishment an dem Verhalten der Polizei zielt auf das Versagen des LAPD, das Ausmaß der Rebellion oder das Zusammenkommen der Banden vorherzusehen. Sowohl Willie Williams (neuer LAPD-Chef), als auch der ehemalige FBI- und CIA-Chef William Webster (Vorsitzender der Kommission zur Untersuchung des Polizeiverhaltens während der Rebellion) haben betont, es sei vorrangig, den Erkennungsdienst der Polizei zu verbessern. Das wird weniger auf verdeckte Ermittlungen gegen die Banden herauslaufen, als vielmehr auf eine rücksichtslose Eskalierung gegen kleine DrogenverbraucherInnen, die mit Bandenmitgliedern befreundet oder verwandt sind.

Eine der billigsten Methode, massenweise Spitzel zu produzieren, ist der sogenannte 'umgekehrte Einkauf'. Die Polizei spielt Drogenverkäufer, um Kunden in die Falle zu locken. Diese Kunden können dann wählen, ob sie in den Knast gehen oder Spitzel werden wollen.

In der Zwischenzeit versuchen das LAPD und die Sheriffs (8) alles mögliche, um den Einigungsprozeß der Banden zu stören. Mit verschiedenen Vorwänden haben sie jede Massenversammlung angegriffen und unzählige Jugendliche verhaftet, meistens wegen Kleinigkeiten. Die Banden weigern sich allerdings, sich in gewaltsame Konfrontationen mit der Polizei hineinziehen zu lassen. (9) Sie verhalten sich klug, konzentrieren sich auf Vereinheitlichung. Diese Reaktion macht natürlich die Polizei rasend, die nichts so sehr zu fürchten scheint wie eine Einheit der Banden.

In L.A. haben wir gesehen, wie Polizei und Regierung ein hohes Niveau von Informationssammlung und Repressionstechnologie verwenden. Welche Rolle hat diese Hochentwicklung gespielt, und was können wir in Zukunft erwarten?

Die auf Rebellion folgenden Massenverhaftungen beruhten auf den vereinten Datenverarbeitungskapazitäten des FBI und der örtlichen Polizeien. Die umfassenden Dateien über schwarze und Latino-Jugendliche, die das LAPD und die Sheriffs während des vergangenen Jahrzehnts angelegt haben, wurden durch FBI-Sachverständige in Sachen Video- und Fotoanalyse noch verbessert. (10)

Es ist jetzt klar, daß es eine der Hauptfunktionen der 'Anti-Banden' Schleppnetze (z.B. der Operation Hammer' des LAPD (11) war, Daten über praktisch alle jungen schwarzen Männer in der Stadt zu sammeln. Es werden nicht nur Daten über diejenigen gespeichert, die verhaftet werden, sondern umgekehrt, Leute werden vorübergehend festgenommen aus dem einzigen Grund, neue Daten zu erheben können.

Wegen der Massenverhaftungen ist die Bandendatei des LAPD und der Sheriffs in den letzten 5 Jahren von 14.000 auf 150.000 Akten angewachsen. Diese Anhäufungen erlaubte dem Staatsanwalt die übertriebene Behauptung, daß 47% aller jungen schwarzen Männer im Landkreis L.A. aktive Bandenmitglieder seien. Diese Akten werden selbstverständlich nicht nur dazu verwendet, Verdächtigte zu identifizieren, sondern sie sind eine richtige 'schwarze Liste' geworden (mit der die Ju-

gendlichen erpreßt werden können, M.H.) Z.B. kann unter dem kalifornischen 'Gesetz zur Bekämpfung und Prävention des Straßenterrorismus' schon die Mitgliedschaft in einer Bande zum Straftatbestand werden. Die Mitgliedschaft wird angeblich damit bewiesen, daß jemand in der Banden-Datei gespeichert ist. Die großangelegten Operationen nach Mitternacht, ausgeführt von Polizei und Nationalgarde, basieren auf zwei Grundlagen: auf den 'We Tip'-Telefonnummern, die angeblich eintausend nützliche Hinweise über PlünderInnen und BrandstifterInnen eingebracht haben, und natürlich auf den Banden-Dateien der Polizei. Unter dem Vorwand, nach gestohlenen Eigentum zu suchen, suchen FBI- Agenten nach den Tausenden von gestohlenen Schußwaffen. Dabei sind sie nicht sehr erfolgreich, auch nicht bei der Suche nach den 400 Polizeiuniformen (die bei der Plünderung einer kommerzieller Wäscherei gestohlen wurden, M.H.)

In meiner Nachbarschaft am Rande des zentralamerikanischen McArthur Park-Viertels durchkämmten sie das ganze Viertel, klopften an die Türen und gingen einfach rein. In manchen Fällen wurden Leute verhaftet, die in ihren Wohnzimmer saßen und nicht in der Lage waren, eine Quittung für ihren Fernseher oder ihre Couch vorzulegen.

Ich denke, daß L.A. mit Belfast oder der Westbank vergleichbar werden wird, wo Polizeifunktionen in vollständige Aufstandsbekämpfung (oder 'Low Intensity' - Kriegsführung, wie es das Militär nennt) verwandelt worden sind, gegen eine ganze soziale Schicht oder ethnische Gruppe gerichtet. Das bedeutet, daß praktisch jedes Mitglied einer 'terroristischen' Bevölkerung auf die eine oder andere Art von der Polizei 'verwaltet' wird: entweder durch buchstäbliches Einsperren, oder durch neues Beschränken der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit. Die Folge ist so, als ob ein permanenter Kriegsrechtszustand über bestimmte Vierteln verhängt worden wäre.

In L.A. haben die Gerichte sehr bereitwillig der Polizei erlaubt, heimlich die Autos von Verdächtigten mit Minisendern zu versehen (um ihre Bewegung elektronisch überwachen zu können, M.H.). Die Vorstellung ist nicht besonders weit hergeholt, daß in ein paar Jahren alle, die auf Bewährung draußen sind, auf irgendeine Art unter elektronischer Rund-um-die-Uhr-Überwachung gehalten werden. Wir werden bald sehen, daß die Polizei über die Technologie verfügt, eine Art 'elektronisches Armband' (12) über ganze soziale Gruppen zu verhängen. Das wird den Trend verstärken, daß bestimmte Stadtviertel praktisch zu Gefängnissen unter freien Himmel werden.

Wie haben die örtliche und die Bundesebene zusammengearbeitet und welche Rolle spielen das FBI und das Justice Department?

Dies ist die schwerste innerer Repression seit der Nixon-Ära (1969- 1974, M.H.) und sie wurde innerhalb von 48 Stunden auf die Bundesebene übertragen. Die Bundesregierung hat die Initiative ergriffen, um L.A. zum Beispiel ihrer militarisierten Neuen Städtischen Ordnung zu machen. Manche Aspekte, der Repression in L.A. erinnern an die schlimmste 'Fliesband'-Justiz. die die Aufstände in den 60er Jahren begleitet. Aber andere Aspekte, vor allem die größere Rolle der Bundesregierung, stellen eine neue Ebene der städtischen Aufstandsbekämpfung dar, sowohl im Ausmaß der Verhaftungen als auch in den durchgängigen 'Über-Anklagen'.

Zum Beispiel wären die meisten Plünderungen normalerweise wegen Diebstahls angeklagt worden. Seit dem Aufstand jedoch wurden die meisten wegen Einbruchs angeklagt. Sie müssen jetzt mit zwei- oder dreijährigen Gefängnisstrafen rechnen, anstelle einer Geldstrafe. Gleichzeitig werden die Leute, die die Ausgangssperre verletzt haben (viele davon sind Obdachlose oder spanischsprechende ImmigrantInnen, die von der Ausgangssperre nichts wußten), nur gegen 8.000 Dollar Kaution freigelassen, eine astronomische Summe für solch eine geringfügige Gesetzesverletzung. Dies wird noch verlogener dadurch, daß die offiziell über die ganze Stadt verhängte Ausgangssperre nur in den 'Minderheiten'-Vierteln durchgesetzt wurde. Ich habe Belege dafür, daß in der vierten Nacht eine Gruppe von städtischen AnwältInnen eine wilde Party weit in die Ausgangssperre hinein veranstalteten. Am Montagmorgen dann sind sie vor Gericht erschienen und haben 30tägige Strafen für die wegen Der Ausgangssperre Verhafteten gefordert.

Auch wenn solche Sachen zum Kotzen sind, sind sie nichts Neues. Aber die Rolle der Bundesregierung hat dem noch mindestens drei neue und verhängnisvolle Elemente hinzugefügt. Erstens haben wir die innenpolitische Version der Schnellen Eingreiftruppe zu sehen bekommen. Wir können annehmen, daß von jetzt an die Eliteeinheiten von Armee und Militär schnell in jeden größeren städtischen Unruheherd geschickt werden, und nicht nur als letzte Notlösung, wie z.B. 1967 in Detroit. Zweitens wurde das militärische Eingreifen von einem noch nie dagewesenen massiven Einsatz von allen Abteilungen der Bundessicherheitskräfte begleitet, einschließlich des FBI, der Drogenpolizei, Grenzpolizei und des Bureau of Alkohol, Tobacco and Firearms.

Werden die Ereignisse in L.A. Auswirkungen auf die kommende Präsidentschaftswahlen haben?

Eindeutig. Georg Bush wird sich als der Präsident darstellen, der die Truppen nach L.A. geschickt hat, und die Bundesanwaltschaft gleich hinterher. Er wird dem Land erzählen, daß nur ein republikanischer Präsident in der Lage ist, die (kleinbürgerlichen, weißen, M.H.) Vorstädte zu beschützen und für Gesetz und Ordnung zu sorgen.

Anmerkungen:

1) Crips und Bloods sind die beiden wichtigsten Netzwerke von rivalisierenden Banden in L.A.; Inglewood ist ein mehrheitlich von Schwarzen bewohntes Viertel am Stadtrand von L.A.

2) Nach Polizeiangaben wurden insgesamt 18.807 Menschen verhaftet (Washington Post, 20.Mai 1992)

3) Südkalifornien ist das Zentrum der Militär-, Flugzeug- und High-Tech-Branchen in der USA. Die Region um L.A. war in den 80er Jahren von einem beispiellosen Boom gekennzeichnet, der auf den massiven Aufrüstungsprogrammen Jimmy Carters und Ronald Reagans beruhte.

4) Diese drei Absätze stammen aus einem Artikel von Mike Davis in der Wochenzeitung 'The Nation'.

5) Angabe vom 17.6.1992

6) Mit 'Chicanos' sind hier diejenigen 'Latinos' gemeint, die schon seit mehreren Generationen in den USA leben. Viele Chicanos können ihre Ahnenreihe auf diejenige Bevölkerung zurückverfolgen, die bereits vor der Annexion Nord-Mexikos durch die USA vor etwa 150 Jahren auf dem Gebiet des heutigen US-Südwestens lebten.

7) Trotz ihrer kämpferischen und antiimperialistischen Rhetorik und ihres radikalen Ansehens in der US-Öffentlichkeit rekrutiert sich die Nation of Islam vor allem aus der schwarzen Mittelschicht. Die NOI unterhält zahlreiche Firmen und propagiert 'schwarzen Kapitalismus'. Ihre Programmatik ist frauenfeindlich, heterosexistisch und antisemitisch.

8) Die LAPD ist für die Stadt L.A. zuständig, die Sheriffs für den Landkreis.

9) Auch während der Rebellion hielten sich die oft schwerbewaffneten Banden zurück. Die Polizei hatte kein einziges Todesopfer und nur wenige schwere Verletzungen in ihren Reihen zu beklagen.

10) Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen FBI und örtlichen Polizeikräften begann bereits vor der Rebellion in L.A. Im Januar 1992 teilte der US_Bundesanwalt mit, daß 300 FBI-Agenten von der Spionageabwehr zur 'Bandenbekämpfung' übergewechselt seien - ein Teil der 'Friedensdividende' nach dem Zerfall der SU.

11) Im Rahmen der berüchtigten 'Operation Hammer' wurden wiederholt mehrere Straßenzüge abgeriegelt und nach Verdächtigten durchkämmt. Von 1987 bis 1990 wurden so mehrere zehntausend Jugendliche festgenommen.

12) Das 'elektronische Armband' (oder Fußknöchelband) erfreut sich im US-Repressionsapparat wachsender Beliebtheit. Es wird bisher v.a. Leuten angelegt, die vorzeitig aus dem Knast entlassen und unter Hausarrest gestellt werden, um die katastrophale Überbelastung der US-Gefängnisse zu lindern. Das Armband kann nicht entfernt werden und enthält einen Minisender, der mit dem Privattelefonanschluß des/der Gefangenen in Verbindung steht. Wenn sich der Sender weiter als 50 Meter vom Telefon entfernt, empfängt der Polizeizentralcomputer ein Alarmsignal. Zur Zeit werden US-weit ca. 12.000 Menschen per elektronischen Armband überwacht (New York Times, 7 Juni 1992).

Flugi von MPPA (Volksbewegung Perus in Deutschland) und Internationalismus Gruppe Hamburg

Stoppt den Völkermord

Freiheit für den Vorsitzenden Gonzalo und die Führungskräfte der Kommunistischen Partei Perus!

"Man muß sich bewußt sein, daß die großartige Umwälzung ... durch den Volkskrieg nicht zu stoppen ist ... Die Leitung mag zu Teil verschwunden sein, aber nur teilweise, nicht vollständig; denn die Führenden Kräfte, die geblieben sind, müssen und werden die Pläne, den Kampf und den Volkskrieg fortsetzen. Die Tatsache, daß die Revolution nicht zum Stillstand kommt, sich nicht mehr lähmen läßt, schweißt uns zusammen." Vorsitzender Gonzalo

Wie uns die bürgerliche Presse in den letzten Tagen berichtet, sind in Peru am Abend des 12. September der Vorsitzende Gonzalo der Kommunistischen Partei Perus (PCP) und mit ihm 7 weitere peruanische BürgerInnen festgenommen worden, wobei 3 - 4 Personen der politischen Führung der Partei angehören sollen.

Dies ist für alle Revolutionäre auf der Welt ein großer Schock und sie fragen sich: Wie kann und wird der Volkskrieg in Peru jetzt weitergehen?

Hierzu ist es notwendig, folgende Hintergründe zu wissen:

Der Volkskrieg in Peru befindet sich gegenwärtig in der Phase des strategischen Gleichgewichts. Das heißt, daß 1/3 Perus befreite Gebiete sind, in denen eine Neue Macht des Volkes aufgebaut wird, und daß in allen anderen Teilen Perus militärische Aktionen durchgeführt werden. Das strategische Gleichgewicht bedeutet die Grundlage für die militärische Offensive. Außerdem heißt dies, daß die militärische Strategie sich darauf orientiert, die Städte anzugreifen und so die Macht im ganzen Land zu übernehmen. So kommt es, daß in den Städten und auch in der Hauptstadt Lima in den Stadtteilen bewaffnete Kommandos Aktionen durchführen und die reaktionären Militärs angreifen. Weil die Befreiung der Städte und vor allem der Hauptstadt in der militärischen Strategie gegenwärtig so wichtig sind (jedes Land hat seine spezifischen Bedingungen der Befreiung), hat der Vorsitzende Gonzalo und mit ihm andere Führungskräfte der Partei hierhin den Schwerpunkt der eigenen Arbeit und Beteiligung am Volkskrieg gelegt.



Seit 12 Jahren leitet die Kommunistische Partei Perus (PCP) den mächtigen Volkskrieg; unter der gerechten und richtigen Leitung des Vorsitzenden Gonzalo. Seine weise Führung hat es ermöglicht, daß sich der Volkskrieg heute in seiner Phase des strategischen Gleichgewichts befindet, daß sich eine neue Macht errichtet hat und daß die Republik der Neuen Demokratie entsteht. All dies ist der wachsenden Beteiligung der peruanischen Massen, der unbedingten Unterstützung durch das peruanische Volk zu verdanken: Es setzt all seine Kräfte ein - angefangen damit, sich den Brotkrumen vom Münde abzusparen bis dahin, sein kostbares Blut für diese große Umwälzung zu opfern. Die unmittelbare Perspektive ist die vollständige Machtübernahme, um anschließend den Sozialismus aufzubauen und mit Hilfe von proletarischen Kulturrevolutionen ohne Unterbrechung zum Kommunismus zu gelangen.

Zur Zeit tönt die reaktionäre Presse mit den Meldungen von der Festnahme des Vorsitzenden Gonzalo - Dr. Rubén Abimael Guzmán Reynoso - und anderer führender Mitglieder der Kommunistischen Partei Perus. Die gesamte Propaganda zielt darauf ab, eine Schmach- und Verleumdungskampagne zu entfachen, damit die Völkermordpläne der Marionettenregierung der Vaterlandsverkäufers Fujimori gerechtfertigt erscheinen. Man will sogar eine Ermordung des Vorsitzenden Gonzalo für legal erklären. Dies wirkt wie ein Köder, aufgespießt auf die Spitzen der Bajonette der Militärs, sodaß unser geschätzter Vorsitzender Gonzalo als 'blutrünstiges Monster' hingestellt werden soll. Aber im Gegenteil: Es ist Fujimori, der völlig blind und unbekümmert mordet, sodaß viele Unschuldige dem Völkermord zum Opfer fallen. Fujimori ist es, der einen Krieg ohne Gefangene gegen die "Subversiven" führt, der verantwortlich für den Tod von 90.000 Kindern im Jahr ist, der das peruanische Volk in die tiefste wirtschaftliche, moralische, politische und soziale Krise gestürzt hat, der den Hunger, das Elend und die Arbeitslosigkeit wachsen ließ und läßt, der zusammen mit den höchsten Militärs und Beratern für den Drogenhandel verantwortlich ist, der gemeinsam mit seinen Verwandten mit der humanitären Hilfe verschiedener Länder Handel betreibt, der sich zum unverhohltesten Proimperialisten gewandelt hat und Peru so dreist feilbietet, wie keiner vor ihm in der peruanischen Geschichte. Fujimori hat nicht die mindeste moralische Autorität, sich zu erlauben, diejenigen anzuklagen, die den Mut hatten, sich im Volkskrieg zu erheben, um eine gerechte Gesellschaft aufzubauen, in der es weder Unterdrücker noch Unterdrückte gibt.

Eine der Hauptaufgaben, die sich die reaktionären Kräfte in Peru mit der Unterstützung hauptsächlich des US-Imperialismus gesetzt haben, ist die Liquidierung des Volkskrieges, indem auf die Führungskräfte abgezielt wird. Jedoch ist es jetzt nicht entscheiden zu fragen, wie konnte die Verhaftung führender Kräfte passieren? Wichtiger sind vielmehr die Fragen: Wie geht der Volkskrieg weiter? und: Was können wir zur Unterstützung tun?

Die PCP hat sich über die Möglichkeit der Abwesenheit der Führung seit langem Gedanken gemacht. Als Teil der militärischen Theorie haben sie Erfahrung mit der Anwendung der marxistischen Prinzipien gesammelt und das marxistische Prinzip der strategischen Zentralisation und taktischen Dezentralisation in ihren Strukturen verankert. Diese Prinzip ist eine Garantie dafür, daß immer nur Teile der führenden Kräfte verschwinden - z.B. verhaftet werden - können. An andern Orten sitzen aber andere Kräfte, die weiter arbeiten werden. In strategischer Hinsicht gibt es einen gemeinsam entwickelten Plan, der verschiedenen Kampagnen umfaßt und der unter allen Umständen fortgesetzt und weiterentwickelt wird. Der Volkskrieg und die Strukturen seiner Organisierung sind so weit fortgeschritten, daß die Revolution in Peru auf jeden Fall weitergeht.

Der Vorsitzende Gonzalo trifft mit seinen Worten den Kern der Gefühle der Arbeiterklasse. Er ist der größte lebende Marxist-Leninist-Maoist auf der Erdoberfläche. Er ist derjenige, der den Marxismus-Leni-

nismus-Maoismus auf die konkreten Verhältnisse der Revolution in Peru angewandt hat, was die 'Gonzalo-Ideen' zum Ausdruck bringen. Er ist derjenige, der der ganzen Welt aufzeigt, wie notwendig der Volkskrieg - gestützt auf das bewaffnete Meer der Massen - und die Partei neuen Typs ist, deren konzentrischer Aufbau und Bewaffnung und die wiederholte Bestätigung, daß die gerechte und richtige politische-ideologische Linie alles entscheidet. Drei notwendige Voraussetzungen für die Völker der Welt, ihren wahren Befreiungsweg zu bestimmen. Das lebende Beispiel fordert heraus, den Weg des Volkskriegs für die Völker der Erde aufzunehmen. Dies ist der größte Beitrag des Vorsitzenden Gonzalo zur Weltrevolution.

Weil viele revolutionäre Kräfte und Völker der Welt die peruanische Revolution als Hoffnung und Teil der Weltrevolution sehen, wird Fujimori mit Hilfe vor allem des US-Imperialismus alles versuchen, um die Führung dieser Revolution zu ermorden. Wir müssen uns insbesondere jetzt für den Erhalt des Lebens des Vorsitzenden Gonzalo und seiner MitkämpferInnen einsetzen und den Volkskrieg in Peru durch unsere internationale Solidarität unterstützten.

Freiheit für den Vorsitzenden Gonzalo!
Freiheit für die festgenommenen Kräfte der PCP!
Es Lebe der Volkskrieg in Peru! Es lebe der Vorsitzende Gonzalo!
Es lebe die Weltrevolution!

Wie wir aus unseren imperialistischen Medien erfahren konnten, wurde der Vorsitzende Gonzalo und die Mitangeklagten nicht zum Tode, sondern zu lebenslanger Haft und zu 25 Milliarden Dollar Schadenersatz verurteilt. Das Leben der GenossInnen der PCP ist in peruanischen Knästen jedoch permanent in Gefahr. Die Massaker der verschiedenen Regierungen - ob Sozialdemokraten wie Alan Garcia Perez oder der Militärputschist Fujimori -, an den Kriegsgefangen sind nicht vergessen (Info-Verteiler 29, S.28).

Daß der Prozeß eine Farce war braucht nicht betont zu werden, er war auch von schweren Verfahrensmängel gezeichnet. Alfredo Crespo, der Anwalt Guzmans hat Berufung eingelegt, da ihm weder die Anklagepunkte bekanntgegeben wurden, noch wurde Guzman als erster das "Urteil" verkündet. (Standard 10./11. Okt. 92). Mehr wollen und trauen sich unsere Medien nicht berichten über den Volkskrieg, der in Peru **Alles** bestimmt.

Workers World Service aus New York teilt mit, daß offizielle US-Stellen es abgelehnt haben eine Beteiligung von US-Militärs an der Verhaftung Guzmans auszuschließen (New York Times 14. 9. 92). Die Lebensbedingungen in Peru sind katastrophal: Mehr als die Hälfte aller 23 Millionen PeruanerInnen leben unter der Armutsgrenze und 2/3 sind arbeitslos. Das haben die PeruanerInnen vor allem Fujimori den USA, Japan, Italien, Spanien, ... und dem IWF zu verdanken. Auch die österreichische Regierung hat sich nicht vom Militärputsch distanziert.

Es lebe der weltweite Kampf gegen den Imperialismus!
Der peruanische Volkskrieg ist ein wichtiger Teil dieses Kampfes!

Quelle: Internationale Solidarität, Zürich

Zum Volkskrieg in Peru

August 1988

Ausgehend von den großen internationalen Erfahrungen, reich an positiven sowie negativen Lehren, mit dem Volkskrieg als militärische Theorie des Proletariats und mit Einbezug der konkreten Bedingungen des Landes, bestätigte das VIII. Plenum des Zentralkomitees das 'Dispositiv des bewaffneten Kampfes'.

Dieses schildert im wesentlichen, daß der Volkskrieg in Peru den revolutionären Krieg als Einheit entwickeln soll, sowohl auf dem Lande, wie auch in der Stadt, jedoch auf dem Lande das Schwergewicht der bewaffneten Aktionen gelegt werden muß, da der Weg verfolgt wird, die Städte vom Lande her zu umzingeln. Im Konzept, den revolutionären Krieg als Einheit zu entwickeln, ist ersichtlich, daß nicht der chinesische Volkskrieg kopiert werden soll, sondern die PCP versucht, für die peruanische Realität eine entsprechende Strategie des Volkskrieges zu finden. Das heißt, speziell auch im militärischen Bereich wurde der soziale und historische Prozeß des Landes mitberücksichtigt, die Wichtigkeit des Gebirges und die Rolle der Hauptstadt mit in die Analyse einbezogen. Außerdem wurde der Volkskrieg in Peru in den internationalen Kontext der Revolution in Lateinamerika, speziell Südamerika und der gesamten Weltrevolution gestellt. Die Strategie, nach der die Städte vom Lande her umzingelt werden müssen, bei gleichzeitigem Kampf in den Städten, hat ihre Grundlage in der peruanischen Wirklichkeit.

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund ist die spezielle Strategie des Volkskrieges zu verstehen, die der Volkskrieg in Peru eingeschlagen hat. Mit der Losung, 'das Feuer zu schüren, den Brand auszuweiten, den Klassenkampf der Massen vorwiegend bewaffnet voranzutreiben und die Abnahme der Repression durchzusetzen', wurde die Ausdehnung des Volkskrieges gefördert. Mit dem Ziel, ihren Umfang vom Department Cajamarca an der Grenze zu Ecuador, im Nordwesten des Landes, bis zur Grenze mit Bolivien im Department Puno, im Südwesten des Landes, zu bestimmen, um so die Sierra als historische Achse der peruanischen Gesellschaft und gleichzeitig deren ärmste Gegend zu besetzen. Von diesem großen Schauplatz des revolutioären Krieges aus entwickelt sich der Volkskrieg weiter, um sich in die Zentralregion des Landes auszuweiten, die wegen ihrer Minen und Landwirtschaft, Verbindungsnetz Zentrum der geopolitischen Pläne des Staates ist und für die peruanische Wirtschaft eine zentrale Rolle spielt. Der Volkskrieg drängt die Macht bzw. Institutionen des Staates langsam aus den bestimmten Zonen und schafft somit Raum für die Entstehung der revolutionären Unterstützungsbasen, die gleichzeitig die Basiselemente des neuen Staates sind. Diese Strategie ordnet die Regionen nach ihrer Wichtigkeit ein und widmet jeder einzelnen, die ihren Bedingungen entsprechende Aufmerksamkeit, wobei sich die Regionen notwendigerweise ungleich weiterentwickelt haben. Der Krieg wurde also nicht für eine einzelne Region konzipiert, sondern mit der Alternative der unterschiedlichen gleichzeitigen Entwicklung, mit einer Hauptzone, die nötigenfalls verändert werden kann. Und dies alles in einem strategisch zentralisierten und taktisch dezentralisierten Plan.

Die neue Macht, der neue Staat, sowie die Schaffung von Stützpunktgebiete sind wesentliche Bestandteile der Linie, die Städte vom Land her zu umzingeln. Den Volkskrieg als Einheit zu führen, ist eine Anpassung der Strategie an die peruanischen Verhältnisse. Der Kampf entfaltet sich auch an der Küste, hauptsächlich an der zentralen und nördlichen, und eben auch besonders in Lima-Stadt, die wegen ihrer Rolle als Hauptstadt, wegen der großen Bevölkerungskonzentration und weil dort die Mehrheit des peruanischen Proletariats, sowie eine unübersehbare Masse von Armen in den Slums vegetieren, eine strategische Rolle im Volkskrieg einnimmt. Um die ganze Komplexität des Volkskrieges in den Griff zu bekommen, ordnet die PCP die einzelnen Fragen den politischen Strategieproblemen unter, die die kurz- und langfristigen Inhalte und Ziele behandeln.

Dazu kam die Frage über die notwendige Führung des Volkskrieges, dann die militärischen Pläne und schließlich die Bildung und Verstärkung der drei Instrumente, Partei, Volksarmee, Front und die Verbindung aller drei durch die Neue Macht.

Kommen wir auf den Verlauf des Volkskrieges nach dem 17.Mai 1980 zu sprechen.

Der Anfang des bewaffneten Kampfes, dieses entscheidenden Hauptproblems verdiente spezielle Aufmerksamkeit der Parteiführung und wurde durch den Anfangsplan gelöst, der unter der Losung, den bewaffneten kampf anfangen, die politische Hauptstoßrichtung im Militäri-

schen darstellte und die folgenden Punkte beinhaltete:
1. Die zu erfüllende Aufgaben, d.h., den bewaffneten Kampf anzufangen, die Wahlen zu boykottieren, bewaffnet den Bauernkampf zu fördern und die Basen des Neuen, im spezifischen der Macht, einzurichten.
2. Kampfformen: Guerilla, Sabotage, bewaffnete Propaganda und Agitation, selektive Hinrichtung.
3. Organische Militärform; Bewaffnete Truppen mit oder ohne moderne Waffen.
4. Zeitplan: Beginndatum und Dauer des Planes, gleichzeitige Aktionen an bestimmten Daten.
5. Losungen: 'Bewaffneter Kampf!', 'Arbeiter- und Bauernregierung!' und 'Nieder mit der neuen reaktionären Regierung!'.

Wir haben nun schon einiges über die Entwicklung des Volkskrieges in Peru gehört.Es ist aber natürlich so, daß jeder Krieg von zwei Seiten geführt wird. Gegen die Entwicklung des Volkskrieges hat sich der konterrevolutionäre Krieg des Peruanischen Staates in seiner ganzen Grausamkeit erhoben.

Am Anfang wurde das ganze Problem zwar verharmlost, doch die Polizeikräfte hatten trotz ihrer Übergriffe und Gewalttätigkeiten keine Chance. Das Entstehen der Volkskomitees und damit der Beginn der Neuen Macht hieß, für die Regierung Belaunde auf die Streitkräfte zurückgreifen. Sie, das heißt Armee, Kriegsmarine und Luftwaffen erhielten den Auftrag die öffentliche Ordnung wieder herzustellen. Unterstützt sollten sie werden von den Polizeikräften, d.h. der Guardia Civil, der Republikanischen Garde und der Untersuchungs- und Geheimpolizei. In der Region von Ayacucho, Huancavelica und Apurimac wurde der Ausnahmezustand verhängt, diese Gebiete stehen also seit Ende 1982 unter militärischer Kontrolle. Später wurde dieser Zustand noch auf weitere Gebiete ausgedehnt, eine neue wichtige Qualität erhielt die Situation aber mit der Verhängung des Ausnahme- und Belagerungszustandes in Lima im Februar 86. Geführt wird der konterrevolutionäre Krieg grundsätzlich nach den Theorien und der Praxis der Yankee - Imperialisten. Sie basieren also hauptsächlich auf den Erfahrungen im Krieg gegen das vietnamesische Volk und der Bekämpfung des Widerstandes in Lateinamerika, insbesondere Zentralamerika. Dies sind die Fundamente für die Strategie der Streitkräfte. Heute ist aber Aufstandsbekämpfung ohne direkte zionistische Einmischung kaum mehr denkbar, und für Peru paart sich die israelische Hilfe und Erfahrung mit deren Argentiniens. Beratend stehen auch Taiwan, Bundesrepublik Deutschland, Spanien und Italien an der Seite der peruanischen Reaktion. Nebst den Hochsicherheitsgefängnissen, mit denen sie vor allem in Deutschland und Spanien vertraut gemacht werden, - man weiß z.B. daß eine peruanische Delegation Köln - Ossendorf besichtigt hat. Köln - Ossendorf ist der Knast, in dem Ulrike Meinhof lange Zeit im toten Trakt isoliert wurde, ein supermoderner und vielschichtiger Klotz, in dem z.B. ziemlich viele der politischen Gefangenen eingesperrt sind, ohne irgend etwas voneinander wahrzunehmen.

Die politischen Gefangenen kämpfen seit 1985 gegen ihre Verlegung nach Canto Grande, ein von den spanischen Sozialisten finanziertes Hochsicherheitsgefängnis. Die peruanische Armee und Guardia Civil werden von den spanischen Anti-Terror-Einheiten GEO ausgebildet.

Also daneben haben sie aus der BRD die Fahndungsfotos samt Belohnung importiert. Was das Projekt der Abschwörung betrifft, so beziehen sie sich da unmittelbar auf die italienische Praxis. Sie haben z.B. in einigen Zeitungen damit begonnen, sogenannte Abgeschworene vorzuführen, welche gegen den Sendero und dessen 'Greueltaten' aussagen.

Die Operationen stehen unter der Führung des Einheitskommandos der Streitkräfte, welches wiederum dem nationalen Verteidigungsrat unterstellt ist, an dessen Spitze der Präsident der Republik steht. Daher auch dessen direkte und unausweichliche Verantwortung der Geschehnisse und der politischen Führung, die ihn somit zum primären und grundsätzlichen Verantwortlichen des konterrevolutionären Krieges macht.

Als die Streitkräfte eingesetzt wurden, hatten sie schon während dreier Jahren den revolutionären Krieg beobachten können. Zudem hatten sie die Polizei beraten und ihre Aktionen mitgeplant. Sie verfügten daher über einen Vorteil, auch über größere und bessere menschliche wie auch materielle Mittel als die Polizei. Unverzüglich setzten sie ihren Plan in Gang, Massen gegen Massen zu benutzen, Einheimische gegen Einheimische aufzuhetzen. Doch hören wir dazwischen wieder, wie sich die Revolution weiterentwickelt.

Das zentrale Instrument für die Entwicklung des Volkskrieges ist das politische Zentrum, das die einzelnen Fäden zusammenknüpft, die einzelnen Kämpfe verallgemeinert und immer wieder in die langfristige Strategie einfügt und diese Strategie permanent auf die zu erreichenden Ziele orientiert.

Die Kommunistische Partei Perus wurde auf einer marxistisch-lenistisch-maoistischen Basis am 7. Oktober 1928 von Jose Carlos Mariategui gegründet. Sie war mit den Basisthesen über die peruanische Gesellschaft ausgestattet. Das wäre die Problematik des Bodenbesitzes, die imperialistische Herrschaft, die Rolle des peruanischen Proletariats sowie mit programmatischen Punkten und einer generellen politischen Linie. Aber der Gründer starb 1930, knapp zwei Jahre nach der Grün-



dung der Partei und sogar ein Gründungskongress blieb hängig. Darum hatte die Partei keine Zeit gehabt sich zu konsuldieren, als die Auseinandersetzung ausbrachen, die schon von früher datierten, aber jetzt dazu führten, daß Mariategui und seine Linie offen in Frage gestellt wurden und Ravines diese Linie ändern konnte. So übernahm der Opportunismus die Parteiführung als Ergebnis der Linienkämpfe innerhalb der Partei, was schwerwiegende Konsequenzen für die Klasse und die Revolution brachte. Dieser Weg führte zum widersinnigen Parlamentarismus, in den Wahlen von 1939 eingeleitet, der der Compradorenbourgeoisie, in der Person Prados vertreten, diente. Nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg fand dann ein falscher 'Gründungskongress' statt, der die sogenannte 'nationale Einheit' als generelle politische Linie anerkannte und die Kapitulation vor dem Yankee - Imperialismus auf internationaler Ebene sowie vor der Compradorenbourgeoisie und den Feudalherren auf nationaler Ebene ankündete, alles unter dem Vorwand, den Faschismus zu bekämpfen. Diese Situation führte, mit der Ausrede der Demokratie den Weg zu öffnen, zu der Wahlbeteiligung 1945 innerhalb der 'Nationalen Demokratischen Front' zusammen mit den Apra. Dieses neue Wahlabenteuer endete mit der Explosion des Ballons, den die Partei geworden war, nach dem Putsch von General Odria 1948. Anfangs der 60er Jahre entwickelte sich im Regionalkomitee von Ayacucho die Fraktion des Vorsitzenden Gonzalo im leninistischen Sinn: 'Die Fraktion ist eine Gruppe von Frauen und Männern innerhalb der Partei, mit gemeinsamen Ideen, mit dem Hauptziel gebildet, die Partei in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen, mit dem Ziel, seine eigenen Prinzipien auf möglichst saubere Art in die Partei einzubringen. Dafür sind übereinstimmende Ideen nötig'. Die Fraktionierung entstand als Produkt der Entwicklung des internationalen Klassenkampfes, insbesondere des Kampfes zwischen dem Marxismus und dem Revisionismus, der zur Verbreitung der Lehre von Mao Tse Tung führte: Eine Auseinandersetzung im Übrigen, die auch in Westeuropa stattfand und die zum Bruch mit dem Parlamentarismus und zu einem Neuanfang des revolutionären Prozesses führte. Nach der 5. Nationalen Konferenz im November 1965 setzte sich die Fraktion für die Bildung der drei Instrumente der Revolution ein: Partei, bewaffnete Streitkräfte und Einheitsfront und verlangte, daß diese der politischen Linie der Konferenz angepaßt würden, die als Hauptaufgabe die Bildung der revolutionären Streitkräfte für den bewaffneten Kampf bestimmte. Auch die Problematik der Bauernschaft und die Bodenbesitzverhältnisse wurden als zentrale politische Schwerpunkte thematisiert und bestimmte die These nach der die Partei mehr Gewicht auf die Tätigkeit auf den Lande legen mußte. Außerdem wurde die Frage der ideologischen und politischen Linie entscheidend beim Bezug zum maoistischen Leitgedanken. Zwei Hauptgründe verlangten dies: die Weiterentwicklung des Marxismus - Leninismus und die Entwicklung des bürokratischen Kapitalismus im Lande. In der 6. Konferenz 1969 wurde die Neuausrichtung der Partei angenommen.

Die Anwendung der Neuausrichtung wurde von der politischen Strategie bestimmt, 'die Partei zu rekonstituieren' auf der Basis der Einheitspartei. Durch einen Putsch kam Velasco Alvarado im Oktober 1968 an die Macht. Er verfestigte den bürokratischen Kapitalismus, versuchte die peruanische Gesellschaft mit einer faschistischen Politik zu vereinheitlichen und beschwor die Zunahme der Volkskämpfe. In dieser zweiten Phase ergaben sich für die Partei zwei Momente: Zuerst den Kampf gegen die Vernichtungstendenz des rechten Flügels, eine Form des Revisionismus, der die Partei vernichten wollte, indem er sich auf die offene Arbeit beschränkte, auf die Massenarbeit und die Partei somit zum Legalismus führen wollte. Auf der politischen Ebene forderten sie die Enteignung statt die Beschlagnahmung des Bodens und das wichtigste, sie negierte den faschistischen Charakter der Regierung. Nach langen ideologischen Auseinandersetzungen vollzog sich 1970 der Bruch und die Fraktion übernahm die Führung der Partei und verfolgte weiterhin die Neuausrichtung. Auch nach dieser parteiinternen Klärung fand der Kampf zwischen verschiedenen Linien für die korrekte politische Bestimmung der Partei ihren Fortgang - wir gehen hier aber nicht weiter auf die Diskussion ein. Der Höhepunkt der Neuausrichtung wurde Von der politischen Strategie geprägt, 'Basen zu bilden und zu verfestigen', d.h. die Neuausrichtung zu vollenden und Basen für den Beginn des bewaffneten Kampfes zu bilden.

Der zurückgelegte Weg ließ erkennen, daß die Partei der Vollendung der Neuausrichtung entgegentrat und demzufolge Bilanz über das Erreichte gemacht werden mußte: Die generelle politische Linie zu definieren, den nationalen Aufbau der Partei mit dem Schwergewicht auf dem Lande zu entwickeln, die Konkretisierung des bewaffneten Kampfes zu bestimmen und bei der Arbeit mit der Bauernschaft Basen zu gründen für den Aufbau des bewaffneten Kampfes.

Im 9. Plenum des erweiterten ZK im Mai 1979 wurde die Aufnahme des bewaffneten Kampfes endlich gutgeheißen und somit ein langes Kapitel der Parteigeschichte durch ein anderes abgelöst: Die Neuausrichtung hatte ihren Höhepunkt erreicht und eine neue Etappe begann, die des bewaffneten Kampfes. So wurde die PCP neu konstituiert und eine Partei neuer Art, eine kämpfende kommunistische Partei.

Um ihrer Aufgabe, den Volkskrieg zu führen, gerecht zu werden, wollen wir noch kurz einige wichtige Entwicklungen der letzten Jahre streifen. Die Partei ging das Problem ihrer Militarisierung an der Nationalen Konferenz von 1979 an, als die Vorbereitung des Krieges erörtert wurde; um den Begriff für die folgenden Überlegungen zu konkretisieren: Unter der Militarisierung der Partei versteht sie die Gesamtheit der Verwandlungen, Umgestaltungen und Berichtigungen, die notwendig sind, um den Volkskrieg als die wichtigste Kampfform zur Hervorbringung des neuen Staates und der gemeinsamen Bauer-, Bäuerinnen-, Arbeiter-, Arbeiterinnen-Diktatur zu führen. Aus diesen Erwägungen hat sich die Partei, was ihre Militarisierung anbelangt, in ihrer Gesamtheit dem Volkskrieg zugewandt, der von allen ihren Militanten getragen wird; kurz gesagt, 'unser Mittelpunkt ist das Kämpfen', wie das Zentralkomitee bekräftigte. Eine andere wichtige Frage ist der konzentrische Aufbau, was zusammengefaßt so zu verstehen ist; mit diesen Instrumenten werden die Massen in den Volkskrieg geführt und wiederum, um beide herum, der Neue Staat erschaffen; zugleich ist zu unterstreichen: 'Die Militanten zuerst und vorallem zu Kommunistinnen und Kommunisten zu schmieden, dann zu Kämpferinnen und Kämpfer und Verwalterinnen und Verwalter', um so den drei Aufgaben gewachsen zu sein.

Kehren wir wieder zum Verlauf des Volkskrieges zurück, wir waren beim Beginn des Jahres 1980 stecken geblieben. Nach der Lösung der politischen und militärischen Organisations- und Strategieproblemen wurden also die ersten zwei Ziele des Volkskrieges erfüllt, die Definition des Anfangs und die Vorbereitung am 17. Mai 1980. Das Volk, insbesondere die arme Bauernschaft, wurde unter den Parolen 'Rebellion ist berechtigt' und 'die Macht kommt aus den Gewehrläufen' aufgerufen, sich bewaffnet zu erheben. Die Anfänge waren bescheiden, fast ohne moderne Waffen wurde gekämpft, aber es ging vorwärts und das Kleine wurde größer. Seit 1981 kämpfte die PCP-SL für die Entwicklung des Guerillakrieges, d.h. der Guerillakrieg soll ausgebreitet werden, neue Unterstützungsbasen erobert werden und diese Basen geographischen und politisch weiterentwickelt werden. Die Ausbreitung dauerte von Anfang 1981 bis Ende 1982. Im ganzen Land wurde die politische - ideologische Einheit der einzelnen Basiseinheiten der Partei auf höherer Ebene zusammengeschweißt. Die einzelnen Guerillaaktionen standen unter der Parole Mittel und Waffen zu erobern und anderseits wurden Aktionen gegen Großgrundbesitzer, gegen Polizeikasernen durchgeführt. Kern dieser Unterstützungsbasen waren die Volkskomitees, die sich im ganzen Land als Basis des Guerillakrieges ausgebreitet haben.

An dieser Stelle wollen wir uns die Funktion und die Zusammensetzung der Unterstützungsbasen genauer ansehen. Die bedeutendste Errungenschaft von acht Jahren Volkskrieg ist die Neue Macht, der Neue Staat, wie er sich in den Volkskomitees, den sich entwickelnden Stützpunkten und der entstehenden Volksrepublik der Neuen Demokratie ausdrückt. Unter Bezugnahme auf die These des Genossen Mao Tse Tung verstehen sie den Staat als

eng mit der Einheitsfront verbunden, wobei sie die spezifischen Bedingungen, unter denen sie sich entwickeln, ganz besonders berücksichtigen, ebenso wie die, 'frontistische', opportunistische Wahlfälschungstradition als Bestandteil der politischen Erfahrungen des Landes. Gemäß Anordnungen des Zentralkomitees wird die Revolutionäre Verteidigungsfront des Volkes nur auf dem Lande organisiert, wo sie von Volkskomitees ausgeht und sich als Neuer Staat und Neue Macht verwirklicht, während in den Städten die Revolutionäre Verteidigungsbewegung des Volkes gebildet wird.

Ende des Jahres 1982, nachdem die beschämend geschlagenen Polizeistreitkräfte sich aus weiten ländlichen Zonen zurückgezogen hatten, entstanden die Volkskomitees, und zwar zuerst in Ayacucho; es handelt sich um Einheitsfrontkomitees zur Gestaltung der gemeinsamen Diktatur der Arbeiter, Arbeiterinnen, Bäuerinnen, Bauer und Kleinbürger als Ausdruck des Diktats der drei Klassen, die heute an der bewaffneten Revolution teilhaben: das städtische Proletariat, das ländliche Proletariat, also das Bauerntum und der Kleinbourgoisie; diese bilden die Diktatur der Neuen Demokratie als Staatsform und die Volksversammlungen als Regierungssystem. Das Volkskomitee wird durch die Delegiertenversammlung unter Anwendung der Norm der drei Drittel ausgewählt: das erste Drittel sind Vertreterinnen und Vertreter des städtischen Proletariats, das zweite arme Bauern als Vertreter des ländlichen Proletariats und das dritte mittlere Bauern und progressive Elemente als Vertreter und Vertreterinnen des Kleinbürgertums. Das Komitee stützt sich - wie jede Form Neuer Macht - auf die Allianz von Arbeiterinnen, Arbeiter und Bäuerinnen, Bauern unter der Führung des bewußten Teils des Proletariats, das die Kommunistische Partei verkörpert wird und von der Guerilla - Volksarmee getragen.

Das Komitee besteht aus fünf Kommisärinnen und Kommisären, die so bezeichnet werden, um ihren Status als Beauftragte, die jederzeit absetzbar sind, zu unterstreichen. Und es übernimmt im Rahmen des Programmes der demokratischen Revolution, zur Zerschlagung des Imperialismus, des Staatskapitalismus und der Halbfeudalität die Aufgabe, das soziale Leben der Massen auf allen Ebenen zu organisieren; ferner die Organisation der -vorwiegend landwirtschaftlichen- Produktion und des Handels, wobei es die Aktivitäten auf kollektives Handeln ausrichtet; außerdem übt es Justiz, organisiert Erziehung und Freizeit, begleitet die Entwicklung der Volksorganisationen und garantiert die gemeinsame Sicherheit; Grundlage dieser Arbeit ist die Hervorbringung neuer sozialer Produktionsbeziehungen. Die Entwicklung der hunderte dieser Volkskomitees und von mehr, als den bereits bestehenden Stützpunkten, folgt dem Verlauf des Guerillakrieges auf dem Weg, die Städte vom Lande her einzukreisen, und des Volkskrieges in seiner Gesamtheit.

Bericht der österreichischen Delegation aus Kücükarmutlu

Varianten des Staatsterrors in der Türkei - diesmal in einem Slumgebiet in Istanbul

Das Armenviertel Kücükarmutlu liegt direkt am Bosporus in Istanbul. Es leben dort ca. 20 000 Menschen, vornehmlich aus den Städten Tokat und Sivas, die es hauptsächlich aus Armutsgründen nach Istanbul verschlagen hat, eines der wichtigsten Ursachen für die Landflucht in der Türkei - wie eben in allen Trikont-Ländern. Diese Armutviertel mit den über Nacht erbauten Häusern - Gececondus - gibt es in starker Ausbreitung in allen größeren Städten der Türkei. Immer schon ein Ort des Widerstandes sind sie der Regierung seit jeher ein Dorn im Auge. Die Antwort des Staates darauf besteht immer wieder in brutalsten Räumungen dieser Gebiete. Vor dem Militärputsch im September 1980 wurde z.B. das Gececondu 1.Mai in Istanbul erbaut. Auch dieses Gebiet wurde von Mafia und Staat - wie Kücükarmutlu - gleichzeitig bedroht. Dabei verkaufte die Grundstücksmafia - ehemalige Polizisten und Rechte, vor allem die Grauen Wölfe - Häuser mehrfach an die Neuhergezogenen und lies diese zwischendurch mit Hilfe der Regierung durch die Polizei räumen. Dabei kam es immer wieder zu Massakern und einhergehend damit zu Verhaftungen und Folter. Indem die BewohnerInnen als TerroristInnen bezeichnet wurden, hatte der Staat für seine Terrormethoden die Legitimation in der Öffentlichkeit. Im Gececondu 1.Mai gab es insgesamt 61 Tote. Indem der Staat dieses verheimlichen wollte, ließ er ein Massengrab ausheben und die Toten dort aufeinandergeschlichtet hineinschmeissen. Dieser Ort heißt heute unter Revolutionären der 'Ort der Gefallenen'. Doch auch schon in diesem Gececondu gab es Leute mit politischer Erfahrung, die nicht nur praktischen Unterricht - wie man in solcher Situation überleben kann - , sondern auch theoretischen Unterricht geben konnten. Unter der Losung 'Wir haben das Recht, hier zu leben' brachten sie den Menschen bei, daß Repression und Verfolgung nicht nur an diesem Ort stattfinden würden, sondern daß dies eine Klassenfrage sei, deren Lösung nur im Kampf gegen die herrschende Klasse zu finden wäre und sie erklärten überdies, daß niemand ohne Organisation seine Rechte erkämpfen könne, daß Einzelbefreiung nicht möglich sei. Diese kämpferische Tradition wurde in Kücükarmutlu fortgesetzt. Auch hier organisierte Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) den Aufbau eines Widerstand des Volkes. 1986 wurde dieses Gebiet von den jetzigen BewohnerInnen erbaut. Bei den ersten Abreißversuchen wurde noch kein Widerstand geleistet, aber durch die Arbeit von Devrimci Sol-Leuten mußte die Polizei immer mehr zurückweichen. Die Erwachsenen begannen sich wöchentlich zu treffen, um ihre Lage und Taktiken gegen die Polizei zu besprechen. Im Laufe der Zeit entstanden Komitees, die sich wöchentlich trafen, wobei die politische Bildung im Vordergrund stand. Frauenkomitees kümmerten sich im speziellen um die Gesundheit der Kinder, um Empfängnisverhütung, um Ernährung und Hygiene, alles dies im Rahmen einer politischen Aufklärung. Jugendkomitees sind entstanden, die wiederum die politische Bildung als ihre Aufgabe sahen, aber auch die praktische Arbeit nicht vernachlässigten. Bis Anfang dieses Jahres war es für die Bevölkerung normal, bei Angriffen durch die Polizei gemeinsam Knüppel und Steine zu ergreifen, damit auf den höchstgelegenen Hügel des Gebietes zu laufen und sich zu verteidigen. Doch seit den ununterbrochenen Terroraktionen seitens der Polizei - speziell seit der am 20. Juni dieses Jahres - wurde der offene Widerstand zu einem versteckteren. Um sich über das Ausmaß, daß die Regierung zur Einschüchterung dieser Bevölkerung benötigt, bewußt zu werden, eine kurze Schilderung dieses Tages: Um 2 Uhr Nacht wurde das Gebiet von allen Seiten umzingelt, sämtliche Ein- und Ausgänge gesperrt. Nach zwei Stunden wurde das Feuer von einem Trupp Polizisten in der Nähe der Meeresküste eröffnet, das Feuer wurde von hunderten Polizisten von oben beantwortet. Die Häuser wurden einzeln durchsucht, Massen von Menschen festgenommen, geprügelt, gefoltert. Am 22. Juni wurde eine zweite Operation durchgeführt, wieder Verhaftungen, Durchsuchungen. 8 Personen, die sich an einem Hungerstreik desselben Tages beteiligten, wurden ebenfalls festgenommen.

Alle diese Festnahmen wurden durch das Antiterror-Gesetz vom 12.4.1991 legitimiert. Dieses beinhaltet die Beschränkung der Verteidigung von sogenannten TerroristInnen, mindestens 15 Tage Haft, ohne den Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden, doppelt so hohes Strafmaß als für 'normale' Vergehen, Isolationshaft, Sondergerichte, Schutz der mit 'TerroristInnen' befaßten Beamten vor Haft und Verfolgung bei ihrerseitigen 'Vergehen' (Folter, Mord), rigorose Verfolgung der oppositionellen Presse, Schutz der Denunzianten, etc..

Auf Grund dessen ist es für die Bevölkerung im Namen von Devrimci Sol notwendig, sich in Form der Volksjustiz ihr Recht zu verschaffen. In Bezug auf Kücükarmutlu wurde bei der Vertreibung der Mafia aus diesem Gebiet deren höchster

Kopf mit dem Tod bestraft, auch der Polizist, der an der Operation beteiligt war, bei der ein junger Mann im Verlaufe des Schutzes eines Hauses in diesem Stadtteil, das abgerissen werden sollte, getötet worden war.

In Kücükarmutlu selbst gibt es seit Mitte Juli fortlaufende Besuche von internationalen Delegationen: nämlich aus der Schweiz, Belgien, Holland, Deutschland, Griechenland und Österreich. Deren Sinn ist zum einem Mal Öffentlichkeit in der Türkei und in Europa zu schaffen, aber auch als gewisse Schutzfunktion gegenüber den Übergriffen der Polizei zu fungieren, das von der Bevölkerung auch gutgeheißen wird. Sie werden bis jetzt fortgesetzt, TeilnehmerInnen, viele, sind notwendig.

Wir als österreichische Delegation, zwei Frauen und ein 12 jähriges Kind, waren Ende August in diesem Gebiet. Die Erfahrung, in einem nicht offiziell erklärten Kriegsgebiet zu sein, war alltäglich. Ein- und Ausgänge waren bewacht, Panzer fuhren mit Höchstgeschwindigkeit den ganzen Tag über durch das Viertel. Anwesenheit von Hunderten von Polizisten in Uniform und noch mehr in Zivil, die beiden von der Bevölkerung errichteten Schulen waren zu Polizeistationen umfunktioniert - seit Schulbeginn am 15. September ist dort tagsüber Schulbetrieb, nachtsüber immer noch die Polizei - es herrschte dort Ausgehverbot ab 24 Uhr, wer ab dieser Zeit 'erwischt' wurde, der/dem konnte es passieren, als 'TerroristIn' verhaftet zu werden.

Die Bedrohung durch eine akute Räumung ist offensichtlich. Doch liegt die Ursache darin nicht nur in der widerständigen Bevölkerung, sondern auch in dem Ziel, das gut gelegene Gebiet gewinnträchtig zu verkaufen - eben ein ideales Spekulationsobjekt. Auch wenn die Stadtverwaltung noch so sehr beteuert, es für seine Arbeiter zu benötigen - eine Variante, die erst vor kurzem aufgetaucht ist - oder das Verteidigungsministerium behauptet, eine Raketenbasis dort errichten zu wollen, auch die Technische Universität irgendetwas mit diesen Gebiet vorhat (alle drei sind die Eigentümer dieses Gebiets) - es ist nicht glaubhaft. Die Stadtverwaltung versucht eben nicht nur mit Polizeieinsätzen ihre Einschüchterung voranzutreiben, sondern wendet jegmögliche Taktiken an, in diesem Falle die der Verunsicherung der Bevölkerung durch gezielte Desinformationen und Spaltungsversuche. Seit neuem werden der Bevölkerung für das freiwillige Verlassen ihrer Häuser auch Geld angeboten, allerdings gezielt ausgesucht, indem sie sich an die BewohnerInnen der besser ausgestatteten Häuser wenden. Die BewohnerInnen sind tatsächlich teilweise verunsichert und eingeschüchtert, aber es gibt niemanden, der/die sein/ihr Haus ohne Zwang verlassen würde. Alle wissen, daß sie auf keinem Platz bessere Chancen als hier haben, wo ihre Organisierung so weit fortgeschritten ist.

Aus einer Presseerklärung der Bevölkerung von Kücükarmutlu vom August 1992: 'Wir die Bevölkerung von Kücükarmutlu, erklären der türkischen und internationalen Öffentlichkeit, daß niemand und keine Kraft unsere Häuser abreißen wird, ohne über unsere Leichen zu gehen, solange wir auf dem Boden unseres Landes und im Schatten der Gewehre leben.'

Keine Räumung von Kücükarmutlu!

Wir rufen alle Menschen auf, Kücükarmutlu zu besuchen und nach ihrer Rückkehr in der westlichen Presse zu berichten!

Unterstützung für den Kampf der Völker in der Türkei!

Unterstützung für den Kampf von Devrimci Sol!

Quelle: Informationszentrum für Freie Völker, 5000 Köln 30, Teichstraße 16/E, Tel. 0221/53 12 78, Presseerklärung 48 vom 5.10.1992

Wieder wurde ein Trauerzug von der Polizei angegriffen!

Macbule Sürmeli und Kayhan Tazeoglu wurden heute, am 5.Oktober beigesetzt. Beide waren Militante von Devrimci Sol und wurden während einer Polizeioperation am 28./29. September in Istanbul hingerichtet.

Als die Begräbnisfeierlichkeiten heute gegen 17.00Uhr in Kücükköy begannen, wurden die TeilnehmerInnen von der Polizei angegriffen. Die Menschen bildeten Ketten und riefen Parolen: 'Die Gefallenen von Devrimci Sol sind unsterblich!', 'Wir sind im Recht, wir werden siegen!'

Die Polizei befahl den TeilnehmerInnen auseinanderzugehen. Sie begannen auf die Menschen, die sie in einer Straße umzingelt hatten, zu schießen. Zum Teil wurden die Menschen fast zu Tode geprügelt und danach, gleichgültig, ob alt oder jung, festgenommen und zur Polizeiwache gebracht.

Die 70jährige Kudi Göleli wurde von prügelnden Polizisten am Kopf schwer verletzt. Im Krankenhaus mußte ihre Kopfwunde anschließend mit 6 Stichen genäht werden.

Von den anderen Festgenommenen und Verletzten haben wir zur Zeit noch keine Nachricht.

Festnahme unseres Korrespondenten

Den anwesenden Presseleuten wurde von der Polizei verboten, diese Prügelorgie zu filmen. Man schüchterte sie mit Prügel ein und drohte, sie umzubringen. Dann wurden Warnschüsse in die Luft abgegeben. Unser Korrespondent Murat Özdemir, den sie bereits verprügelt hatten, wurde festgenommen.

Dieser Vorfall beweist erneut: in der Türkei wird von er Polizei nicht einmal das Recht der Menschen, ihre Toten zu begraben, geduldet.

Wir fürchten um das Leben unseres Korrespondenten!

Zagreber Tagebuch

5.9.1992

"Wie läufts hier, so richtig schlecht, stimmts?" -- tönte es mit einem südamerikanischen Akzent, um 5.30 Uhr heute morgen, als Bicky noch halb schlafend das Telefon abhob, das nicht aufhörte zu läuten. *"Hier spricht Dr. soundso aus San Francisco, uns hat jemand gesagt, wir sollten euch anrufen und euch unsere Pläne mitteilen."* Die Geschichte war, daß sie von den USA aus ein Popkonzert für den 15. November in -- lacht nicht -- Sarajevo planen wollen. *"Wir werden das Beste mitbringen, wir haben die Möglichkeit der Satellitenübertragung und alles, glaubt uns."* Nach einem Monat in Ex-Jugoslawien hat sich Bicky an einiges gewöhnt, also bleibt sie ruhig und sagt ja und amen.

Was soll man machen, ein Popkonzert in Sarajevo, das war das letzte, woran wir derzeit gedacht hätten; ok., wenn das Bombardement vorbei ist, aber dieser Typ meinte, daß das Datum bereits feststeht, und das ist schwer vorstellbar, wenn man sieht, wie täglich die Bomben fallen. Sie blieb so ruhig, wie sie nur konnte, aber als wir am Abend darüber sprachen, fiel uns nichts anderes ein als *"und eine Gratis-Lichtshow mit Spezialeffekten von den kämpfenden Gruppen"*. Das ist natürlich jetzt kein Angriff und wir sind sicher, daß diese Leute es gut meinen, aber zur Zeit, genauso wie um 5.30 morgens, haben wir andere Sorgen.

Eine davon sind die Flüchtlinge von Gasinci, die nach Holland gingen. Irgendwie -- fragt nicht wieso -- können wir die Listen der Namen nicht beeinflussen, im Zug nach Holland fuhren eine Menge bosnischer Soldaten mit ihren Familien nach Norden. Nicht um dort zu bleiben, sondern um ihre Frauen und Kinder wegzubringen.

Sie kamen in ein Flüchtlingslager im Süden Hollands, wo auch eine Menge serbische Flüchtlinge untergebracht sind. Irgendwie sprach sich die Nachricht herum, daß Busladungen von bosnischen Soldaten mit ihren Waffen und allem drum und dran ankommen, und das versetzte die serbischen Flüchtlinge in helle Panik. Alles in allem ist diese ganze Operation ein großes Chaos, schlecht geplant und schlecht durchgeführt.

Die Spitze war, daß sie irgendwo in Deutschland einen Riesenumweg machen mußten, weil es Gerüchte gab, daß Neonazis einen Angriff auf den Konvoi planten. Wir fragen uns, ob die Holländer nach diesem Debakel jemals einen zweiten Transport durchführen werden. Was wir gehört haben ist, daß der holländische Minister für Wohlfahrt, Gesundheit und Kultur, der dafür zuständig ist, ziemlich angefressen ist und wahrscheinlich die Flüchtlingsarbeit auf diejenigen Flüchtlinge, die bereits in Holland sind, konzentrieren will.

Wenn ich über diese Angriffe gegen Flüchtlingsheime in Deutschland höre, die vor ca. 2 Wochen in Rostock begannen und sich über das ganze Land ausbreiteten (im Moment scheint es ein wenig ruhiger zu sein), habe ich das Gefühl, daß die Flüchtlinge in Kroatien sicherer sind. Zur Zeit sind alle Nazis, die sie angreifen könnten, im Kampf an der Front. Nein, dieses Wiedererstarken von Rassismus und Diskriminierung, gemischt mit starken nationalistischen Gefühlen, die auf nie wirklich überwundenen faschistischen Tendenzen beruhen, werden stärker, je schlechter die ökonomische Situation wird. Dafür kann man nicht die Menschen am Balkan verantwortlich machen, der Faschismus wächst doch auch bei euch.

Auf meinem Tisch stehen zwei grüne Kannen, eine mit *"Instant dried skimmed milk"* und die andere mit *"cheese processed"*. Sie sollten am Tisch eines UNPROFOR-Soldaten stehen, aber sie landeten im Lager einer Hilfsorganisation in Zagreb. Das bedeutet, daß einige Soldaten ihre Konserven aus ihren Lagern geholt und zu verschiedenen Hilfsorganisationen gebracht haben, damit sie an die Armen weitergegeben werden. Als ich einige Adressen außerhalb von Zagreb aufsuchte, um einen Platz zum wohnen zu finden, meinte eine alte Frau, ich sei sehr dürr und ich mußte ihre Geschenke annehmen.

Plötzlich war ich wieder am alten Balkan, dem Balkan der freundlichen Menschen, die alles mit einem teilen wollen. Als ich früher am Balkan reiste, nach Belgrad, Skopje, aufs Land in Bosnien-Herzegowina, Dalmatien oder Zagria, verließ ich immer, wo ich auch Leute traf, den Ort mit kleinen Geschenken, selbstgebranntem Schnaps, Kirschmarmelade oder sonst was. Ich habe bemerkt, daß ich die letzten 5 Monate nicht viel mit *"normalen"* Leuten aus diesem Land zu tun hatte, meist mit jungen Leuten, die mehr oder weniger an Ausländer gewöhnt sind. Und wenn ich irgendwo auf Mütter oder Großmütter traf, die gleich losrannten, um alles zu bringen, von dem sie meinten, ich hätte es gerne, wurde ihnen von ihren Kindern oder Enkeln erklärt, das sei nicht notwendig.

Stolze Menschen sind das hier am Balkan, stolz auf ihre Kultur und ihr Land. Sie zeigen immer alle die guten Sachen ihrer Heimat. Die Spezialitäten, die guten Snacks, den Wein und den selbstgebrannten Schnaps. Du mußt alles kosten. Aber jetzt entschuldigen sie sich mehr als je zuvor, entschuldigen sich für den Krieg, wir können dir das und jenes leider nicht anbieten, weil das kommt von dort, und diese Gegend ist besetzt oder weil wir kein Geld haben, das zu kaufen. Ich fand heraus, daß mich Leute sogar nicht in ihre Wohnung einluden, weil sie sich schämten, daß sie mir keine Spezialitäten anbieten können.

Dieses nach dem Westen schauen ist in vielerlei Hinsicht bei den Leuten, mit denen ich üblicherweise hier zusammenarbeite nicht so stark, aber es ist vorhanden. Es war eines unserer Probleme, als wir uns um Schlafplätze für die Workcamps umsahen: du kannst Leute aus dem Westen nicht am Boden schlafen lassen, oder? Das ist ein gutes Zimmer, aber mehr für einen kroatischen Studenten, nicht für jemand aus dem Westen, hörte ich bei solchen Gelegenheiten.

Heute war ein richtiger Samstag, mit Zugladungen voll Soldaten, die für einige Tage von der Front zurückkehrten nach Zagreb. Tausende Burschen und Mädchen am Hauptplatz, die einander suchten. Schüsse in der Nacht von Betrunkenen auf Parties (meist Hochzeiten). Und neuangekommene Freiwillige für unser Zentrum.

(...)

In einem anderen Zimmer traf ich Bikkey, die sich mit einem Haufen Anträgen von Freiwilligen, die gerne herkommen würden herumschlug. Sie erzählte mir, daß sie noch einen irischen *"Freiwilligen"* getroffen hätte, einen, der in der kroatischen Armee kämpft. Manchmal trifft sie komische Leute, vor ein paar Wochen stolperte sie über einen von Tudjmans persönlichen Bodyguards, vom Elitekorps der kroatischen Armee mit den netten dunkelblauen Baretten. Er erzählte ihr alles über den Luxus hinter Tudjmans *"Palast"* in Nazorova. Das hat mich sehr an die Geschichten, die ich in Belgrad über die Tito-Villa gehört habe, erinnert. Immer, wenn ich ich solche Geschichten höre, kommt mir, warum die Führer so viel brauchen. Es scheint, daß vor allem Führer von mehr oder weniger *"armen"* Ländern sich mit besonders viel Luxus umgeben.

(...)

Mir geht ein Telefonat durch den Kopf, das ich mit einer Holländerin führte, sie war verzweifelt, versuchte alles; ihr Mann war vor einigen Wochen von daheim weggegangen, mit gerade genug Geld für ein paar Wochen dabei. Seine letzten Worte waren, daß er Kroatien helfen möchte, früher waren sie hier immer auf Urlaub. Seither hat sie nichts mehr von ihm gehört. Sie gab mir zwei Namen, nach denen ich suchen sollte, einen holländischen und einen französischen (aus seiner Zeit in der Fremdenlegion). Versteht ihr, warum ich mich oft frage, was *"Friedensarbeit"* sein soll? Die Welt hier ist einfach paradox. Natürlich werde ich mit dem Namen herumlaufen, aber ich vermute den Mann eher in Dalmatien oder Bosnien-Herzegowina als in Zagreb, und nachdem er in der Fremdenlegion war, wäre ich überrascht, würde ich ihn in einem Flüchtlingslager finden, wo unsere Leute arbeiten.

(...)

Lotte ist ein Job in der Bar der dänischen UNPROFOR-Soldaten in der Krajina angeboten worden, 1500 männliche Soldaten in der Mitte von nirdengwo. Sie lehnte ab, weil sie sich die Probleme, die sie dabei erwarten, ausmalte; also heuerten sie eine kroatische Frau an, für DM 50,– pro Monat (aber natürlich freie Unterkunft). Ich hoffe, daß eine Dänen, die das lesen, dafür sorgen, daß diese Löhne ein wenig steigen.

15.9.1992

... der irische Freiwillige, nicht bei uns, aber bei der kroatischen Armee, der in Bosnien gekämpft hat. Plötzlich war der Raum voll mit all den Geschichten von der Front, die schweren Waffen und die Augenblicke voll der Angst, was hinter dem nächsten Baum lauert. Er möchte raus aus der Armee, er kam hierher, weil er in Irland keinen Job fand und dachte, das wäre eine gute Arbeit für ihn.

Später kam ein anderer Freiwilliger, einer, der hierher kam, um in einem unserer Workcamps zu arbeiten, in den Raum und meinte, eigentlich sei er nicht hier, um in Flüchtlingslagern zu arbeiten, es sei ein netter Einstieg in dieses Land, aber er würde lieber den Bosniern helfen, eine kleine Elitetruppe aufzubauen. Er meint, er war ein Abbruchspezialist in der britischen Armee und jetzt sieht er sich in den Flüchtlingslagern nach Kontakt zu bosnischen Soldaten um.

(...)

Mir fiel auf, mein ganzer Lebenswandel, meine Gedanken und Erwartungen von dem, was *"normal"* ist, haben sich verändert. Als ich beim Wohnung zusammenräumen im Badezimmer einige Handgranaten und einen Mörser fand, die der frühere Besitzer hiergelassen hatte, nahm ich sie einfach, packte sie in eine Schachtel und stellte sie vor das Haus, wie alles andere, das wir fanden, damit der frühere Besitzer das Zeug mitnehmen kann. Während ich das machte, beobachtete mich ein holländischer Journalist, er wurde bleich, *"daß Sie das einfach so nehmen"*, sagte er. Es sind nicht die Waffen, die die Leute umbringen, Menschen bringen Menschen um, das hier sind nur Metallstücke, antwortete ich. Die werden Sie überall finden, nahezu in jedem Haus, Handgranaten liegen überall herum.

Ich kann mich erinnern, als ich die erste Handgranate sah, die wie ein Osterei bemalt war, oder an den Moment, als jemand in Nustar eine Handgranate nahm, den Sicherungsstift rauszog und mit das Ding in die Hand drückte. Ich brauchte eine halbe Stunde, um den Sicherungsstift wieder reinzukriegen. *"Wirf sie"*, meinte er, aber ich weigerte mich. Sie waren überrascht, daß ich sie nicht warf oder schießen wollte. Jeder macht das so, erzählten sie mir, jeder möchte einmal in seinem Leben seine Stärke zeigen und im Wald herumballern. Das ist ein Teil deiner Männlichkeit.

Als ich diese Geschichten Journalisten erzählte, schauten die mich an, als sei ich von einem anderen Stern.

Zagreb Tagebuch

Und heute gab es keinen Waffenstillstand – Wam

Editing Jim Forest, Übersetzung von Heidi und Georg W. Schimpf

Wam schreibt: *"Ich schreibe dieses Tagebuch, um zu erklären, was es bedeutet, in einer Stadt im Krieg zu leben, was man sieht und hört in den Kneipen, in den Zeitungen, auf den Strassen und im Fernsehen. Ich versuche, so neutral zu bleiben wie ich kann."*

"Das Zagreb-Tagebuch von Wam Kat ist das persönliche Dokument eines westeuropäischen Pazifisten, der ins ehemalige Jogoslawien kam, um die dortige AntiKriegbewegung zun unterstützen. Wam ging im April 1992 nach Zagreb, wo er als Freiwilliger im Büo der "Antikriegskampagne" Kroatiens arbeitete. Eine seiner Aufgaben dort war, mittels E-mail Nachrichten, Presseerklärungen und Spendenaufrufe in alle Welt zu senden. Es begann das Tagebuch, um alles das aufzuschreiben und zu vermitteln, das in den offiziellen Mitteilungen keinen Platz hatte. In seiner Urfassung kann es nur lesen, wer Computer und Modem besitzt. Auch wenn dies inzwischen für viele tausend Menschen in aller Welt zutrifft, ist es trotzdem ein großes Verdienst der Herausgeber, das Tagebuch in gedruckter Form auch all denen verfügbar zu machen, die noch über keinen Zugang zu den elektronischen Medien verfügen."

Christine Schweitzer (Bund Soziale Verteidigung)

Preis DM 6,-, ca. 60 Seiten. Postfach 26 01 24, D-W-4000 Düsseldorf 1

(Anm.: Die Texte im Verteiler sind Übersetzungen des Infoladen Wien)

(Quellen: Searchlight, Antifa-Info, atze, Neues Deutschland, Spiegel, Kurier, taz,...)

Faschisten aller Länder treffen sich in Kroatien

Im folgenden Artikel fehlen jede Menge Infos. Das ergibt sich daraus, daß die Materie – die internationalen Verbindungen der Faschisten – zu komplex ist, um sie auf ein paar Seiten darzustellen. Deshalb gibt es am Ende des Beitrags einen Hinweis auf Zeitungen, die sich speziell mit dem Thema – internationale Verbindungen von Faschisten – beschäftigen.

Was wir hier versuchen, ist darzustellen, wie sich Faschisten aus verschiedensten Ländern in Kroatien einmischen unter dem Motto *"Verteidigung der weißen Rasse"*, aber unserer Meinung nach (auch, vor allem?) deshalb, ihre *Eliten* oder *Kader* durch Massaker zu hetzen und sie darüber hier – in Österreich, in der BRD, in der Ex-DDR,... – zu rücksichtslosem Vorgehen zu vergattern, *learn to kill!*

Aufrufe

Im März 1991 erschien in der Zeitung *New Order* ein Aufruf zur Unterstützung von *Freiwilligen* unter dem Titel *Kroatien braucht Hilfe. New Order* ist das Blatt der NSDAP-AO mit Sitz in den USA. Chef der NSDAP-AO ist *Gary Rex Lauck*, der faschistische Druckwerke (Pickerl,...) in alle Welt verschickt. Die NSDAP-AO ist hauptsächlich ein Versandladen für Faschisten aus aller Welt.

Die Internationale der Neonazis betrachtet die kroatische Operation als eine Schlüsselstelle ihrer Organisierung. Eine ungarische Ausgabe von *New Order, Uj Rend*, ist 1992 in bisher mindestens zwei Nummern erschienen. Die Zeitung wird vom ungarischen Verbindungsmann zur NSDAP-AO, Istvan Györkös, herausgegeben. Die ungarische Staatsanwaltschaft beschuldigt Istvan Györkös und vier Mitglieder seiner Neonazi-Bande des Waffen- und Munitionsschmuggels bzw. -handels. Györkös ist der Führer der ungarischen "Nationalsozialistischen Aktionsgruppe" und wurde im Kielwasser der Verhaftung von Gottfried Küssel in Österreich gefaßt. Aus den USA erhielten ungarische Faschos auch z.B. einen Computer um $ 10.000,– .

Das seit langem bestehende ungarische Nazi-Blatt *Preservance* ist eingegangen, nachdem es mehr als 30 Jahre lang einen internationalen Überblick über faschistisches Pressematerial gegeben hat. Veröffentlicht von einem Postfach in Merrion, Australien, und herausgegeben von Laslo Nagy, stellte sich Preservance in eine Reihe mit Ernst Zündel, dem notorischen deutsch-kanadischen Auschwitz-Lügner und verurteilten Kriminellen. Das letzte Keuchen im März war mehr ein Schrei mit fanatischen Appellen für eine internationale Unterstützung von Kroatien gegen Jugoslawien. Unter denen, die ihre Namen für den Appell hergegeben haben, waren Zündel und die NSDP-AO. Zündel drängte, daß jeder, der Kroatien helfen will, das Kroatische Büro und eine Adresse in Stuttgart kontaktieren soll.

Anfang Jänner gab es im Kursalon *Hübner* in Wien eine Veranstaltung, bei der wiederum *"Freiwillige für Kroatien"* geworben wurden. Initiator war *Gottfried Küssel*, selbsternannter Nachfolger des Chefs der *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front* GdNF *Michael Kühnen*, der inzwischen an AIDS verstorben ist. *Kühnen* arbeitete ein Programm zur Wiedergründung der NSDAP in der BRD aus. Seine Anhänger behaupten, daß mit der Gründung der *illegalen SA* inzwischen der erste Schritt dahin getan ist.

Küssel ist *Führer* der VAPO (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition) und seit 1989 regelmäßig in der ehemaligen DDR zu *Besuch*. Laut österreichischem Justizministerium will *Küssel "die NSDAP legalisieren"*. Hitler ist für ihn *"der größte Mann in der deutschen Geschichte". Küssel* wollte – um nicht mit dem österreichischen Neutralitätsgesetz in Konflikt zu kommen – ein sogenanntes (natürlich bewaffnetes) *Technisches Sanitätskorps* TSK organisieren. Tatsächlich wollte am 14. Jänner eine 50köpfige *Elitetruppe* aus deutschen und österreichischen Nazifreiwilligen nach Kroatien abreisen, aber die Verhaftung *Küssels* einige Tage zuvor vereitelte die Operation.

Seither, so berichtet das deutsche Magazin Stern, wurde diese Arbeit von der Hamburger *Nationalen Liste* NL, geführt von dem Nazi *Christian Worch*, einem Kontaktmann zu *David Irving*, und dem in München ansässigen *Nationalen Block*, dessen Führer *Manfred Eichner* ist, übernommen. *Eichner* ist der *regionale Führer Süden*, aber auch einer der Kommandanten der illegalen paramilitärischen SA der Bewegung. *Christian Worch* war einer der

Organisatoren der Pogrome in Rostock, er wurde dort in seinem Auto am Mobiltelefon beobachtet. Im Organ der NL *Index* wird den Kameradinnen und Kameraden im Januar 1992 mitgeteilt: *"Auch wenn es für politische Kämpfer im Inland genug eigene dringende Aufgaben gibt, so halten wir die Unterstützung des tapfer kämpfenden und hart leidenden kroatischen Volkes für eine wichtige Sache."*

In dieser Geschichte steckt auch der kriminelle Nazi *Bela Ewald Althans*, Worchs tödlicher Rivale im Kampf um Küssel zu ersetzen. *Althans*, der auch bei dem Pogrom in Rostock gesehen wurde, betreibt in München eine PR-Agentur und einen Laden für die Verbreitung neonazistischen Propagandamaterials. Während *Worch* sich um die potentiellen Rekruten kümmert, hat sich *Althans* selbst die Rolle zugeschrieben, sowohl Geld zu beschaffen um seinen Führungsanspruch zu untermauern, als auch bei der Veröffentlichung des Neonazi-Engagements zu helfen.

In einer Presseaussendung im Mai offerierte *Althans "spektakuläre Actionfotos zum Verkauf"*. Die angebotenen Fotos, insgesamt mehr als hundert, *"dokumentieren freiwillige Neonazikämpfer in Jugoslawien auf Seiten der kroatischen Kräfte genauso wie Neonaziengagement im Irak."*

Althans verlangt $ 5 000,-- und offeriert weiters Kontakte zu den beteiligten Neonazis und Viedoaufnahmen. *Althans'* Geldbeschaffungsaktion ist eindeutig Teil von internationalen Verbindungen: Das Kontakttelefon und die Fax-Nummer auf der Presseaussendung gehören dem in Toronto ansässigen Auschwitzlügner und Kriminellen *Ernst Zündel*, den *Althans* im Mai und Juni traf. *Althans* gilt als Initiator der *Revisionismus-Kampagne*. In Toronto residiert auch der *Kroatische Nationalrat* (HNV), der im Februar 1974 von Exilkroaten gegründet wurde. Ziel des HNV ist die Loslösung Kroatiens aus dem *"unnatürlichen großserbischen"* Jugoslawien. In der BRD gibt es ca. 15 Ortsgruppen dieses Vereins, der vom VS Baden-Württemberg als *extrem nationalistisch* eingeschätzt wird. In Kanada -- und Südamerika -- wird übrigens offen Geld für *"Waffen für Kroatien"* gesammelt.

Im Monatsheft *Der Freiwillige. Für Einigkeit und Recht und Freiheit* Nr. 2/92, dem Organ der *Traditionsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS* HIAG wird der Leserschaft mitgeteilt, daß eine *niederländisch-kroatische Arbeitsgemeinschaft*, die aus ehemaligen Kadern der niederländischen Armee mit Kampferfahrung im Libanon, in Korea und Indonesien besteht, Söldner für die kroatische Armee wirbt. Betont wird, daß die *"serbischen Kommunisten konkret mit der Waffe in der Hand"* bekämpft werden müssen.

In einem Brief vom 7. Mai 1992 schreibt der US-Amerikaner *Harold Covington* unter dem Decknamen *Winston Smith* an seine *"dear racial comrades"* (nachdem er die Situation der Faschos in diversen europäischen Ländern beschreibt, dabei erwähnt er auch die Terroranschläge der Gruppe Weißer arischer Widerstand VAM in Schweden) *"... Ihr seid sicher mit der Situation in Kroatien vertraut... die schwache Unterstützung aus dem Ausland für das Tudjman-Regime und die neu gegründete kroatische Armee..."* (dafür Unterstützung von) *"sogenannten* Söldnern, *die tatsächlich politisch motivierte junge arische Männer aus der ganzen Welt sind, ähnlich den Nationalsozialisten oder den pro-Faschisten. Sie haben eine rassische Antwort auf die linken* Internationalen Brigaden *im spanischen Bürgerkrieg gegeben..."* (dann hofft er noch, ihnen ein Epos schreiben zu können).

Covingtons Europa-Tour diente der Intensivierung der Beziehungen zwischen europäischen und US-amerikanischen Faschisten, namentlich des (auch in Europa agierenden) *Ku Klux Klan* zur *Blood and Honour*-Gruppe, deren Zentrale in Großbritannien ist. Der Chef von *Blood and Honour* und der gleichnamigen Zeitung ist *Ian Stuart Donaldson*, Mitglied der Fascho-Band *Skrewdriver* und öfters in Westeuropa auf Tournee. *Blood and Honour* ist eine europaweite, klandestine faschistische Organisation. Ihre Mitglieder haben zum Teil paramilitärische Ausbildung in den USA erhalten, andere waren bei der französischen Fremdenlegion. *Blood and Honour* sind auch in Schweden in der Gruppe *weißer arischer Widerstand* VAM stark vertreten.

Auch in Schweden gibt es Aufrufe, nach Kroatien zu gehen und die *"weiße Rasse"* zu verteidigen. Diese Parole ist übrigens europaweit die wichtigste der Faschos. Die Aufrufe kommen vor allem von VAM -- *Weißer arischer Widerstand*, *Erik Rundquist*, ein schwedischer VAMler, war z. B. mit 10 Leuten in Rostock. Die VAM hat u. a. viele Banküberfälle in Schweden zwecks Finanzierung gemacht, weshalb viele ihrer Mitglieder im Knast sitzen.

Aus Schweden "heim" kam der Ustascha-Killer Miro Baresic. Er ermordete 1971 den jugoslawischen Botschafter in Schweden. Zu lebenslanger Haft verurteilt, konnte er schon nach 2 Jahren während einer Flugzeugentführung 1973 flüchten (?), zuerst nach Franco-Spanien, später nach Paraguay, wo er offizieller Sicherheits-Spezialist für Diktator Alfredo Stroessner war. Nach Schweden ausgeliefert, blieb Baresic bis zu seiner Entlassung 1989 im Knast. Als vergangenes Jahr in Kroatien die Kämpfe ausbrachen, wurde ihm in Zagreb ein Heldenempfang bereitet. Er sorde sofort zum Chef einer Spezialeinheit des kroatischen Militärs gemacht. Bald darauf wurde er bei einer Aktion getötet, aber sein Tod wurde bis vor kurzem geheimgehalten, um die kroatischen und andere Nationalisten nicht zu beunruhigen.

Baresic saß von 1985 bis 1986 zusammen mit dem schwedischen Faschisten Ausonius in einer Zelle. John Wolfgang Ausonius, der sich auch John Stannermann und John Wolfgang Zaugg nennt, saß damals seit 1984 wegen tätlicher Angriffe. Er wurde inzwischen wieder verhaftet, diesmal wurde er nach einem Banküberfall und anschließender Schießerei mit den Bullen gefaßt. Er sitzt wegen Verdacht auf 15 weitere Banküberfälle und der Ermordung eines Mannes bei einem Schußangriff auf ein ImmigrantInnenheim. Ausonius gab an, die gefundene Waffe in Südafrika gekauft zu haben. Er hat keine Verbindungen zu den VAM-Faschisten, hatte aber nach seiner Entlassung 1986 weiterhin Kontakt zu Baresic und ausländischen Nazis. Es besteht der Verdacht, daß ein Teil der Beute der Banküberfälle verwendet worden sein könnte, um eine nicht näher bestimmte Nazi-Gruppe in Deutschland zu finanzieren.

Einige Deutsche haben ihren Freunden in Kroatien schon mehr als eine helfende Hand gereicht. Einer der Polizei-Leibwächter des bayrischen Innenministers Edmund Stoiber wird mit der Verschiebung von 16 000 Schuß gestohlener 9mm Munition nach Kroatien in Zusammenhang gebracht. Ironischer Weise ist die Geschichte von Stoibers Leibwächter genau an dem Tag bekanntgeworden, an dem der Konservative eine Warnung bezüglich "wachsender Gefahr für die internationale Sicherheit" durch Neonazis ausgesprochen hat. Er verglich die letzten Ereignisse mit der Eskalation der Nazi-Gewalt in der Weimarer Republik in den 20er und frühen 30er Jahren.

Söldner in Kroatien

"Gefallen für unser Europa. Auf dem Kriegsschauplatz Kroatien ließ der französische Kamerad Mario Rehor, 16 1/2 Jahre alt (...) sein Leben". Todesanzeige im Nazi-Blatt...

Internationale Faschisten in Klek

Klek ist ein Badeort zwischen Split und Dubrovnik. Hier hat sich eine Gruppe von Faschisten aus verschiedenen Ländern eingenistet, die *Einheit Chicago*. Sie residieren in einer beschlagnahmten Villa, die Serben gehört hat, und die mit Hakenkreuzfahne, Reichskriegsflagge und der kroatischen Fahne verunstaltet ist. Den Platz davor haben sie umgetauft in Rudolf-Heß-Platz.

☆ *Tomislav Madi* alias *Chicago*, 32, aus den USA zurückgekehrter Exil-Kroate: *"Ich bin Nazi, ich interessiere mich nicht für Politik"*. Die Serben bieten 100 000 Mark für seinen Kopf. Seine Prinzipien: *"Wir kommen von hinten* und *wir haben noch nie Gefangene gemacht"*. Er läßt seine Truppe in feindliche Stellungen stürmen, und wo die Leute umfallen, wissen die *regulären* (HOS-) Truppen, wo der Feind ist. Die Gruppe ist seit einem Jahr im Einsatz, bisher wurden 8 von ihnen getötet und 12 verletzt. Aufgefüllt werden die Verluste mit Neonazis aus allen Ländern:

☆ *Nicolas*, Deutsch-Franzose aus Berlin, wurde inzwischen verwundet. Nicolas filmt mit einer Sony-Videokamera die Aktionen (die Kamera ist vorne auf einer Kalaschnikow montiert).

★ *Christof*, Franzose, wurde bei der gleichen Aktion verwundet wie Nicolas.

★ *Michel Faci*, FANE-Mitglied *Le Loup (Der Wolf)*, läuft in einer nachgemachten SS-Uniform herum. *Faci* ist mehrfacher Hausbesitzer in Paris. *Faci* gründete Anfang der 80er Jahre in Frankreich die FANE, die Anschläge auf Synagogen etc. durchführte. *Michel Faci* rühmte sich vor Reportern, eine Einheit von ca, 200 Faschisten, darunter Österreicher und Deutsche zu befehligen, und, was glaubwürdiger ist, daß er selbst zwei Serben ermordet hätte.

★ *Pero*, will schon mit 16 Jahren für Chicago gekämpft haben.

★ *Charles*, 29, Bretone, hält sich für den einzigen echten Nazi.

★ *Bruno de Morville*, 35, Franzose, suchte in Danzig nach Nazi-Relikten. Er wollte für die Iraker kämpfen, was diese aber abgelehnt haben: er wurde, weil sie ihn für einen Ami-Piloten hielten, eingeknastet.

★ *Richard*, 18, Neonazi aus Wien. Seine Großeltern sind Faschisten, der Vater Kommunist, die Mutter Grüne. Der Großvater lehrte ihn im Schrebergarten schießen und Nazi-Lieder singen. *Richard* sollte inzwischen wieder in Wien sein. Von Klek aus schrieb er an den in Wien sitzenden Gottfried Küssel *TSK lebt.*

★ *Pigac*, 18, Franzose, schießt mit der Panzerfaust RPG-7 (aus der Ex-SU), allerdings weniger gegen Panzer, sondern vornehmlich in Häuser, was irrsinnige Schäden anrichtet.

★ *Patak*, 19, schießt mit einer Kalaschnikow.

★ *Igor*, 19, stieg auf eine Mine, die die eigenen Leute gelegt hatten. Die riß ihm den linken Fuß ab.

★ *Mark Jones*, 25, *Jaffa*, GB: *"Wir treiben den Feind nicht aus dem Haus, wir schießen einfach das Haus zusammen, ich glaube nicht ans Zielen, und ich würde nie die Feile nehmen, wenn ich den Hammer haben kann".* Für ihn ist Paraga *"die Reinkarnation Hitlers".*

★ *Matthew Merrison*, 23, Freund von *Jones*. Beide haben als Barkeeper gejobbt. *"Merrison kam einfach nur, um zu kämpfen, ohne Ideologie".* Er war auch in der britischen Armee.

Die *Freiwilligen* in Klek haben jeweils 10 Tage Urlaub, dann sind sie 5 Tage lang im *Einsatz*. Viele Verwundungen – auch unter den Kroaten – passieren in der Freizeit, die Leute schießen in der Bar herum, ohne zu schauen. *Pigac*: *"20 Prozent der Kroaten sterben durch die eigenen Waffen".*

Die Kroaten meinen über diese Truppe: *"Miese Soldaten, aber sehr gute Kämpfer". Merrison* formuliert es so: *"Die Jungs machen einen dreckigen Job, und sie genießen es".* Der Sold beträgt hier 130 DM im Monat.

Die Osijeker Gruppe

Eine BBC-Dokumentation zeigte im Mai 1992 einige Tage im Leben einer bunten Truppe britischer Söldner, viele davon sind Ex-Heeresangehörige, die für 100 Pfund im Monat als Teil einer *internationalen Brigade* das Tudjman-Regime unterstützen:

★ *Carl*, ein militärischer Experte für Sprengstoff aus Merseyside, der *"nach Kroatien ging, um irgendwas zu tun".* Davor war er Söldner in Sri Lanka, dem Sudan, Surinam und einem Dutzend Orten, die *"zu sensibel sind, sie zu erwähnen."*

★ *Dave*, er scheint aus Manchester zu kommen, der die *"Freuden, ohne Mitleid zu töten, wie der Yorkshire Ripper"* ausprobieren möchte.

★ *Roy*, der Junge mit dem albernen Grinsen, der seiner Mutter erzählte, daß er *in Euro-Disney* arbeiten werde.

★ Ein Waliser, der unter *Frenchie* bekannt ist. Derzeit liegt er im Spital, nachdem er sich mit der eigenen MP in den Fuß geschossen hatte.

★ Der einzige, der irgendwelche Vorstellungen hatte, war *Kit*, ein ex-Paramilitär und Mitglied der französischen Fremdenlegion aus dem Nordosten, der sich selbst als *"Vagabund"* beschreibt und das Leben in Kroatien dem im Knast, den er riskiert, wenn er nach England zurückkommt vorzieht. *Kit* (...) hat auch keine Illusionen, daß er sich in einer Gruppe befindet, deren Hauptinteresse es ist, Blut fließen zu sehen. *"Die da sind genauso schlimm wie die auf der anderen Seite"*, gab er zu.

(...) Die Sendung gab Einblick, wie Gangs von Marodeuren, die von den Kroaten angeheuert wurden, um Jugoslawien in einen blutigen Bürgerkrieg zu stürzen, ihre Aufgabe durchführen. Die Gruppe der Engländer, ca. 30 Leute, war in Osijek stationiert, einem Ort, um den schwere Kämpfe geführt wurden. Eine der Aufgaben war es, Waffenstillstandsabkommen zu brechen, die zwischen den zwei kriegführenden Seiten vereinbart worden waren, und dabei die Schuld an den weitergehenden Gefechten und der Gewalt der überlegenen jugoslawischen Volksarmee zuzuschieben.

Diese Provokationen sind genau und systematisch geplant. Die Dokumentation bewies dies. Sie zeigte englische und französische Söldner, die rausgingen, um Sprengstoff zu legen. Die Radionachrichten am nächsten Morgen sagten dann, daß *"Osijek wieder schweren Bombardements ausgesetzt war"* und daß dies *"die schlimmste Verletzung des Waffenstillstands seit Zustandekommen des letzten"* sei. In Wirklichkeit waren die Söldner mit ihren Sprengstoffen aktiv, um *den EG-Beobachtern vorzugaukeln, es wären die Serben gewesen.* Die britischen Söldner sind Leute, denen die Eingliederung in die normale soziale Umgebung kein Thema ist und die sich für gefühlloses Töten begeistern. Sie sind die Art Männer, die in Hitler's Waffen-SS-Legionen kamen. Und wie diese werden sie als willige Bauern in einem Spiel verwendet, das sie nie verstehen werden.

Eduardo Flores

Befehlshaber der englischen Söldner ist ein junger Spanier namens *Eduardo Flores*, dessen Namen man im Zusammenhang mit dem Tod des englischen Fotographen *Paul Jenks* und des schweizer Reporters *Christian Würtenberg* (s. Vert. 30) bringt. Das war um die Zeit, da BBC den erwähnten Bericht drehte.

Flores ist 32 Jahre alt, behauptet, keine militärische Ausbildung gemacht zu haben (außer sportlichem Paragleiten), und heißt mit vollem Namen *Jorge Eduardo Rosza Flores*. Er befehligt die sogenannte *Internationale Brigade* in Osijek.

Sein Weg hierher war ein langer mit diversen politischen Gesinnungswandeln und unzähligen Kontakten zur zwielichtigen Welt der Armeen, Geheimdienste und einer quasi-faschistischen religiösen Organisation. Geboren ist er in Santa Cruz, Bolivien als Sohn einer katholischen Spanierin und eines jüdischen Ungarn, und verbrachte seine ersten Jahre in Budapest, wo er als Teenager aktives Mitglied der ungarischen KP war.

Tatsächlich ist er nicht ohne militärische Ausbildung, er hat den Militärdienst in Ungarn als Grenzwächter am Flughafen Budapest geleistet, wo er den internationalen Terroristen *Carlos* traf. 1988-89 nahm *Flores'* Karriere eine Wendung, als er für die Zeitung *La Vanguardia* in Barcelona zu arbeiten begann. Er war Assistent von *Ricardo Estarriol*, dem Ost-Korrespondenten der Zeitung und aktivem Mitglied der geheimen rechten katholischen Organisation *Opus Dei*. Beide Männer unternahmen regelmäßige Fahrten nach Wien, um hier das Opus Dei-Büro zu besuchen, und Flores kam in engen Kontakt mit dieser historisch pro-faschistischen katholischen Organisation.

Bevor er von *La Vanguardia* nach Kroatien geschickt wurde, wo er seinen Laptop gegen ein Gewehr tauschte, (... fuhr er) nach Ungarn, Albanien und nach Slowenien, in die Republik, in der von der deutschen Regierung inspirierte Separatisten bereits begonnen hatten, die ersten Pfähle ins Herz von Jugoslawien zu stoßen. Nach seiner Ankunft in Kroatien Ende August 1991 erklärte *Flores* sofort, daß er sich der sogenannten kroatischen Nationalgarde angeschlossen hätte und in das von ethnischen Ungarn bewohnte Dorf Lazlovo nahe der serbischen Grenze geschickt worden sei.

In den Wochen nach seiner Ankunft (...) fand *Flores* Verbündete im kroatischen Amerikaner *Johnny Bob Kosic* und *Jura*, einem Ungarn aus dem Dorf. Am 3. Oktober kochten die drei die Idee einer internationalen Brigade aus, die sofort von Tudjmans kroatischen Behörden anerkannt wurde. Die schnelle Legalisierung verdankt die neue Einheit *Branimir Glavas*, dem Chef der lokalen Miliz von Osi-

jek, das später die Basis für Flores' Einheit wurde.

Ausländer kamen als Rekruten. Unter ihnen waren der portugiesische Top-Heckenschütze *Alejandro Cunãn Fernãndez* und *Alejandro Hernãndez Mora*, ein spanischer Söldner und Sprengstoff- sowie Sabotage-Experte. Unter den Neuankömmlingen war auch *Stephen Hannock*, der als *Frenchie* bekannte Waliser. *(Frenchie*, weil er behauptete, in der Fremdenlegion gewesen zu sein.)

Andere Rekruten, die die Größe der Brigade auf um die 100 anschwellen ließ, bestanden u. a. aus einer französischen Gruppe, die von der faschistischen *Front National* geschickt wurde. Andere Mitglieder der FN fanden ihren Weg in die Arme der sich offen faschistisch bezeichnenden *Schwarzen Legion* (siehe unten), die Teil der 15 000 Mann starken *Bewaffneten Kroatischen Kräfte* HOS ist, und in Vukovar, ca. 35 km von Osijek entfernt, stationiert ist.

Der Tod der beiden Journalisten

Journalisten aus ganz Europa wollten das Geheimnis der freiwilligen Mörder in Kroatien lüften. Für *Christian Würtenberg* und *Paul Jenks* war dieser Versuch fatal. *Würtenberg*, der für schweizer Agenturen arbeitete, beschloß, (...) die *Internationale Brigade* zu infiltrieren, um an Infos zu kommen. Er hoffte, Beweise für die rechtsextremen Verbindungen unter den Söldnern, die ihre Zimmer mit Hakenkreuzen dekorieren, zu bekommen und herauszufinden, wer sie finanziert.

Nachdem er einige Wochen in Flores' outfit herumgelaufen war, erzählte *Würtenberg* unter dem Siegel der Verschwiegenheit dem spanischen TV-Reporter *Julio César Alonso*, daß er die Brigade bald verlassen und in die Schweiz zurückgehen werde. Einige Tage später, am 4. Jänner, wurden *Alonso* und ein portugiesischer Reporter, *Joao Pinto Amaral* aus dem Hotel Intercontinental in Zagreb zum Hauptquartier der kroatischen Geheimpolizei gebracht. Später wurden sie verhört.

Nach dem Verhör erzählte *Flores* den beiden Journalisten, daß es einen Spitzel in der Brigade gäbe, und daß der Spitzel der Schweizer sei und daß dieser *"verschwinden müsse"*. Er fügte hinzu, daß seine Leute ihn nicht töten würden, aber daß er von den Serben in einem Hinterhalt getötet würde. Die Journalisten versuchten, Würtenberg zu warnen, aber als sie ihn fanden, war er bereits verhaftet. Verzweifelt fuhren sie zurück nach Osijek, wo *Flores* sie traf und ihnen grinsend mitteilte *"übrigens, wir hatten einen Verlust – Christian. Das schweizer Problem ist erledigt."*

Die *Erledigung* war brutal. Nach dem Autopsiebefund aus dem Osijeker Hospital wurde *"Christian Würtenberg getötet am 6. Jänner 1992 als Ergebnis Schlägen mit einer stumpfen Waffe und späterem Erwürgen mit den Händen und mit einem Strick". Flores* bestand später darauf, daß Würtenberg von *Tschetniks* ermordet worden sei, aber tatsächlich ist Erwürgen unter diesen nahezu unbekannt. (...)

Würtenbergs Computer blieb verschwunden. Sein Tagebuch wurde seiner Familie zurückgegeben, aber einige Seiten fehlten. Die kroatischen Medien versuchten, seinen Tod geheimzuhalten. Als die Sache nach einigen Tagen herauskam, gab es Alarm unter den ausländischen Journalisten, die in Zagreb arbeiten.

Am 13. Jänner besuchten *Paul Jenks* und sein Kollege *Hassan Amini* die *Internationale Brigade*, um nachzuforschen, was mit Würtenberg passiert war. Sie trafen *Stephen Frenchie Hannock*, der auf *Jenks* Fragen antwortete: *"wer weiß... wen kümmert's. Mich nicht, denn ich weiß bedeutend mehr als Sie".* Flores sollte bald ankommen, weshalb *Frenchie* den Reportern nahelegte zu verschwinden. Trotzdem erfuhr *Flores* von ihrem Aufenthalt und fuhr später zum Osijeker Pressezentrum, um ihnen *seine Version* der Umstände von Würtenbergs Ermordung zu präsentieren.

Er traf die Journalisten nie, aber vier Tage später wurde *Jenks* an der Frontlinie in Briest nahe Osijek in den Kopf getroffen. Offiziell war er von einem serbischen Heckenschützen ermordet worden, aus 900 Metern Entfernung von dem von Serben gehaltenen Dorf Tenski-Antunovac aus, aber die Stellungen von Flores' *Internationaler Brigade* waren bedeutend näher. Alles deutet darauf hin, daß die Entfernung bedeutend näher war als 900 Meter und es gibt Vermutungen, daß ihn die Kugel nicht von der Seite des Heckenschützen aus getroffen hat. Einige Tage nach Jenks' Tod meldete *Flores* sich wieder telefonisch, um *Julio Alonso* in spanisch *seine Version* zu erzählen: *"Es ist nicht sehr angenehm, Journalist zu sein".* (...)

Genauso wie der schmutzige Krieg, den *Flores* und die anderen rechten Killergangs in Kroatien führen, soll die Wahrheit über den Tod von *Würtenberg* und Jenks geheim bleiben. Was sie über die Geldgeber, die Rolle von *Opus Dei*, das Engagement der extremen Rechten und die Waffen- und Drogengeschäfte herausfanden, wird man nie erfahren. *Flores* und *Frenchie* haben das sichergestellt.

Vukovar – die schwarze Legion

Flores' Internationale Brigade ist nicht die einzige Bande von *Soldiers of fortune*, die sich in Kroatien etabliert hat. In Vukovar befindet sich eine andere namens *Schwarze Legion.*

Noch einmal kurz zurück zu *Laucks New Order*: die Art der Hilfe, für die *Lauck* wirbt, wird erst in späteren Ausgaben so richtig klar. In einem Artikel der Juli-August-Nummer erklärt ein US-Nazi, daß die NSDAP-AO Briefe von deutschen freiwilligen Nazis aus Kroatien erhält, die *zu einer unabhängigen Einheit gehören.*

Diese Information wurde zum Teil von der deutschen Regierung bestätigt, die in einer schriftlichen Anfragebeantwortung im Parlament auf die Frage der Bundestagsabgeordneten *Ulla Jelpke* (PDS) vom 14. April ausführt, daß *"ca. 30 deutsche Bürger als Berater der kroatischen Nationalgarde aktiv sind".* Bemerkenswert ist, daß in der selben Anfragebeantwortung durch den Außenminister *Helmut Schäfer* sonderbarerweise ausgeführt wird, daß z.B. die deutsche Regierung *kein Wissen* hat über ehemalige Soldaten aus der DDR-Armee, die auf kroatischer Seite kämpfen, oder über illegale Waffenlieferungen aus Deutschland. (Siehe auch Vert. Nr.30) Doch schon vor *Schäfers* Anfragebeantwortung wurde von *Neusel* die Existenz einer *Schwarzen Legion* bestätigt und gesagt, daß diese Truppe unter dem Kommando eines ehemaligen NVA-Offiziers steht.

Wie Searchlight bereits früher berichtete, wurde Kroatien zum Mekka der internationalen Faschisten. Es gab Berichte über Versuche, US-Nazis für militärische Aktionen zu rekrutieren, und auch französische Faschisten waren in der *Schwarzen Legion* engagiert.

Anfang April 1992 wurde an der BRD-Österreich-Grenze am Walserberg ein Konvoi von 33 Militärfahrzeugen aus Beständen der NVA angehalten. Die LKW waren mit faschistischen Zeichen *verziert*, der Konvoi-Führer war *Thomas Hainke.* Laut Kurier soll auch hier *Küssel* seine Hände mit im Spiel gehabt haben. Vorher hatte die VAPO für den Fronteinsatz trainiert. Ausbilder bei einem Trainingslager in Langenlois (Niederösterreich) war der ehemalige Bundesheersoldat und bekannte Faschist *Hans-Jörg Schimanek*, zuvor Söldner im südamerikanischen Surinam, danach selbst in Kroatien tätig.

★ Thomas Hainke, 24, aus Bielefeld, ist in Osijek als Stellvertreter von Küssel und dessen *TSK*: *"In Kroatien geht es um die ganze weiße Rasse, Arier gegen Untermenschen".* Inzwischen befindet sich Hainke wieder in Deutschland. Hainke wurde auch in Zagreb gesehen bzw. gefilmt. Er behauptet, 11 Serben in einem Bunker umgebracht zu haben. Er hat in Langenlois bei Hans-Jörg Schimanko trainiert, also gute Connections zur VAPO. Bei der Wunsiedel-Demo 1990 war er Stellvertreter von Küssel als Leiter des Ordnerdienstes. 1991 in Wunsiedel war er wiederum Stellvertreter des Leiters des Ordnerdienstes, der diesmal von Günther Endress geleitet wurde. Endress wurde in Zagreb im HOS-Zentrum gesehen.

★ *Endress* wiederum wurde bei dem Rostocker Pogrom kurzfristig verhaftet. Seit der Verhaftung von *Gottfried Küssel* ist er Verantwortlicher der VAPO für Kroatien-Einsätze.

Vom Bürgerkrieg in den Knast

Einige Faschisten wurden nach ihrer Rückkehr aus Kroatien in Österreich im Zuge von Hausdurchsuchungen verhaftet. Die Anklage lautet immer auf illegalen Waffenbesitz, weil die Faschisten jede Menge Kriegsmaterial mit nach Hause schleppen:

★ *Wilhelm Friedrich*, VAPO-Mitglied. Er wurde zu 20 Monaten verknackt wegen illegalem Waffenbesitz. *Friedrich* wurde von der VAPO ausgeschlossen, weil er zu viel geredet hatte.

★ Ein Österreicher scheint den Wahnsinn nicht verkraftet zu haben. Er hat sich nach seiner Heimkehr mit einer kroatischen Pistole umgebracht.

★ Laut Stapo sitzen derzeit 4 Faschos wegen Waffenbesitz in U-Haft in Wien, einer ist tot, einer laut Spiegel in Kroatien; das hieße, mindestens 6 Leute aus der VAPO waren in Kroatien.

★ In Graz sitzt *Martin Kohl* wegen Waffenbesitz in U-Haft, er ist ebenfalls ein Faschist, aber genaueres über die Waffensache weiß man derzeit nicht.

★ Außerdem sitzen derzeit 3 VAPO-Leute aus der *Leitung Westösterreich*, die nach der Küssel-Meierei einen Mollie-Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Traunkirchen gemacht haben. Von Anschlägen gegen Flüchtlingsheime in Österreich erfährt man kaum etwas, weil das Innenministerium anscheinend eine Nachrichtensperre verhängt hat.

Sicher ist, daß es in Kapfenberg einen Brandanschlag auf ein Heim gegeben hat, das die Behörden einem dort wohnenden iranischen (?) Flüchtling in die Schuhe schieben wollten; aber in Wirklichkeit wollten sie ihn wohl eher loswerden, weil sie ihm Kontakte zu Journalisten nachsagen. (Siehe "Chronik")

★ In Würzburg/BRD sitzt der 18jährige Ewald Krammel aus Neuses bei Kitzingen (Unterfranken) wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz in U-Haft. Er war zu Silvester 1991 für drei Monate nach Kroatien gefahren, weil er sich vom "Zivilleben" als Küchengeräteverkäufer "angekotzt" fühlte. Sagt er. Krammel behauptet, 54 Serben getötet zu haben, sein Sold habe DM 300 betragen. Bei welcher Einheit Krammel war, ist uns zur Zeit nicht bekannt. Krammel brachte aus Kroatien eine Kalaschnikow mit drei vollen Magazinen und zwei Handgranaten mit nach Hause. Nachdem er seine Eltern bedroht hatte, lieferten diese die Waffen bei der Polizei ab.

★ Ein deutscher Faschist, von dem nur der Name Michael P. bekannt ist, wurde von der Berliner Justiz im Zweifel freigesprochen (freigelassen?). Ihm war Mithilfe bei einem Waffen-Deal vorgeworfen worden. Zwei weitere wurden inhaftiert unter dem Vorwurf, letztes Jahr Waffen von einem russischen Offizier gekauft zu haben. Im *Stern* war Michael P. als Söldner vor einem erbeuteten Panzer, zusammen mit Michel Faci, zu sehen.

★ Einer der britischen Söldner in Jugoslawien, über den in BBC's *2nd News Night* zu Beginn dieses Jahres berichtet wurde, mußte verletzt aus diesem Konflikt in seine Heimat Yorkshire zurückkehren. *Stephen Gaunt* aus Harrowgate, der im Fernsehen zu sehen war, als er junge Freiwillige instruierte, ist Searchlight wohlbekannt als aktiver Faschist. Er war Mitglied der NF und der britischen Bewegung und saß im Knast wegen eines rassistischen Angriffs. Ganz bestimmt befand er sich in guter Gesellschaft mit den faschistischen Schlächtern in Kroatien. Unglücklicherweise für Mister *Gaunt*, aber wahrscheinlich glücklicherweise für die jugoslawische Bevölkerung hat er es geschafft, auf eine Mine zu steigen und sich damit den Fuß wegzupusten.

Weitere Verbindungen

Wie bereits erwähnt, hat *Jean Marie Le Pen's* FN Freiwillige nach Kroatien geschickt, wie aus spanischen Quellen hervorgeht. *Le Pen* und der deutsche Faschist *Harald Neubauer* (MEP) haben eine geheime Reise nach Zagreb unternommen, um Gespräche mit älteren Ratgebern des kroatischen Führers *Franjo Tudjman* zu führen.

Neubauer – ganz in seinem Nazi-Glauben – erklärte: *"Wir sind nicht die letzten von gestern, sondern die ersten von morgen"*, während Tudjman's Vertreter *Hrvoje Sosic* den faschistischen Standpunkt mit der Bemerkung verteidigte, daß *"negative Einstellungen gegenüber Le Pen und seiner Partei bolschewistische Verleumdungen"* seien.

Womit *Le Pen* begann, machte der Führer des belgischen faschistischen *Vlaams-Blok Filip Dewinter* im Jänner weiter, er besuchte die HOS-Milizen und stellte fest, daß *"sie uns politisch sehr nahe sind"*. Einige dieser Besuche kamen unter Mithilfe rechter britischer *Tories* zustande.

Die Verbindungen von Faschisten mit der Regierung und Milizen in Kroatien sind ganz eindeutig. Bisher gab es dazu wenig Öffentlichkeit und noch weniger offizielle Untersuchungen in der EG, woher die meisten dieser Freibeuter kommen.

Literatur:

Zur GdNF: *Drahtzieher im braunen Netz*, antifaschistisches AutorInnenkollektiv Berlin, Edition ID-Archiv, Berlin 1992.

Searchlight – The international anti-fascist monthly; 37B New Cavendish Street, London W1M 8JR. Fax 071 284 4410

Antifa-Info, Gneisenaustraße 2a, D-W-1000 Berlin 61

Brief aus Kapfenberg vom 21.9.1992 Z.B.

Faschos kündigen Anschlag an

Am 14.9.1992 wurden die Wände der Flüchtlingspension Ramsaur und auch verschiedene Stellen der Stadt Kapfenberg mit Hakenkreuzen und ausländerfeindlichen Parolen beschmiert. Am Samstag, dem 19.9.1992 hat sich ein anonymer Anrufer als Vertreter einer Neonazigruppe bei der Pensionsleitung gemeldet und damit gedroht, die Pension anzugreifen und in Brand zu stecken, wenn sie nicht geräumt werde.

Daraufhin wurde die Polizei verständigt, die ihrerseits sagte, daß sie vom Verhalten der Neonazigruppe durch eine Fax-Nachricht schon informiert gewesen war. Das Fax an die Polizei war von einer *"sozial engagierten"* Gruppe übermittelt worden, die darüberhinaus mitteilte, daß auch Polizei und Gendarmerieposten ein Angriffsziel der Neonazis sei.

(Die Identität dieser *Sozialgruppe* ist uns noch unbekannt.)

Im Gespräch mit den Sicherheitsbehörden wurden wir von den Zielen der Neonazigruppe informiert: Sie hätten sich zum Ziel gesetzt, die Ausländer in der Steiermark, vor allem im Raum Kapfenberg, Bruck an der Mur und Mürzzuschlag zu bekämpfen. Die Sicherheitsbeamten sagten zusätzlich, daß sie im Moment nichts machen können, sie haben über Polizeilautsprecher den AsylantInnen geraten, sich und ihre Familien selbst zu schützen.

Zur Zeit sind Polizei und Gendarmerie in Alarmbereitschaft. Es wurden zusätzlich Feuerwehr und Rotes Kreuz informiert und die Lage geschildert. Da aber kein direkter Schutz seitens der Polizei aufgestellt wurde, haben die AsylantInnen selbst Schutzmaßnahmen ergriffen. Sie organisieren Wachposten von 20 bis 6 Uhr und löschen abends ab 19 Uhr das Licht. Zur Zeit herrscht große Angst und Panik, vor allem bei Frauen und Kindern. Sie fordern, daß die Behörden einen Schutz.B. ereitstellen.

Frau M. (Pensionsbesitzerin) und ihr Mann haben inzwischen Kontakt mit den Behörden aufgenommen, und Herr M. schläft zur Zeit jede Nacht selbst in der Pension, was eine positive psychische Hilfe für die AsylantInnen ist. In einem Gespräch meinte er, daß dieses Problem eine Folge der Provokationen deutscher Nazigruppen und der FPÖ sei, und daß es in Österreich auch viele Leichtgläubige und Idioten gäbe, die diese Provokationen gutheißen und sie nachahmen. Auf die Frage, was zu tun wei, wenn ein Angriff stattfände, antwortete Herr M., daß die Lage sehr schwierig sei, vor allem, weil 70% des Baumaterials aus Holz.B. estünde, und das Haus nur eine Ausgangstür habe, was im Falle eines Brandes eine Katastrophe wäre.

Wie immer: "Zensur und Desinformation durchbrechen"

Das Innenministerium versucht, jegliche Information über neonazistische Umtriebe in Österreich zu unterdrücken. Deshalb hier eine kurze Chronik von nicht veröffentlichten Vorfällen in Österreich.

Donnerstag, 11. September

Gutenstein. Fünf Molotow-Cocktails fliegen ins Asylwerberheim *"Hotel zum Goldenen Bären"*. Ein im Hauseingang abgestellter Kinderwagen wird abgefakkelt. Die BewohnerInnen können den Brand selber löschen.

In der Gegend von Gutenstein erscheint das Nazi-Skinzine *"Heimatfront"*. Bürgermeister Adi Reuscher, ÖVP: *"Das waren Spinner aus Wien."* Reuscher weiter: *"Freude haben wir keine, wenn mitten in unserem Fremdenverkehrsort so viele Ausländer leben."* Der Goldene Bär beherbergt 70 Flüchtlinge.

ca. um den Montag, 14. September

Wien. Im 22. Bezirk, in eine ehemaligen Turnhalle in der Lieblgasse, neben einer Trabantensiedlung, die derzeit als Flüchtlingsquartier für Menschen aus Bosnien genutzt wird, werden Mollies geworfen. Es kommt zu einem Brand, ob Menschen verletzt wurden, wissen wir nicht. Die Polizei nimmt Mitglieder einer Jugendgang fest. Sie gestehen den Anschlag. Später dementieren die Bullen, daß diese Jugendlichen mit dem Anschlag was zu tun haben, sind wohl "aussagewillig" geprügelt worden.

Montag, 14. September

Kapfenberg. In der obersteirischen Stahlmetropole werden zahllose Häuser mit Hakenkreuzen, *"Ausländer Raus!"* und *"NF"*-Parolen beschmiert, unter anderen die Pension Ramsauer beim Bahnhof, in der 120 Flüchtlinge aus Iran, Albanien, Bosnien und afrikanischen Ländern wohnen. 50 der Insassen sind Kinder.

Freitag, 18. September

Kapfenberg. In der Pension Ramsauer geht ein anonymer Drohanruf ein. Ein *"Vertreter der Neonazis"* tut kund, daß die *"ganze Steiermark, vor allem aber Kapfenberg, Bruck an der Mur und Mürzzuschlag 'ausländerfrei' werden sollen"*. Die Flüchtlinge hätten 48 Stunden Zeit, um abzuhauen. *"Widrigenfalls wird das Haus angegriffen und angezündet."* Die Polizei reagiert nicht, die BewohnerInnen organisieren selber einen Wachdienst.

Samstag, 19. September

Klagenfurt. Während der Premiere des antifaschistischen Theaterstückes *"Der Bockerer"* im Landestheater werden massiv Nazi-Aufkleber gepickt und verteilt. Text: *"Schluß mit dem Holocaust!"*, Impressum Nationalistische Front, Kloster-Neuburg. Die Polizei *"ermittelt"*.

Dienstag, 22. September

Kapfenberg. Im Vorhaus der zu 70% aus Holz erbauten Pension Ramsauer detoniert ein Brandsatz. Das schwarze Brett verbrennt.

Freitag, 25. September

Kapfenberg. Der iranische Asylwerber Yussef S., der, obwohl seit zwei Monaten nicht mehr in der Pension Ramsauer wohnhaft, dort Wachdienste schob, wird auf dem Weg zum Sprachkurs festgenommen. Da er sich stets gegen die Zustände in der Pension und die österreichische Asylpolitik gewehrt hatte, wird ihm von der Polizei unterstellt, Schmierereien und Brandanschlag durchgeführt zu haben. Motiv: *"Rache"*. Yussef hatte wiederholt Differenzen mit der Leiterin des Flüchtlingsheimes, Frau Mendel, einer ÖVP-Politikerin. Nach sieben Stunden wird Yussef freigelassen. Sein Alibi ist wasserdicht.

Freitag, 25. September bis Freitag, 2. Oktober

Glurns/Südtirol. 150 Altnazis (ein Zeuge: *"Alle schon über 80 Jahre alt"*) halten unter starkem Polizeischutz eine Tagung ab. Auf dem Programm stehen Ausflüge auf die Schlachtfelder des 1. imperialistischen Weltkrieges und allerlei Geselligkeit. Auch ein Empfang beim Rechtsaußen und Sekretär der SVP, Franz Pahl, findet statt. Proteste von Gewerkschaften, Linksparteien und Kultusgemeinde haben nichts gefruchtet. Als Veranstalter tritt eine *"Gesellschaft für Geschichte und Kultur"* auf. Es handelt sich um einen Tarnverein ehemaliger HJ-Angehöriger. Chef der Bande ist der deutsche Staatsbürger Hubert Meiforth. Meiforth organisiert diese Treffen seit 1980. 1981 wurden er und seine Bande vom damaligen Südtiroler Landeshauptmann Silvio Magnago empfangen.

Sonntag, 27. September

Kapfenberg. Die Sicherheitsdirektion für die Steiermark betrachtet die Hakenkreuz-Schmierereien als *"harmlos"*, obwohl die Täter noch nicht ermittelt sind. Ein Zusammenhang mit dem Brand im Flüchtlingsheim sei *"absolut ausgeschlossen"*. Gebrannt hätten *"eh nur ein paar Zetteln, Aufrufe, Flugblätter und so"*.

Sonntag, 27. September

Kärnten. Der Chef von CEDADE, einer spanischen Faschistengruppe, Pedro Varela, wird in Steyr verhaftet. Er sitzt zur Zeit in Klagenfurt in U-Haft. Begründung: Nationalsozialistische Wiederbetätigung, *"Hitler-Verherrlichung"*. Varela kam direkt aus Kroatien. Er organisierte in Spanien Freiwillige für die *"Schwarze Legion"* in Kroatien.

Sonntag, 27. September

Kirchberg am Wechsel. In Kirchberg stirbt der Südtirolterrorist, NDP-Gründer und Präsidentschaftskandidat Norbert Burger (* 13.4.1929).

Montag, 28. September

Kapfenberg. Die Sicherheitsdirektion für die Steiermark verharmlost weiter. Gebrannt hätte auf einmal *"nur ein Papierkorb"*. Brandursache: *"Spielende Kinder"*. Wobei gleichzeitig die Tatzeit mit Mitternacht angegeben wird. Aber der 31jährige Iraner Yussef, der zu diesem Zeitpunkt nachweislich in seiner Unterkunft im 15 km entfernten Bruck an der Mur weilte, *"bleibt unser Hauptverdächtiger"*.

Dienstag, 29. September

Kapfenberg. Yussef S. wird neuerlich festgenommen. Die eigens aus Graz angereisten Staatspolizisten wollen von ihrem *"Hauptverdächtigen"* nur eines wissen: mit wem vom Standard er über die Brandstiftung geredet habe, warum er das getan habe, was er erzählt habe. Außerdem wird ihm mitgeteilt, daß *"aufgrund dieser Vorkommnisse"* sein Asylantrag negativ entschieden werden wird.

Donnerstag, 1. Oktober

Wien. Dr. Heinz Vana, seit Jahren bekannter und engagierter linker Rechtsanwalt in Wien (u.a. hat er viele Verfahren für ausländische Menschen wegen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung geführt) wird *"Vertrauensanwalt"* des Innenministeriums. Er ist zuständig für Presseklagen. Bisher hat Vana mindestens sieben Klagen gegen mindestens vier verschiedene Zeitungen eingebracht, die gegen das Rassistenschwein Manfred Matzka, Ausländerbeauftragter im Innenministerium und ehemaliger Linker in der SPÖ, geschrieben hatten. Vana hat sein Geschäft gelernt: er klagt keine Sätze ein, wo es um Wahrheitsbeweise ginge - die wären leicht anzutreten -, sondern nur Beleidigungen wie z.B. im profil, das geschrieben hat: *"(Matzka sei der) Kettenhund von (Innenminister) Löschnak)"*.

Donnerstag, 1. Oktober

Wien. In der Kronen-Zeitung erscheint eine halbseitige Todesanzeige für Burger. Textprobe: *"Er war ein guter akademischer Lehrer, ein aufrechter Mann und ein beharrlicher Kämpfer für Deutschlands Ehre. Seine Liebe galt der Familie, der Südtiroler Freiheit und dem deutschen Volk. Wir halten ihm die Treue!"* Unterschrift: *"Seine Kameraden"*.

Freitag, 2. Oktober

Kirchberg am Wechsel. Norbert Burger wird begraben. 2 000 Nazis geben ihm das letzte Geleit. Mit dabei: Burschenschafter, Südtiroler Schützen, NDP-Mitglieder, Neonazi-Kader (Herbert Schaller, Herbert Schweiger, Fritz Rebhandl, Harald Engelke, fakten-Schriftleiter Horst-Jakob Rosenkranz, Nazi-Literat Karl Leipert, Sohn und Tochter von Gerd Honsik, uva.). Die Trauerreden halten der als Südtiroler Schütze verkleidete Innsbrucker Südtirolterrorist (in Italien steckbrieflich gesucht), NDPler, Narkosearzt (Klinikum Rechts der Isar, München) Eberhard Hartung und der Ex-FPÖ-Abgeordnete, Altnazi, Ex-Präsidentschaftskandidat, Chef der National-Freiheitlichen Aktion (NFA) und Haider-Freund Otto Scrinzi. Beide beklagen, daß der Bundespräsident und die Regierung die *"Burger zustehende Ehrung und Anerkennung übers Grab hinaus versagen"*.

Freitag, 2. Oktober

Wien. Bei einer Kurdistanwoche in der VHS Favoriten, die vom Dachverband kurdischer Vereine in Österreich, der FEYKOM, organisiert wird, tritt der Neonazi Dr. Herbert Fritz als Referent auf. Unter dem Motto *"Lösungsvorschläge und Perspektiven für Kurdistan"* erörtert er das *"Selbstbestimmungsrecht"*.

Fritz war Südtirolterrorist, NDP-Mitbegründer, bis 1978 Wiener Landessprecher

der NDP, und schien auf mehreren Flugblättern der wegen NS-Wiederbetätigung untersagten *"Liste Nein zur Ausländerflut"* (Gerd Honsik, Horst Jakob Rosenkranz, Franz Radl) als Kontaktadresse bzw. im Impressum auf. Herbert Fritz ist außerdem Herausgeber der *"befreiungsnationalistischen"* Fascho-Zeitung "Der Völkerfreund". 1989 organisierte Herbert Fritz die Auftritte des Revisionisten David Irving in Österreich.

Die Volkshochschulen distanzierten sich von Fritz. FEYKOM behauptete in einer Aussendung, Fritz *"erst seit 2 Wochen zu kennen"*. Diese Aussage ist unrichtig. Fritz verkehrt nachweislich seit Jahren in der kurdischen Emigration und war mehrere Male selber in Kurdistan. Im Jahre 1990 war er Gast in einem Ausbildungslager der PKK im libanesischen Bekaa-Tal.

Freitag, 2. Oktober

Innsbruck. An einer *"antifaschistischen und antirassistischen Demonstration"*, zu der Landesschüler- und Lehrlingsvertretung aufgerufen haben, beteiligen sich 1500, vorwiegend jugendliche Personen.

Donnerstag, 8. Oktober

St. Georgen an der Gusen. Ein *"unbekannter Täter"* schleudert ein Molotowcocktail in das von Bosnien-Flüchtlingen bewohnte örtliche Asylwerberheim. Ein Passant entdeckt den Brand, der von den BewohnerInnen selbst gelöscht werden kann. Es entsteht geringer Sachschaden.

Donnerstag, 8. Oktober

Wien. Simon Wiesenthal gibt bekannt, daß es sich bei dem 74-jährigen Grazer Zahnarzt und ehemaligen Chefarzt der steirischen Gebietskrankenkasse Egon Sabukoschek um den gesuchten NS-Kriegsverbrecher gleichen Namens handelt. Am 23. September habe er, Wiesenthal, die Akten der Staatsanwaltschaft Graz und dem Justizminister übergeben. Der am 14. Oktober 1918 geborene Sabukoschek ist identisch mit dem gleichnamigen *"Judenbeauftragten"* von Belgrad, der 1941 über 100 Juden für Geiselerschießungen *"selektiert"* hatte. Sabukoschek ging bereits 1938 nach Belgrad, um dort zu studieren. Wiesenthal vermutet, daß Sabukoschek Spion der deutschen Abwehr war. Anschließend war Sabukoschek Gestapo-Chef in einer Kleinstadt südlich von Belgrad. Sabukoschek bestreitet die Vorwürfe.

Freitag, 9. Oktober

Graz. Sabukoschek wird wegen Mordverdachts verhaftet, nachdem ihn 10 Augenzeugen aus Israel und Jugoslawien erkannt haben.

Sonntag, 11. Oktober

Pottschach. In der Nacht zum Sonntag wird der Ortskern von Pottschach massiv mit Aufklebern der NSDAP/AO "verziert". Laut "Neue Front", dem klandestinen Organ der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" GdNF, Ausgabe August 1992, bestehen in Langenlois, Korneuburg und Wiener Neustadt *"funktionierende Kameradschaften"*. Langenlois ist die Heimatgemeinde des VAPO-Mitglieds Hans-Jörg Schimanek, in dieser Gegend werden regelmäßig Wehrsportübungen abgehalten. Gutenstein, wo vor einem Monat ein Brandanschlag auf das Asylwerberheim verübt wurde, gehört ebenso wie Pottschach zur *"Kameradschaft Wiener Neustadt"*.

Der zuständige Gendarmerieposten Ternitz gibt ebenso wie die Sicherheitsdirektion Niederösterreich auf Befragen unumwunden zu, daß ein Erlaß des Innenministers bestehe, der es verbiete, über derartige Aktionen die Öffentlichkeit zu informieren.

Wien. In der Septemberausgabe, Nr.66, der Faschistenzeitung HALT schreibt der Herausgeber Gerd Honsik: *"... drei Österreicher flohen dem Vernehmen nach ins Ausland, um in Kroatien, der Slowakei und in der Ukraine um politisches Asyl anzusuchen. ..."* Die Zeitung wird in Barcelona produziert (Spanien scheint das bevorzugte "Asylland" der österreichischen Faschisten zu sein, auch Walter Ochensberger floh bekanntlich dort hin).

Flugblatt der Sympathisantinnen und Sympathisanten von Bolschewik Partisan

Nur gemeinsam sind wir stark!

Schlagen wir die faschistischen Angriffe gemeinsam zurück!

Die rassistischen Angriffe auf Flüchtlinge/AusländerInnen reißen nicht ab. Alte und neue Nazis bringen auf den punkt was viele denken: Österreich den Österreichern! Österreich soll "ausländerfrei" werden Ausländer raus!".

Für die "Umsetzung" dieser heutzutage immer populäreren Parolen sind heute vor allem Flüchtlinge im wahrsten Sinne des Wortes zum Abschuß freigegeben. Es vergeht fast kein Tag, an dem Flüchtlinge nicht angegriffen werden. Dabei gibt es eine fast perfekt funktionierende "Arbeitsteilung"! Die bürgerlichen Politiker aller Coleur heizen die Stimmung ein: Es gäbe viel zu viele Ausländer vor allem viel zu viele "Scheinasylanten!" Eine "Asylantenschwemme" ja "Asylantenflut!" bedrohe Österreich. Österreich sei kein Einwanderungsland. Man müsse etwas gegen diese "Flut" unternehmen. Demagogisch werden Ängste um den Wohlstand, der durch diese "Asylantenschwemme" bedroht sei, geschürt. Diese ach so "differenzierten", auf keinen Fall (!!!) " ausländerfeindlichen" Hetzparolen der bürgerlichen Politiker aller Coleur werden von den alten und neuen nazistischen Organisationen dann offen und frei formuliert wie sie gemeint und von vielen normalen "BürgerInnen" verstanden werden: "Ausländer raus". Gut organisierte, vom Staat geduldet ja geförderte Nazibanden übernahmen die "Drecksarbeit", überfallen brutal AusländerInnen und verüben Brandanschläge auf Flüchtlingsheime, verprügeln und verletzen schwer - wie schon mehrfach geschehen - Menschen, die nichts anderes verbrochen haben, als eine andere Hautfarbe, Sprache, Kultur, Nationalität, etc zu haben, kurz, nicht österreichisch, sondern AusländerInnen sind.

Die Polizei steht mehr oder weniger offen auf der Seite der Faschisten und greift, wir zuletzt auf der Türkei/Nord-Kurdistan-Demo am 12. September, bei Provokationen von Faschisten die AntifaschistInnen an. Ebenso wurde am 25. September nach einem faschistischen Brandanschlag auf ein Asylantenheim in Karpfenberg ein Flüchtling (!) festgenommen. Immer mehr AnwohnerInnen aus der Umgebung von Asylantenheimen laufen hinter rassistischen Parolen her, wie zuletzt im Juli 1992 in Neuhaus/NÖ.

Die meisten, die dagegen sind, halten lieber ihren Mund, als einzugreifen! Nach jedem Angriff treten wieder die Herren und Damen Politiker in Aktion: Mit Krokodilstränen in den Augen erklären sie, daß sie sehr betroffen seien und im nächsten Atemzug erklären sie, daß auch diese "Ereignisse in xy noch einmal zeigen, daß die Bevölkerung mit dem ungezügelten Zuzug der `Scheinasylanten' überfordert" sei! im übrigen müsse man auch über die Verstärkung von Polizei, Grenzschutz etc. nachdenken. Im Prinzip setzen die Nazis und die Mitläufer das, was die Herren/Damen PolitikerInnen sagen in die Tat um. Sie tun was gegen AusländerInnen! die eigentlichen Brandstifter, die dann in der Pose des Biedermanns auftreten, nützen die Aktionen der Nazis aus, um die Stimmung gegen die AusländerInnen weiter einzuheizen, und die innere Faschisierung munter voranzutreiben. Dabei achten sie nur darauf, im Gegensatz zu offenen Nazis, scheinheilig zu differenzieren. Sie werden nicht müde zu versichern, sie seien nicht ausländerfeindlich, sie seine nur gegen den Mißbrauch des Asylrechts! Die Botschaft kommt dann "unten" bei den Worten der direkten Angreifer "Das sind doch keine Menschen, die pissen und scheißen überall hin! Wir sind nicht gegen Ausländer! Aber diese sind doch der letze Dreck" es genau an!

Die momentan Schwächsten in Österreich werden einfach faschistisch zu "Nicht-Menschen" erklärt (Untermensch!) und von "Herrenmenschen" angegriffen.

Der zügellose nationale Chauvinismus und der Rassismus, die sich heute am klarsten in den Brandanschägen auf Flüchtlingsheime, den zu Tode bedrohten Flüchtlingen etc manifestiert, sind auf dem Vormarsch, ziehen immer größere Kreise der Bevölkerung in ihren Bann.

Der zügellose Chauvinismus ist eins der Hauptmerkmale des Faschismus! Der Faschismus in Österreich bahnt sich heute gerade durch die zügellosen chauvinistischen Angriffe auf AusländerInnen den Weg. Der österreichische Staat, mit allen seinen Institutionen, vor allem mit seinen politischen Parteien, schürt den Chauvinismus, und nimmt die Angriffe der faschistischen Stoßtrupps als Begründung für die weitere innere Faschisierung, für mehr Polizei, Grenzschutz; für eine schärfere Straf- und rassistische Sondergesetzgebung etc.

Es ist eine Illusion zu glauben, der Faschismus in Österreich sei identisch mit den organisierten Nazi-Banden. Sie sind nur ein kleiner Teil der faschistischen Entwicklung, auch wenn sie heute der am aggressivsten auftretende, radikalste Teil sind. Die innere Faschisierung wird vor allem vom Staat selbst vorangetrieben.

Daß dieser Fremdenhaß gerade jetzt so angeheizt wird und ausbricht; daß gerade jetzt die innere Faschisierung munter voranschreitet, ist kein Zufall, sondern es hat Logik: Die Logik des Imperialismus! Siet dem Zusammenbruch des sozialimperialistischen Lagers ist das ehemalige "Gleichgewicht" der imperialistischen Welt durcheinander geraten.

Es ist ein erbarmungsloser Kampf der imperialistischen Großmächte für mehr Macht und Einfluß in der Welt im Gange. Sie reden von einer "Neuen Ordnung" und sind dabei, diese Ordnung im Kampf jeder gegen jeden - mit wechselnden Bündnispartnern - zu erreichen. Dieser Kampf der imperialistischen Mächte wird unter den Bedingungen einer sich anbahnenden Rezession der "Weltwirtschaft" geführt. Die Lasten der Rezession und der Mehrkosten des imperialistischen Kampfes für die Weltherrschaft sollen überall die Werktätigen tragen, und sie sollen nicht nach den wirklichen Ursachen fragen. Die AusländerInnen sind für Ablenkungsmanöver immer gut. Der nationale Chauvinismus und Fremdenhaß ist für den Zusammenschluß der Werktätigen mit den "eigenen" Herrschenden, für den Frieden zwischen den Klassen der "eigenen" Nation, ein immer gut wirkendes Gift. Wer heute AusländerInnen jagt und stolz ist, "ein/e Österreicher/in zu sein" (man kann hier jede andere Nation anstelle ÖSTERREICHER setzen), und die gewollte Verbrennung der AusländerInnen (zB in Traunkirchen/OÖ, Guttenstein/NÖ, Karpfenberg/Stmk geschehen) beklatscht, ist morgen reif in einem etwaigen imperialistischen "Vaterlandskrieg" als tapferes (!) Kanonenfutter zu dienen! Jedermann/jederfrau muß begreifen, daß es um viel mehr geht, als um einig dutzend organisierte Faschos! Die Imperialisten brauchen "Ruhe an der Heimatfront", damit sie ihre Pläne für die Herrschaft nötigenfalls mit militärischer Gewalt an der äußeren Front durchsetzen können! Das Vorantreiben der inneren Faschisierung hat eben diese Logik! Daß das österreichische Militär schon im Anschluß an den Golfkrieg in Kurdistan war, und heute als UNO-Truppen maskiert nach Somalia zieht (abgesehen von Zypern, Palästina, Iran/Irak usw) - natürlich auf Friedensmission!!! - soll jedem/jeder die Augen öffnen.

Jeder revolutionär gesinnte Mensch, ja jeder Mensch, der sich für eine/n Demokratin/en hält, muß sich dieser Entwicklung entgegenstellen. Und zwar heute, hier und jetzt. Morgen kann es zu spät sein.

Denn: Der Faschismus ist die wütendste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen.

Der Faschismus ist zügellosester Chauvinismus und Raubkrieg!

Der Faschismus ist wütende Reaktion und Konterreaktion!

Der Faschismus schreitet heute auf dem Weg der Pogromhetze gegen AusländerInnen, auf dem Weg der rassistischen Angriffe voran. Schlagen wir gemeinsam diese Angriffe zurück. Stellen wir uns alle, Frauen und Männer von verschiedenen Nationalitäten gemeinsam gegen den Faschismus. Sperren wir dem Faschismus gemeinsam den Weg. NO PASERAN! SIE KOMMEN NICHT DURCH!

Wir, bolschewistische KommunistInnen aus der Türkei/Nord-Kurdistan, sind der Zersplitterung die antifaschistischen Kräfte in Österreich leid. Diese Zersplitterung, und die fehlende zentrale - aber auch regionale - Koordinierung der Arbeit verschiedener revolutionärer, autonomer Kräfte bedingt, daß wir auf faschistische Angriffe nur - meistens zu spät, und meistens zu schwach - reagieren können. So bleibt die Initiative den Agierenden; den Fascho-Banden, und dem Staat! Auch hektischer Aktionismus, und Rache-Aktionen können nicht diese Tatsache aus der Welt schaffen.

Der Kampf gegen den Faschismus in Österreich muß - wie überall - ein kontinuierlicher - nicht von Überfall zu Überfall - alle revolutionären Kräfte umfassender, zentral und regional gut koordinierter Kampf werden. Nur durch das Zusammenfassen aller revolutionären Kräfte und deren gemeinsame hartnäckige Aufklärungsarbeit unter den Massen und durch militanten Kampf ist die Gewinnung der Köpfe und Herzen der Mehrheit der Bevölkerung und damit auch das Stoppen der faschistischen Entwicklung möglich. Wir finden den heutigen Zustand der Bewegung - angesichts der Entwicklungen und Aufgaben - unverantwortlich.

Wir schlagen allen revolutionären, antiimperialistischen, autonomen Kräften, autonom-revolutionären Frauen/Lesbengruppen aus allen Nationalitäten vor, alles zu unternehmen, um eine KONTINUIERLICHE REGIONALE UND ÜBERREGIONALE AKTIONSEINHEIT ALLER REVOLUTIONÄRINNEN; ANTIFASCHISTINNEN UND ANTIRASSISTINNEN, zu schaffen.

Uns schwebt als erster Schritt die Schaffung einer KOORDINATIONSKOMITEES sowohl auf regionaler, als auch auf überregionaler Ebene vor. Dieses sollte die Aufgabe haben, die antifaschistischen Aktionen der jetzt unabhängig voneinander arbeitenden Gruppen zu koordinieren. Eine GEMEINSAME ZEITUNG, ohne jedwede Zensur, die praktisch der Vielfalt der Gruppen entspricht, kann sowohl für die Aufklärungsarbeit, aus auch für die Vertiefung der Diskussion unter den Gruppen und vor allem auch für die Koordinierung der Aktionen gute Dienste leisten.

Wir haben oben ganz bewußt von der Aktionseinheit der revolutionären, antiimperialistischen, autonomen Kräfte geredet. Man kann uns natürlich vorwerfen, sich im antifaschistischen Kampf auf RevolutionärInnen zu begrenzen sei falsch und sektiererisch. Dazu: Wir schlagen nicht vor, den antifaschistischen Kampf auf RevolutionärInnen zu begrenzen. Wir schlagen nur als ersten Schritt die Zusammenfassung der revolutionären Kräfte vor. Denn erstens ist der Kampf gegen den Faschismus nur dann konsequent, wenn er revolutionär geführt, d.h. als ein Kampf gegen das gesamte imperialistische Weltsystem, gegen das Kapital überhaupt geführt wird. Faschismus ist nicht vom Imperialismus zu trennen! D.h. konkret, der wirkliche antifaschistische Kampf zB in Österreich ist ein Kampf gegen den imperialistischen österreichischen Staat. Und zweitens nur durch die Schaffung



der Aktionseinheit der revolutionären Kräfte wird es möglich sein, breitere Schichten der Bevölkerung auf einer richtigen Grundlage zu erreichen, und zu mobilisieren. Es wäre vermessen von einer Aktionseinheit der breiten Massen zu reden, wenn die revolutionären Kräfte nicht einmal imstande wären, die Aktionseinheit der organisierten revolutionären Kräfte zu schaffen.

Wir sind vor allem für eine kontinuierliche Aktionseinheit der revolutionären Kräfte auf einer wirklich antifaschistischen, d.h. revolutionären Grundlage, für die Schaffung gemeinsamer multinationaler Strukturen im Kampf gegen den Faschismus. Wir sind für die Einheit in der Aktion, bei völliger Agitations- und Propagandafreiheit einer jeden Gruppe.

Im Hinblick auf die reformistischen Kräfte, die gegen bestimmte Ausdrucksformen des Faschismus bereit sind zu kämpfen, sin wir der Meinung, daß mit ihnen Aktionseinheiten nur punktuell und sehr begrenzt möglich sind, wobei die Entlarvung der systemkonformen Linie der reformistischen Organisatioen in der Aktion gewährleistet sein muß. Auch hierbei ist die völlige Agitations- und Propagandafreiheit eine unbedingte Voraussetzung.

Hinsichtlich des Kampfes gegen den Faschismus ist in Österreich gegenwärtig der Kampf gegen die Pogromhetze und Angriffe auf Flüchtlinge und AusländerInnen sowie die zunehmenden antisemitischen Angriffe vorrangig. An diesem Punkt wird gegenwärtig entschieden ob der Faschismus sich weiter entwickelt, oder zurückgedrängt wird.

Im Kampf gegen die Pogromhetze, und Angriffe auf Flüchtlinge ist unsere Meinung die richtige Forderung "GRENZEN AUF" "BLEIBERECHT FÜR ALLE" "GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!"

Wir lehnen Lösungsvorschläge, deren Ausgangspunkt der Schutz des Reichtums West-Europas und der Gedanke ist, daß der Grund der letzten Angriffe die Nichtzumutbarkeit des unkontrollierten Zuzugs - damit die Flüchtlinge sozusagen selber Schuld sind! - ist, wie zB das neue Zuwanderungsgesetz, völlig ab. Die Grundlage solcher Vorschläge ist dem Wesen nach identisch mit der Parole "Ausländer raus!" Auch die offenen Faschisten erklären ja, sie seine nicht gegen alle Ausländer, sondern "nur" gegen bestimmte Ausländer. "Quoten"regelung ist auch "nur" gegen bestimmte AusländerInnen. Und zwar gegen jene, die in der Quote nicht vorgesehen sind! Dies ist nichts als verkapptes Herrenmenschentum und Ausländerfeindlichkeit. Wer Ausländerfeindlichkeit nur in ihren extremsten Formen zu bekämpfen bereit ist, und dies mit "weniger" ausländerfeindlichen Programmen zu tun gedenkt, hat entweder nichts von der Geschichte gelernt, oder ist ein bewußter Apologet des Systems.

REVOLUTIONÄRER UND INTERNATIONALISTISCHER KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS, DEN FASCHISMUS, DAS PATRIACHAT, DIE REAKTION UND DAS KAPITAL!

Bolschewik Partisan

Antifaschisten aus dem Irak, der politische und kulturelle Verein der IranerInnen, Kurdische Gemeinde, Darmstadt und Umgebung, 26.8.1992

Rostock: Das Ergebnis großdeutscher Politik

Im Oktober 1991 hat die GDS ein Blatt mit dem Untertitel Pogrome veröffentlicht. Es wird auf folgende Mordaktionen der Faschisten hingewiesen: Nihat Yusufuglu, Alexander Selchow, Jorge Gomondai, Agostinho, ein 54jähriger Sinto, Samuel Kofi Yeboah sowie auf zahlreiche Anschläge. Die Antifa-Zeitschrift aus Köln veröffentlichte eine Nachricht über einen Fascho-Angriff auf das Asylantenlager in Lampertheim-Ludwigsburg am 31.1.92, der den Tod einer dreiköpfigen Familie aus Sri Lanka zur Folge hatte. Der "Rote Morgen" Nr.6 veröffentlichte auf S.6 die Nachricht über die Ermordung von Torsten Lamprecht am 10.5.92 in Magdeburg durch Faschos. Die "Antifaschistischen Nachrichten" aus Berlin berichteten über einen Angriff von 25 Faschos auf ein Asylantenheim, bei dem der Rumäne Dragomir C. ermordet wurde. Laut einer Statistik aus dem "Arbeiterkampf" Nr.341 wurden bisher von Faschisten 325 Anschläge auf Asylantenheime, 187 Angriffe auf Personen und 1561 Aktionen mit Materialschaden begangen.

Diese verbrecherischen Aktionen sind zum Alltag in Großdeutschland geworden. Der Polizei-Apparat steht fast immer auf der Seite der Faschos (siehe die Demo in Halle und die FAP-Demo in Göttingen).

Polizeigewalt gegen linke antifaschistische Gruppen ist jedoch zum Alltag geworden, z.B. Hausdurchsuchungen in Göttingen, Hamburg, Bremen und Berlin, die Anklage gegen 14- bis 17jährige Antifaschisten, die das FAP-Zentrum in Mackenrode angriffen, die Verhaftung von 142 Demonstranten in Mannheim am 6.6.92 und viele andere Polizeiaktionen - und die Verurteilung von Gerhard Bögelein (69) zu lebenslang Gefängnis, der 1947 mutmaßlich einen Wehrrichter ermordet haben soll (dieser Richter hat zwischen 1943 und 1945 mehr als 120 AntifaschistInnen, KommunistInnen zum Tode verurteilt). Die faschistische Parole "die Gefahr steht auf der linken Seite" wird von der Staatsgewalt praktiziert. Die Morde an Asylanten werden nicht von "normalen" Randalierern ausgeführt, wie von Polizei und Medien verbreitet wird, sondern es sind gezielte organisierte Verbrechen rechtsradikaler Parteien, die teilweise in den Länderparlamenten vertreten sind. Dazu gehören: Republikaner, DVU, FAP, NPD, ND, NL, JND und DL. Sie versuchen, durch die "GDNF" - Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front die NSDAP wieder aufzubauen. Es gibt mindestens 150 solcher Gruppierungen in der BRD. Der Film "Wahrheit macht frei" zeigt die internationalen Beziehungen zwischen diesen Gruppen, ihre militärische Ausbildung und ihre Aktivitäten im Europaparlament durch Harald Neubauer.

Diese Parteien sind auf Wahlebene aktiv. Sie haben in Baden-Würtemberg 15% und in Schleswig-Holstein 10% der Stimmen gewonnen.

Die Industriellen spielen wie im 3. Reich ihre Rolle bei der Unterstützung, z.B. Peter Kistner, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Baden-Würtemberg, der das Ergebnis der Wahl als "folgerichtige Quittung für eine verfehlte Politik in der Vergangenheit" begrüßte (aus Antifa-Nachrichten Köln, Nr.9).

Auch die Siemens-Stiftung in München spielt eine wichtige Rolle. Ihr Leiter Heinrich Meier unterstützt rassistische und faschistische Propaganda wie die Schülerzeitung "im Brennpunkt" und hat Beziehungen zur NR und faschistischen Schriftstellern wie Harald Tomas, Bernd Kalina und Rudolf Enslin von der NL (R.R. Nr.6, März/ April 1992).

Starke Kräfte wie die rechten konservativen Parteien CDU, CSU, FDP, SPD u.v.a. stärken die faschistischen Parteien, indem sie Asylanten zum Wahlkampfthema machen. So ruft Glogowski zur Beschleunigung des Asylverfahrens auf, die CSU betrachtet Asylanten als Gefahr für deutsche Kinder, die CDU in Braunschweig propagiert, daß 95% der Asylbewerber versuchen, durch Fälschung ihren Status zu erhalten. Sinti und Roma beantragten vergeblich Asyl, um auf Wanderschaft bleiben zu können und Menschen aus Westafrika würden Asyl beantragen, um Drogenhandel zu führen (Antifa-Nachrichten Nr.8).

Der Umweltminister Bayerns, Peter Gauweiler, sieht in Aslybewerbern "Schädlinge für die Natur" (Pressespiegel Nr.1, GDS).

Im Bereich der Geschichtsschreibung führt der britische Historiker Irving eine Kampagne zur Verleumdung von Auschwitz. Auch Dr. C. Thomas, Amtsrichter in Hildesheim, CDU-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender im BdV, vertritt die Meinung, daß Polen keinesfalls überfallen wurde (R.R. Nr.8/90).

Wir brauchen keine Zweifel zu haben über versteckte Beziehungen zwischen faschistischen Parteien und den rechten, konservativen und reformistischen Parteien. So waren z.B. nach 1945 von 20 Richtern in Schleswig 19 im Nazi-Regime tätig (Antifa-Nachrichten Nr.1/92). Drei Nazis, die 1958 für die CSU kandidierten, waren Führer der SS. In den 60er Jahren sind noch 800 Nazis als Richter und Staatsanwälte tätig, 200 Nazis im Außenministerium und 300 in leitenden Positionen bei der Polizei (Mario Krebs, Ulrike Meinhof, S.51-53).

Die Industriellen F. Flick und A. Krupp, die durch das Nürnberger Gericht zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt wurden, wurden vorzeitig entlassen (ebenda). Der Chef des BND von 1955-68, Reinhard Gehlen, war auch ein ehemaliger SS-Offizier (R.R. Nr.10/91).

▶▶

(Aus: Interim)

Sieg oder Niederlage?

Eine Dokumentation linksradikaler Schwäche, Rostock 1992

Uns erscheint die Zeit heute mehr als reif, endlich einmal die Demo-Organisation massiv öffentlich zu kritisieren. Beginnen wir bei der hervorragenden Konvoiorganisation. Auf der Vorbereitungs-VV wurde der Berliner Konvoi dahingehend besprochen, daß klar war: Busschutz, dann die Busse, dahinter Frauen und Lesben. Soweit so gut. Nicht gesagt wurde, daß die Organisatoren davon ausgingen, in Bullensperren zu fahren, um sich dort als braver antifaschistischer Bürger ordentlich filzen zu lassen. Wieso wird eigentlich ein Konvoi zusammengestellt, wenn klar ist, man läßt sich filzen???

Die Leute sind nach Rostock gefahren, ohne zu wissen, was genau sie erwartet. In eine fremde Stadt, in der Faschos, Bullen und ein rechter Bürgermob darauf warten, Linke zu fressen, fährt man nicht als militante Gruppe ohne bis an die Zähne bewaffnet zu sein. Der Hamburger Konvoi mit über 3 000 Leuten wurde mehrere Stunden festgehalten, trat geschlossen auf, sich nicht durchsuchen zu lassen, und wurde nach Verhandlungen ohne Filze durchgelassen. Und diese Hamburger GenossInnen werden jetzt aufgrund dieses Verhaltens von den Berliner Obermäcks kritisiert.

Zur praktischen Konvoiorganisation. Der Autobahnrastplatz (Sammelpunkt) bot folgendes Bild: überforderte junge Frauen, die mit ihren Funken nur Chaos veranstalteten, was dazu führte, daß der Konvoi durcheinander und vor allem zerstückelt wurde. Die gesamte Strecke wurde von unserer Gruppe kein einziger Motorradmelder gesichtet. Gerade auch dann nicht, als der Konvoi durch einen blöden Bullentrick zerrissen wurde und der Rest auf eine winzige Landstraße geleitet wurde. Die vorderen Autos fuhren fröhlich weiter. Kleve ließ schön grüßen, als der Restkonvoi auf eine BGS-Sperre stieß, die die weitere Durchfahrt nur nach Personen- und Autokontrolle gestatten wollte. Diejenigen, die sich darauf auf keinen Fall einlassen wollten, drehten nach einiger Zeit um, fuhren auf kleinen Wegen Richtung Rostock und kamen dort auch ohne Kontrolle an.

Die Demo selbst wollen wir jetzt nicht mehr kritisieren, wir schließen uns dem antifaschistischen Zusammenhang aus Berlin an, die mit ihrem Beitrag *"friedlich in die Katastrophe"* in der Interim Nr.206 schon eine erfreulich zutreffende Kritik geleistet haben. Zum Demotempo nur noch eine kleine Randbemerkung. Offensichtlicher kann eine Demospitze, die das Tempo ungehindert bestimmen konnte, eine große Demonstration, inklusive etliche Militante, nicht sich totlatschen lassen: drei Schrittchen vorwärts, warten... Dazu noch diese erstklassig ausgewählte Route, auf der wir zu einem Drittel den Bäumen einen erzählen konnten.

Was uns bei diesem Ärger als Frauen zusätzlich genervt hat, war die zweimalige Aufforderung des Lautsprecherwagens, die Männer, die, wohlgemerkt nicht im, sondern am Rand des Frauen- und Lesbenblocks liefen, sollten sich von dort verpissen. So ein Schwachsinn! Auf so einer Großdemo, wo Stärke und Gemeinsamkeit gefragt sind, wiederum mit diesem kleinlichen Separatismus zu kommen. Ihr macht Euch doch nur lächerlich. Sollen die Frauen, die im Block zusammen laufen wollen, doch dies ruhig tun. Wir sind aber doch keine straight durchorganisierte Partei, wo jeder in Reih und Glied mitzumarschieren hat.

Noch einmal zurück zur Organisation. Es war ein Parkplatzschutz vorgesehen. Einige, die sich dafür bereiterklärt hatten, steckten in irgendwelchen Konvoisperren fest, und als sie endlich am Ziel waren, hielten sie es nicht mehr für nötig, die zugesagten Aufgaben auch zu erfüllen. Der Parkplatz war de facto ungeschützt, dadurch waren 5 Sanitäter von uns, die dort ihre mobile Station hatten, akut bedroht. Während die friedliche Großdemo versuchte, Lichtenhagener Bäume zu beeinflussen, sammelte sich auf dem Parkplatz ein rechtslastiger Bürgermob, der die Sanis derart bedrohte und beschimpfte, daß sie schließlich das Weite suchen mußten. So sieht also ein autonomer Parkplatzschutz aus.

Resüme: wir sind total sauer, fühlen uns verarscht. Wir fordern alle, die die Schnauze voll haben, dazu auf, sich von so einer Organisation nicht mehr wie friedliche Schafe durch Zeiten leiten zu lassen, in denen nicht nur militantes Zurückschlagen sein muß, sondern linke Gegenmacht als Signalfunktion, als Anziehungspunkt dringendst vonnöten ist.

Einige Militante

Auch die deutsche Außenpolitik ist deutlich im Interesse faschistischer Regimes und Militärdiktaturen aktiv, z.B. Unterstützung der Regimes im Irak, der Türkei, Südafrika, Kroatien, offener Anspruch auf eine Wolgarepublik und Oberschlesien.

Dazu kommt die starke Aktivität im "vereinten Europa". Es ist bekannt, daß faschistische Organisationen 1951 in Malmö die Konferenz der europäischen Nationen gegründet haben. Aus der BRD beteiligten sich Otto Strasser und Arthur Erhard, ehemalige SS-Führer und Spezialisten für den Partisanenkampf, aus GB das "Schwarze Hemd", aus Italien das "Movimiento sociale italiano" und aus Spanien Francos Falange. Ihr Ziel ist es, im vereinten Europa einen Weg "neben Kommunismus und Kapitalismus" zu finden (Antifa-Nachrichten, Berlin, Nr.18/92).

In diesem Zusammenhang muß die derzeitige Entwicklung in Großdeutschland gesehen werden!
Rostock muß als Gefahr der Politik des deutschen Imperialismus verstanden werden!!!
Wir rufen alle AntifaschistInnen und KommunistInnen auf, diese Gefahr ernst zu nehmen!
Organisiert die antifaschistische rote Front!
Greift die faschistischen Schlägertrupps an!!!

Achtung: Die Faschos rufen in verschiedenen Zeitungen zu ''Aktionen'' am

9. 11. 1992

auf. Wir nehmen an, daß sie Flüchtlingsheime vor allem im Raum Wien Langenlois, Korneuburg, Wiener Neustadt/Gutenstein und Obersteiermark angreifen wollen.

Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren!

Schönau: Rassismus – Antirassismus – Klassenkampf

(Ludwigshafen, 2.7.92)

Dieser Text wurde geschrieben als Grundlage für eine Diskussion einiger LudwigshafenerInnen. Er ist entstanden in unseren Diskussionen über die Angriffe auf die AsylbewerberInnen in Mannheim-Schönau und die Aktionen dagegen. Er hat nicht den Anspruch, *"den Rassismus"* oder die staatliche Asyl- und Einwanderungspolitik umfassend zu erklären. Er soll aber dazu beitragen, die konkrete Situation besser zu verstehen, um künftige Angriffe dieser Art aktiver und effektiver bekämpfen zu können. Versteht diesen Text nicht als abgeschlossen und auch nicht als Produkt einer Partei oder einer politisch homogenen Gruppe. Versteht ihn als Aufruf zu diskutieren.

Mit der Demonstration am 13.6. war für viele die *"Affäre Schönau"* gegessen. Aber es bleibt ein zwiespältiges Gefühl: eine gewisse Erleichterung darüber, daß die Demo wider Erwarten nicht zusammengeknüppelt wurde und der *"Schönauer Mob"* momentan (!) Ruhe gibt, zumindest nicht mehr in großer Zahl vor dem Flüchtlingslager aufläuft. Diese Erleichterung hat allerdings noch eine andere Wurzel; viele waren unzufrieden mit den Aktionen (mit ihrer politischen Ausrichtung und ihrem praktischen Verlauf), nicht zu übersehen war eine gewisse politische und praktische Hilflosigkeit gegenüber dem *"Schönauer Mob"*, gegenüber den Bullen, gegenüber der staatlichen Propaganda... Unter dem Druck der Ereignisse waren wir und viele andere, die sich mit Bauchschmerzen beteiligten, eingeklemmt zwischen den verschiedenen Strömungen des Antirassismus/Antifaschismus; zwischen dem Konzept der *"Strafexpedition"* (*"Zerschlagt den deutschen Mob"*), zwischen einer Flüchtlingspolitik, die sich nur aus einer moralischen Parteinahme für die Schwächeren speist und in der Konsequenz in die alternative Sozialarbeit mündet und zwischen einem Antirassismus, dessen praktisches Ziel die reibungslose Integration *"der ausländischen MitbürgerInnen"* in die kapitalistische Gesellschaft ist, an der er offensichtlich keinerlei grundlegende Kritik hat.

Auf viele Leute, die handeln wollten, wirkte das taktierende Hickhack der verschiedenen Gruppen und Organisationen auf den Versammlungen abstoßend. In der Zerfahrenheit der meisten Aktionen und Demos konnte mensch sich nur schwer zurechtfinden, verstärkt dadurch, daß die konkreten Entscheidungen von einigen wenigen hinter den Kulissen und für viele nicht nachvollziehbar stattfanden.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, die verschiedenen Bewegungen und Aktionen der letzten Wochen auf die Ideologie der Flugblätter und der Redebeiträge und auf die Entscheidungen der WortführerInnen zu reduzieren. Schließlich ist das, was heute in der Gesamtheit als antifaschistische/antirassistische Bewegung erscheint keine homogene und kompakte Einheit. Wir denken, daß die subjektiven Beweggründe vieler Menschen, die sich an den Demos beteiligt haben, verschieden sind von dem, was letztlich der öffentliche Ausdruck war. Und darüber hinaus, daß diese Beweggründe oftmals politischer sind, ein höheres Maß der Kritik am Bestehenden beinhalten als das, was sich in den stereotypen Anti-ismen äußert.

Ein paar Beispiele sollen dies verdeutlichen:

☆ die alte Frau, die sich lautstark mit den hungerstreikenden AsylbewerberInnen auf der Breiten Straße solidarisierte, ist nicht einfach *"gegen Rassismus"* und *"für gleiche Rechte"*. Sie arbeitet in einer Schnellfresse; als sie sich den Arm gebrochen hat, stellten sich die immigrierten KollegInnen auf ihre Seite, gegen den Druck der Geschäftsleitung und einiger deutscher KollegInnen. Ihre Solidarität speist sich nicht aus der *"Moral der guten Menschen"*, auch nicht aus dem Grundgesetz, sondern explizit aus einer Erfahrung des Konflikts mit der alltäglichen Ausbeutung.

☆ der Punk, der die Nazis bekämpfen will, hat ganz materielle Gründe für seine Solidarität mit den Flüchtlingen: er verteidigt seine Verweigerung der kapitalistischen Normen, seine Kritik an der Verlogenheit dieser Gesellschaft, letztlich eine ganze Lebensweise, die von den Nazis ebenso angegriffen wird wie die AsylbewerberInnen... Solidarität ist für ihn weit mehr, als eine Frage der Moral.

☆ die Schülerin, die die Schnauze schon voll hat, bevor der sogenannte Ernst des Lebens begonnen hat und die begreift, daß derselbe Staat, der die Flüchtlinge in die Lager sperrt, sie selbst letztendlich hinter die materiellen und immateriellen Mauern des *"Ernst des Lebens"* sperren will.

☆ letztlich basierte ein großer Teil der Demo am 13.6. auf einer spontanen Mobilisierung; niemand weiß so genau, woher urplötzlich die vielen Leuten kamen. Zweierlei ist aber unbestreitbar:

Erstens waren es sehr viele Menschen, die nicht zu den traditionellen Scenes der Linken, der Antifa und den Antirassismus-Zirkeln gehören. Es gehörte nach dem Gemetzel am Samstag vorher eine gehörige Portion Mut dazu, auf die Straße zu gehen. Ohne die Brutalität des Bulleneinsatzes gegen uns und die offensichtliche Verharmlosung der Angriffe auf die AsylbewerberInnen durch die Presse wären diese Menschen zwar nicht auf die Straße gegangen. Aber der Antrieb dazu resultiert sicherlich auch aus einer umfassenderen Unzufriedenheit mit den Verhältnissen.

Zweitens werden sich die meisten dieser Menschen nicht am Punkt Antirassismus organisieren. Zum einen, weil sich der Antirassismus/Antifaschismus allenfalls auf einen Bruchteil ihrer Realität, ihrer Konflikte in der Maloche, in ihren Beziehungen, in der Familie, in ihrer Clique... bezieht, wenn überhaupt. Zum anderen fehlt überhaupt die Bereitschaft, sich in den traditionellen Formen politisch zu organisieren. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, wieso unter den Jugendlichen und den ArbeiterInnen diese Bereitschaft kaum da ist.

Wir denken, daß es sehr wichtig für ein zukünftiges Vorgehen ist, unsere Aktionen ohne Schönfärberei zu kritisieren.

So stimmen wir nicht mit *"den FrankfurterInnen"* überein, die auf einem Redebeitrag behaupteten, *"wir hätten die Pressesperre durchbrochen"*. Vielmehr war es so, daß *"unsere"* Aktionen von der bürgerlichen Presse weitgehend in eine reaktionäre Propaganda eingebunden wurden, deren Kern etwa so aussah: Asyllager -- Chaoten -- Gewalt -- Polizei -- Ruhe. Die Taktik der Verantwortlichen, mit der Hetze gegen die *"Chaoten, Gewalttäter und Politrocker"* vom eigentlichen Konflikt auf der Schönau abzulenken, hat weitgehend funktioniert. Zweitens müssen wir uns eingestehen, daß (zumindest in der unmittelbaren Situation) nicht *"wir"* der Schutz für die AsylbewerberInnen waren, sondern die Bullen. Der *"Schutz"* war also eine – wenn auch wertvolle und solidarisch – trotzdem weitgehend symbolische Geste. Ganz konkret ist es jetzt für jede/n einzelne/n AsylbewerberIn im Alltag hundertmal gefährlicher als in den meisten Situationen der letzten Wochen. Es ist nicht auszuschließen, daß *"das nächste Mal"* die Bullen und der Staat eine andere politische Linie fahren und eben nicht da sind. In dieser Situation ist es nötig, dem Mob die Herrschaft über die Straße zu entziehen. Dazu ist es wichtig, den *"Mob"* sehr genau einschätzen zu können. Das duldet keine Vereinfachungen und Pauschalisierungen und Übertreibungen.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir einige Darstellungen in den Publikationen der Linken. Ein Beispiel: Eine Stellungnahme des Infotelefons/Frankfurt schreibt: *"... Trotz der zeitweilig mit drei Hundertschaften präsenten Polizeikräfte konnten Angriffe nicht verhindert werden. Es wurden mehrere Scheiben des Wohnheims eingeworfen und es gelang einer Gruppe von Faschisten, trotz der angeblichen (Hervorhebung von uns) Schutzmaßnahmen der Polizei, nachts ein Loch in den Zaun zu schneiden und in das Gelände einzudringen..."* Diese Darstellung ist zumindest mißverständlich; sie suggeriert eine Situation, in der drei Hundertschaften Bullen (!) die Lage nicht im Griff haben und damit eine Stärke, Unentschlossenheit und Organisiertheit *"der SchönauerInnen"*, wie sie **so** nicht da

war. Der *"Mob"*, wie er wirklich war, war schlimm genug – wir müssen das nicht übertreiben... Drittens ist es so, daß das anfängliche Ziel der Demo, die *"Vertreibung des Mobs von den Straßen"* nicht erreicht wurde. (Was zudem ein recht widersprüchliches Ziel ist, denn wie will man die BewohnerInnen eines Stadtteils dauerhaft von den Straßen vertreiben bzw. wer will das überhaupt?)

Viertens war die Demo am Samstag, dem 13., eher geduldet als durchgesetzt. Was wir erlebt haben, war die klassische Mischung von Peitsche und Zuckerbrot, vermittelt über einen Prozeß der Deeskalation: den starken Staat wie er knüppelt und den starken Staat in seiner souveränen und toleranten Pose. In dieser Abfolge eigentlich nichts Neues und wenig überraschend. Überraschend war eher die Dimension des Einsatzes und wir denken, daß dabei präventive Überlegungen einen Rolle spielen, die sich nicht auf die 2000 DemonstrantInnen, sondern auf ein auch für die Herrschenden zunehmend unkalkulierbares Verhalten der Bevölkerung beziehen. Der Polizeieinsatz – das Abriegeln einer ganzen Stadt – war auch eine Notstandsübung.

Auf vielen Flugblättern stand *"Hoyerswerda in Schönau"* – teilweise zu recht mit Fragezeichen versehen.

Die äußerlichen Unterschiede lagen in der Art der Pressedarstellungen und im Vorgehen der Bullen.

In Hoyerswerda zeigte sich der Staat relativ schwach. Sowohl gegenüber dem *"Mob"*, als auch gegenüber den linken Demonstranten. Mit dieser Schwäche öffnete er auch letztlich den Raum für die folgende rechte Brandsatzkampagne gegen Asyllager als auch für die spalterische Kampagne der Alternativen und Linken gegen die Ostdeutschen. (TAZ: *"Die Ossis sind nicht reif für die Demokratie."*) Die Medienkampagne nach Hoyerswerda kam einem Aufruf an die Faschos gleich, zu handeln (was sie dann auch gemacht haben). Die politische Situation in der Ex-DDR war zu diesem Zeitpunkt weitgehend unkalkulierbar. Es standen Entlassungen an, es gab massenhaft Aktionen von ArbeiterInnen (z.B. die Besetzung der Autobahn durch tausende ArbeiterInnen der Trideltawerke – übrigens ganz in der Nähe zu Hoyerswerda). Der Staat brauchte in dieser Situation einen Sündenbock – die Flüchtlinge – gegen die aktiv und massenhaft vorgegangen wird.

Aber wir würden uns in die Tasche lügen, wenn wir dasselbe für Schönau (wie in einigen Flugblättern geschehen) behaupten: der Staat, die Bullen, der Bürgermeister, die Parteien waren von Anfang an darauf aus, die Randale vor dem Lager zu unterdrücken, zu befrieden und totzuschweigen. Sie wollten gerade keine Nachahmungseffekte. Die Bulleneinsätze gegen den *"Mob"* waren relativ hart, und wir dürfen da in der Beurteilung nicht unsere Maßstäbe und Erfahrungen oder die des Vorgehens der Bullen gegen organisierte Faschisten oder Skins anlegen. Anfangs haben die Bullen mit einem flächigen Einsatz teilweise undifferenziert (Frauen mit Kindern, Alte...) zugeschlagen, was sie später bereut haben.

Das soll nicht heißen, daß der Staat heute kein Interesse mehr an der Spaltung der ArbeiterInnenklasse hat und daß das System keine Sündenböcke mehr braucht. *"Schönau"* kam ihnen aber offensichtlich – momentan – ungelegen.

Es wird zu diskutieren sein, wie sich diese Tatsache dazu verhält, daß jedem/r – natürlich auch dem OB – mit der Einrichtung des Lagers auf der Schönau klar war, daß es dort krachen wird.

Es gibt eine bestimmte Masche insbesondere der Sozialdemokratie, der Grünen und der Pfaffen, die etwa so aussieht: Schönau ist ein *"sozialer Brennpunkt"*, es gibt eine Menge *"Probleme"* und in Schönau funktioniert nicht alles so, wie *"es"* sollte. Schönau sei ein *"vernachlässigter Stadtteil"* mit einer *"komplizierten Sozialstruktur"*. Aus dieser Sichtweise resultiert dann:

"Man muß auch Verständnis mit den Schönauern haben, ihre Sorgen, Probleme und Ängste ernst nehmen...". Eine gewisse Toleranz gegenüber den Angriffen auf die AsylbewerberInnen.

Eine linke Variante davon ist, die SchönauerInnen als *"Opfer der Krise des Kapitalismus"* zu sehen, als Objekte einer Entwicklung, als Marionetten der reaktionären Propaganda.

Die ganze Sichtweise der Sozialdemokratie und ihrer linken Anhängsel begreift *"Schönau"* als Problem der Sozialpolitik, als technisches Problem der kommunalen Bevölkerungspolitik. Sie sehen *"Schönau"* als Ausrutscher, als Lücke, die es schnellstmöglichst auszufüllen gilt. Womit?

Zuerst kommt die Staatsgewalt in Form der Bullen – nicht übertrieben hart, aber allemal geeignet einzuschüchtern. Dann kommen die Sozialtechniker, die SozialarbeiterInnen, die Manager des Elends. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Umstellung einer Schule auf Ganztagsunterricht. Dann wird (falls noch Kohle übrig ist) die Stadtteilkultur aufgepeppt, kriegen irgendwelche fetten Vereinsvorsitzenden mal ein paar Tausender rübergeschoben, wird vielleicht endlich die Pergola der wunderschönen Kindertagesstätte repariert, kriegt das Jugendzentrum seinen zweiten Sozialarbeiter, kriegen die FixerInnen entweder mehr Druck oder billigeres Heroin... für den Fall, daß die Kohle *"nicht da ist"*, eben die billige Lösung: Bullenpräsenz und vielleicht ist der Schutz der AsylbewerberInnen nicht mehr als ein Vorwand...

Ein erster Schritt der Kontrolle war schon die *"sozialverträgliche Belegung"* des Lagers (viele befürchten, daß die aufgestaute Wut des *"Mobs"* dann nicht mehr auf doch ziemlich wehrhafte junge Männer aus Kriegs- und Krisenregionen dieser Welt trifft, sondern eben auf Frauen und Kinder).

Die ganze staatlich-sozialdemokraticshe Sichtweise steckt voller Widersprüche.

Tatsächlich ist *"Schönau"* – trotz einem riesigen sozialdemokratischen Wählerpotential von ca.50% – Ausdruck des Scheiterns der SPD – eines schwitzenden Widders im *"Mob"*... und es wäre unsererseits völlig daneben, dieses dadurch entstandene Vakuum jetzt ausfüllen zu wollen, die Forderung an den Staat zu richten, praktisch wieder gutmachen zu wollen, was die SPD nicht mehr hingekriegt hat, die konsequenten Sozialdemokraten im linken Gewand zu spielen.

Wir lehnen es ab, einen proletarischen Stadtteil zum Objekt staatlicher Befriedungspolitik zu machen, mehr Bullenpräsenz zu fordern und ähnliche Vorstellungen einer vermeintlichen *"Bekämpfung des Rassismus"*.

Genauso lehnen wir es ab, die Angriffe auf die Flüchtlinge in irgendeiner Form zu entschuldigen. Demgegenüber denken wir, daß es gerade wichtig ist, Verhaltensweisen wie die der *"SchönauerInnen"* scharf in der unmittelbaren Situation auch mit physischer Gegengewalt zu kritisieren. Keine Mißverständnisse: damit meine ich nicht das autonome *"Konzept Strafexpedition"*, das nicht mehr differenziert, das nicht polarisiert und nicht politisiert, sondern im moralischen Überschwang kurzerhand ganz Schönau zum faschistischen Gebiet erklärt und eine falsche Konfrontationslinie entwickelt... Die politische Haltung gegenüber *"den SchönauerInnen"* wäre auch nicht: *"Ihr geht gegen Schwächere vor... das ist unmoralisch und wird von uns bestraft..."* sondern: ***"Ihr handelt gegen unsere Interessen als ArbeiterInnen, gegen die Flüchtlinge, was Eure KlassengenossInnen sind und damit auch letztlich gegen Euch selbst... Ihr schadet der ArbeiterInnenklasse und nutzt den Reichen, den Managern und Politikern..."***; diesem politischen Anspruch wurden lediglich zwei Flugblätter gerecht: das eine *"Rebellion ist gerechtfertigt..."* war in dieser Hinsicht richtungsweisend; das zweite war ein Flugblatt von Frauen: es griff die Verhaltensweisen der *"Schönauer"*, die vorgaben ihre Frauen zu verteidigen, frontal an. Indem es darauf hinwies, daß es die Vergewaltigungen natürlich auch unter den Flüchtlingen und unter den linken Demonstranten gibt, hat es die realen Widersprüche wesentlich schärfer benannt, als die ganzen Schwarz-Weiß-Gut-Böse-Flugblätter, die sonst verteilt wurden. Es ist von einem eigenen subjektiven Interesse aus geschrieben und wendet sich an ein Subjekt; schade, daß es nur auf der Demo und nicht an die Schönauerinnen verteilt wurde, diese wären ja wohl die einzige Kraft, die wirklich in der Lage ist, ihre Männer von derartigen *"Beschützeraktionen"* abzuhalten.

Genauso wie die sozialdemokratisch-sozialtechnische Entschuldigungs-Linie lehnen wir allerdings auch Analysen ab, die sich mit einer unpolitischen, weil nur moralischen Gleichstellung der Kategorien Täter – Opfer zufriedengeben. Wer meint, daß die Diagnose *"tiefsitzende rassistische Denkstrukturen"* ausreicht, hat nichts kapiert und wird eben diese *"rassistischen Denkstrukturen"* auch nie wirklich bekämpfen können.

Was ist Schönau und warum sind die SchönauerInnen so wie sie sind oder gibt's überhaupt *"die SchönauerInnen"*?

"Schönau ist kein normaler Stadtteil, das ist von Anfang an völlig geplant" (ein Mitarbeiter des Stadtarchivs)

"Schönau hat keine organische Entwicklung durchlaufen wie andere Stadtteile Mannheims..." oder so ähnlich (Meier)

Schönau war bis Mitte der 30er Jahre eine wilde Siedlung aus Bretterbuden und Baracken aus Kanisterblech. Hier wohnte ein Teil des städtischen Subproletariats, das sich -- weitgehend außerhalb der kapitalistischen Produktion -- über Kriminalität (z.B. Holzdiebstahl), Geflügelzucht usw. reproduzierte. Es ist klar, daß dem Faschismus derartige unkontrollierte Strukturen der *"Arbeitsscheuen"* und *"Asozialen"* ein Dorn im Auge waren. Die faschistische stadt- und Sozialplanungspolitik machte aus der Not eine Tugend: die GBG erstellte einen strengen Bebauungsplan und errichtete die ersten Blocks. Im Bemühen, *"die Straßen Mannheims zu säubern"*, die Gesellschaft zu strukturieren und zu kontrollieren, wurden die ersten paar hundert Menschen auf die Schönau *"eingewiesen"*, alles Menschen aus den untersten Schichten des Mannheimer Proletariats.

Wir wissen wenig über diese erste offizielle Phase. Wahrscheinlich ging aber der Zweck dieser Maßnahme über die *"Säuberung Mannheims"* raus: die Konzentration und Ghettoisierung dieser Menschen lieferte möglicherweise die Bedingungen für das faschistische Projekt der Arbeit, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsdienste und Zwangsverpflichtungen. Nicht unpraktisch für die Herrschenden, daß gleichzeitig mit den Blocks nebendran, in der heutigen Lilienthalstraße, eine Kaserne für die faschistischen Bullen gebaut wurde.

Nach dem Krieg waren die Gendarmeriekaserne und einige Gebäude am Ende der Kattowitzer Zeile von US-Einheiten belegt.

Die kommunale Bevölkerungspolitik setzt bruchlos fort, was der Faschismus 1935 auf der Schönau begonnen hatte:

"... am Nordende werden weitere 500 zusammengetrommelte und dahergelaufene Menschen in acht Baracken ausgesetzt..." (MM, siehe Artikel in der Doku).

Die Mannheimer Innenstadt ist zerstört, Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten sind unterwegs. Diese Menschen werden *"schier grenzenlos in die Schönau hineingepumpt"* (MM). Innerhalb von zehn Jahren wird die Einwohnerzahl fast verdreifacht, von ca.5000 nach dem Krieg auf 15 000 bis 1958. *"Mannheimer und Polen, Ungarn und Tschechen, Pommern und Schlesier, Ostpreußen und Sachsen. Daß hier soziale Probleme entstehen, haben die Londoner in ihren Slums längst vor uns und krasser erlebt..."* (MM, 1960). Zu dieser multinationalen Zusammensetzung kommen die vielen GI's, die auf der Schönau bleiben, und ihre Kinder. *"Der letzte Schlag war der viel kritisierte Gemeinderatsbeschluß, nach dem 1955/56 im Neubaugelände drei Wohnblocks für Minderbemittelte gebaut wurden und in denen -- ebenfalls massiert -- noch einmal rund 500 Sozialschwache in das bereits angeschlagene Gebiet gestopft wurden..."* (MM, 1960).

Viele der Schlagzeilen aus der Zeitungsberichterstattung nach dem Krieg erinnern uns verblüffend an das, was heute diskutiert wird. Beispielsweise waren die Quoten der Flüchtlingszuweisung auch damals vom Land festgelegt. Es gab schon damals die liberale Kritik an der Konzentration von Flüchtlingen in einem Stadtteil. Es gab Auseinandersetzungen um die Wertminderung von Häusern durch die *"schlechte Nachbarschaft"*. Es gab den Konflikt zwischen den alten Siedlern, den Flüchtlingen und den *"Asozialen"*, der in Intensität und Gewalttätigkeit den heutigen Auseinandersetzungen in nichts nachsteht und der der Schönau den Spitznamen *"Klein-Mexiko"* einbrachte. In den 60er und 70er Jahren folgten weitere Einwanderungswellen, zuerst die ItalienerInnen, dann TürkInnen, JugoslawInnen, GriechInnen, PortugiesInnen...

Schönau ist das Ergebnis sehr moderner kapitalistischer Stadtplanung und Bevölkerungspolitik. Vom Faschismus initiiert wurde es nach dem Krieg zu einer der ersten Trabantenstädte, lange bevor Ende der 60er Stadtteile wie Pfingstweide oder Vogelstang hochgezogen wurden.

Was bedeutet diese Geschichte im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen?

In einigen Flugblättern wurde der Konflikt auf der Schönau als *"Angriff des deutschen Mobs auf AusländerInnen"* beschrieben. Das ist falsch: es handelt sich um einen Konflikt innerhalb eines multinational zusammengesetzten Proletariats. Viele, die die AsylbewerberInnen angegriffen haben, waren selbst Flüchtlinge oder sind die Kinder von Flüchtlingen, viele, die *"die Neger"* angegriffen haben, sind selbst *"Farbige"*, viele, die so taten, als wären sie Einheimische, sind ebensowenig wie die AsylbewerberInnen freiwillig dorthin gezogen, sondern wurden *"eingewiesen"*, wohnen ebenso wie die AsylbewerberInnen in Kasernen, auch wenn die (inzwischen!) eine bessere Ausstattung haben.

Wenn wir schon von *"Rassismus"* reden, müssen wir klarstellen, daß es ein sehr spezifischer Rassismus ist. Es ist eher eine Form von Fremdenfeindlichkeit, die auf der Schönau Geschichte hat. Das ist vom Rassismus eines Widder wesentlich verschieden. Es wird zu diskutieren sein, ob es sowas wie einen *"rassistischen Konsens"* gibt, also ein Zusammengehen von rassistischer Bevölkerungspolitik, dem Rassismus der Stammtischbrüder, dem der *"Marginalisierten"* und dem der organisierten Faschisten... Unsere These ist, daß es falsch ist, alles in einen Topf zu werfen, weil es uns auf der Ebene der Analyse einengt und uns praktische Handlungsmöglichkeiten verbaut.

Schönau ist ein *"Arbeitervorort mit wunden Punkten"* (MM). Es ist ein Stadtteil mit einer ungeheuren Homogenität, tatsächlich gibt es auf der Schönau kaum Reiche, sehr wenig Akademiker, eine im Vergleich zu anderen Stadtteilen sehr schmale Mittelschicht. Gleichzeitig ist Schönau in sich extrem gespalten. Es gibt die Eigenheime der garantierten Teile der Arbeiterklasse genauso wie -- in verschiedenen Abstufungen -- die häßlichen Blocks, in denen die prekären Schichten der Klasse wohnen. Die Baracken der zweitgrößten Obdachlosensiedlung der Stadt wurden zwar 1972 abgerissen, aber was an deren Stelle gesetzt wurde, ist auch nicht viel besser. Die Beziehungen der BewohnerInnen zu den Benz-Baracken im nahegelegenen Stadtteil Waldhof, die den *"größten zusammenhängenden Slum Deutschlands"* (Merian) bilden, sind eng und ein überverhältnismäßig großer Teil der Leute aus den Benz-Baracken setzt sich aus ehemaligen, zwangsgeräumten oder sonstwie obdachlos gewordenen SchönauerInnen zusammen. Die Nachfrage nach Wohnungen ist auf der Schönau wesentlich höher als in den meisten anderen Stadtteilen. Große Familien in immer noch sehr kleinen Wohnungen, wenn auch nicht mehr zu siebt in einem Zimmer, wie in den 50er Jahren.

Es gibt eine sehr große Drogenscene, vermutlich auch deshalb, weil es viele GI's gibt. Es gibt eine große Alk-Scene, die stark unter Druck steht. Ihr Treffpunkt, der Kiosk im Park hinter der Endhaltestelle, wurde vor einiger Zeit kurzerhand geschlossen.

Aufgrund der sozialen Zusammensetzung des Stadtteils und weil es nichts gibt, keine Discos, nur ein mickriges Jugendzentrum und keine Kneipenkultur wie etwa in der Neckarstadt, spielt sich das gesellschaftliche Leben auf der Straße ab.

Das ist eine der Bedingungen, **wie** es zwei Wochen lang zu relativ massenhaften Versammlungen vor dem Lager kommt: die Leute sind sowieso auf der Straße und *"so ist es halt in Schönau: wenn was los ist, läuft gleich halb Schönau zusammen..."* (ein Schönauer Jugendlicher).

Die Menschen, die an der Endhaltestelle, im Park, vorm Jugendzentrum rumlungern, die ständig auf der Straße sind... sie waren der militante Kern des *"Mobs"*.

Einige Aspekte zu den Motiven und zum Ablauf ihrer Angriffe gegen die AsylbewerberInnen:

★ Ihre Scenes sind stark gespalten, es gibt einen ständigen Kampf aller gegen alle, die Cliquen untereinander, es gilt das Gesetz des Stärkeren. Sie heben ihre Rivalitäten und Streitigkeiten untereinander auf und wenden diese kollektiv gegen die Flüchtlinge... Die Härte und Gewalttätigkeit ihres Auftretens entsteht nicht erst im Angriff auf die AsylbewerberInnen, sondern sie ist schon vorher in ihrem Alltag da...

Konkret war es so, daß sich die Ausweitung und Vermassung der Angriffe auf die AsylbewerberInnen direkt im Anschluß an einen Konflikt untereinander, gewissermaßen aus diesem heraus ergab: Die Massenschlägerei beim Siedlerfest wurde von

den Bullen unterbunden, das Fest beendet. So gesehen haben die Bullen eine der Bedingungen geschaffen, die FestbesucherInnen vors Lager zu mobilisieren.

✯ Ihr Konkurrenzverhältnis mit den AsylbewerberInnen auf der Schönau und ImmigrantInnen im allgemeinen, was sie wiederum auf die Flüchtlinge auf der Schönau übertragen, ist zum Teil real, zum Teil konstruiert. Sie befürchten, daß sie demnächst mit den AsylbewerberInnen um die Schwarzjobs konkurrieren, um den *"Topf"* des Sachbearbeiters auf dem Sozialamt, um Wohnungen, sie befürchten, daß ihnen demnächst ihr Revier als kleine DrogendealerInnen strittig gemacht wird, daß die Chefin der Putzkolonne eine Immigrantin bevorzugen könnte... Oftmals wird -- bei weitem nicht nur seitens der Pfaffen – versucht, die Angriffe lediglich aus ihrer unmittelbaren Erscheinung heraus politisch zu interpretieren und den *"Rassismus"* als individuelles Fehlverhalten der *"Täter"* zu begreifen.

Wer die gesellschaftlichen Aspekte der Angriffe ausblendet, und – ergänzend dazu – die Flüchtlinge nur als *"Opfer"* begreift, erkennt den Flüchtlingen damit letztlich jegliche soziale Subjektivität ab. Dies ist rassistisch.

✯ Weil die SchönauerInnen auf der Straße sind und die AsylbewerberInnen eben auch keine anderen Möglichkeiten der *"Freizeitgestaltung"* haben, entwickelt sich ein Konflikt um die Straße. Sie meinen, *"ihr Revier"* verteidigen zu müssen.

✯ Sie greifen die AsylbewerberInnen nicht nur deshalb an, weil diese schwarz sind (das sind sie auch gar nicht alle), sondern weil sie, wie sie selbst, ProletarierInnen sind.

✯ Für die Schicht dieser Menschen ist die Perspektive des individuellen Aufstiegs, eines der wesentlichen Momente der Integration, stark reduziert. Sie stehen unten. Ihre Aktionen gegen die AsylbewerberInnen sind ein kollektiver Versuch der Integration in die Gesellschaft. Mit ihren Aktionen rechnen sie mit der Zustimmung der Gesellschaft, sie setzen um, was viele denken und was die Propaganda der Medien nahelegt.

Sicherlich waren nicht nur solche Leute, aus den unteren Schichten des Proletariats beteiligt. Wir denken aber, daß sie eine zentrale Bedeutung in den Angriffen auf die AsylbewerberInnen gespielt haben.

Bis heute ist völlig unklar, welche Rolle organisierte Faschisten gespielt haben. Es gab Behauptungen, diese hätten eine entscheidende Rolle gespielt. Umgekehrt wurde auch das genaue Gegenteil und damit ein wichtiger Unterschied zu Hoyerswerda behauptet. Beide Behauptungen sind unserer Meinung nach bis heute nicht beweisbar. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Faschisten jetzt ihre Möglichkeiten auf der Schönau nutzen werden.

Der Begriff *"Rassismus"* taugt in seiner Allgemeinheit wenig dazu zu erklären, was auf der Schönau los war/ist -- und auch vermutlich weiter sein wird. Er ist eine Art *"analytische Dampfwalze"*, die sämtliche Unebenheiten der konkreten politischen und sozialen Situation einebnet.

Wir haben eine lange Diskussion geführt über die Rolle rassistischer Ideologie unter den *"SchönauerInnen"*.

Zweifellos ist diese bei vielen – wenn auch nicht allen – sehr massiv vorhanden. (So gab es durchaus Stimmen, für die im Mittelpunkt die Kritik an der Institution Lager stand, und die sich von rassistischen Äußerungen abgrenzten. Eine bruchlose rassistische Identität aller Beteiligten des *"Mobs"* zu behaupten, geht an der Situation vorbei und schwächt uns. So verbaut diese Sichtweise beispielsweise die Möglichkeit, die Scharfmacher politisch und praktisch zu isolieren...).

Unsere Diskussion über die Rolle rassistischer Ideologie drehte sich im wesentlichen um die Frage: gibt es eine Autonomie oder relative Autonomie rassistischer Denkweisen von den konkreten sozialen und materiellen Verhältnissen? Ist der *"Rassismus"* Wurzel der Angriffe oder die ideologische Begleitmusik? Wollen die Leute *"einfach nur ihren Rassismus ausleben"* oder sind die Angriffe eine verquere, rechte Form des sozialen Protests?

Darüber raus: Eine verkürzte Analyse verharmlost die Angriffe. Gerade **weil** sich da nicht nur *"blanker Rassismus"* ausdrückt, sind solche Bewegungen brisant.

Und gerade dies eröffnet uns praktische Möglichkeiten, die über die Bekämpfung des *"blanken Rassismus"* durch den *"blanken Antirassismus"* rausgehen.

Ansonsten werden wir weiterhin reduziert bleiben auf die Funktion eines (schlechten) Feuerlöschers, der eingesetzt wird, wenns schon brennt. Und wir gehen davon aus, daß Schönau nicht die letzte Mobilisierung gegen AsylbewerberInnen sein wird. Wenn wir solche Mobilisierungen wie den *"Schönauer Mob"* wirklich effektiv verhindern wollen, müssen wir die theoretischen und praktischen Einengungen des Antirassismus/Antifaschismus durchbrechen. Dies beginnt damit, die Ereignisse als Probleme des Klassenkampfs zu interpretieren, einen Zugriff auf die gesamte Klassenrealität sämtlicher Teile des Proletariats, in diesem Fall der ImmigrantInnen, der SchönauerInnen und unserer eigenen zu entwickeln. Von diesem Standpunkt aus sind radikale Aktionen möglich, Demonstrationen könnten einen Inhalt haben, der angreift und eingreift.

Die Flüchtlinge und ihre Lage

Im November 1991 wurden die ersten 59 Flüchtlinge in das Schönauer Lager eingewiesen.

Sie kommen zum großen Teil aus dem zersplitterten Jugoslawien, einigen schwarzafrikanischen Ländern (Nigeria, Südafrika,...), aus Rumänien, der Türkei/Kurdistan... Sie werden aus der ZAST in Karlsruhe in Sammellager, in diesem Fall auf die Schönau verteilt. Dort sind sie zwischen einigen Tagen und mehreren Monaten und werden dann auf die kommunalen Asylunterkünfte verteilt. Dies ist aber nicht durchgängige Regel: uns sind Fälle bekannt, wo Flüchtlinge in andere Landessammellager verschubt wurden.

Nach welchen Kriterien das Lager belegt wird, ist für uns ziemlich undurchsichtig. Anfangs sollten es 300 -- 400 Menschen sein; das wurde *"aufgrund von Protesten"* dann reduziert auf 216. (Phasenweise war das Lager aber wohl *"überbelegt"*). Wir vermuten, daß mit Beginn der Angriffe auf die AsylbewerberInnen die Zahl stark reduziert wurde. Bekannt ist uns, daß in der letzten Juni-Woche 40 Leute auf einmal verlegt wurden. Bekannt ist uns auch, daß einige gegen ihren Willen in Sammellager in die Ex-DDR verlegt wurde. Dies ist eine erste Konfrontationslinie mit dem System der Lager und der Zuweisungen: viele verlangen sozusagen eine freie Wahl des Wohnorts, sei es, weil sie irgendwo Verwandte oder FreundInnen haben, sei es, weil sie über irgendeinen Ort Gutes oder Schlechtes gehört haben. Der Lagerleiter behauptet, er habe auf die Verlegungen keinen Einfluß, alles käme vom Land, von *"oben"*. Wir denken aber, daß die Verlegungspolitik eine Methode ist, die *"Disziplin"* im Lager aufrechtzuerhalten, Einzelne zu erpressen, widerständiges Verhalten zu bestrafen. Die Zusammensetzung der LagerbewohnerInnen ist nicht nur Politik *"nach außen"*, sondern auch eine Hierarchisierung und Spaltungsmethode nach innen. Die Belegungspolitik ist nicht zufällig oder ein rein bürokratischer Akt: sie ist ein äußerst flexibles Instrument der sozialen Kontrolle. Vor einigen Monaten gab es im Lager angeblich eine Massenschlägerei zwischen Leuten aus Afrika und dem Osten. Auslöser soll eine Bevorzugung einer Gruppe beim Essen gewesen sein. Wir wissen nichts genaueres, wie das wirklich war – es hat angeblich einige Verletze und einen massiven Bulleneinsatz gegeben. Wir vermuten, daß es der Lagerleitung gelungen ist, ein kollektives Vorgehen aller LagerbewohnerInnen gegen den Fraß zu vermindern, indem sie einzelne Gruppen gegeneinander ausgespielt hat. Es hat kleinere Aktionen gegen das Essen gegeben: eine Gruppe von 6 Leuten verschiedener Nationalitäten hat sich aus Protest gegen das Essen eine Glatze geschoren.

In einem Lager bei Heilbronn gab es im Juni einen kollektiven Hungerstreik der AsylbewerberInnen gegen das Essen. Dasselbe *"Feinschmeckerrestaurant"* in Heilbronn liefert auch das Essen für das Schönauer Lager.

Die LagerbewohnerInnen kriegen monatlich ganze 70 DM. Außerdem *"dürfen"* sie sich nebenher durch Putzen im Lager das Taschengeld aufbessern. Wir wissen nicht, wieviel sie dafür kriegen. Wir wissen auch nicht, ob einige, die vielleicht länger da sind, Schwarzjobs nebenher machen.

Die Fenster sind zum *"Schutz"* der Flüchtlinge vergittert, man kann sich auch nicht rauslehnen. Die Besucher werden Kontrollen unterzogen. Dies beginnt schon an der Pforte. Es wird unter den BesucherInnen selektiert, wer rein darf und wer nicht. Der Lagerleiter checkt die

Leute ab, ob sie *"Unruhestifter"* sind. Die Lagerleitung bestimmt willkürlich, wer reinkommt und wer nicht. Durch die Belagerung durch den Mob wird die Bewegungsfreiheit der AsylbewerberInnen weiter stark eingeschränkt. Manche trauen sich nicht mehr raus. Die Polizei, die zum *"Schutz"* der AsylbewerberInnen da ist, hat über Wochen das Zustandekommen von Kontakten behindert bzw. die Kontakte selektiert. Ab 17 Uhr gab es fast drei Wochen lang keinen direkten Zugang mehr zum Lager, indem das Gelände konsequent abgeriegelt wurde und verstärkt Streifen gefahren wurden.

Dieses Zusammenspiel des Mobs und der Verantwortlichen der Lagerpolitik bedeutet eine Verschärfung der Ghettoisierung.

Die Ghettoisierung und Abschottung der Flüchtlinge resultiert aber nicht nur aus ihrer materiellen Situation, aus den verschiedenen repressiven Maßnahmen: der kontrollierte und selektive Kontakt über caritative und sozialarbeiterische Initiativen ist genauso ein Moment der relativen Isolierung der Flüchtlinge. Der Staat kanalisiert die sozialen Kontakte in eine Form, die seinen Interessen entspricht.

Aber daß es von uns aus sehr wenig Kontakt und Kommunikation mit den Flüchtlingen gab/gibt, liegt nicht nur an den diversen Behinderungen durch die Lagerleitung, sondern hat seine Wurzel in der Unfähigkeit der regionalen linken Scene sich zu öffnen, auf andere Leute zuzugehen, aus dem eigenen Ghetto rauszugehen. Mensch ist gerne unter sich. Aber es ist auch ein politisches Problem: wie kann mensch einen Kontakt mit den Flüchtlingen herstellen, der auf einer gleichberechtigten Ebene abläuft? Wie kann eine Kommunikation aussehen, in der die Flüchtlinge nicht von uns politisch instrumentalisiert werden und in der wir nicht die alternativen Sozialarbeiter spielen?

Das scheint nicht einfach, ohne eine radikale Bewegung, die in der Lage ist, die Einwanderung politisch zu thematisieren und die aber nicht auf diesen Punkt beschränkt ist. Andererseits kann das Fehlen so einer Bewegung kein Grund sein, nichts zu tun.

Auch individuelle und persönliche Kontakte zu einzelnen Flüchtlingen sind notwendig und ein konkreter Akt der Solidarität. Schon allein deshalb, weil wir mitkriegen müssen, was in den Lagern abläuft. Wir können so die Verantwortlichen beobachten und die Bedingungen schaffen, gegen die staatlichen Methoden vorzugehen.

Die ImmigrantInnen kommen hierher und haben erstmal viel miesere Bedingungen als wir und als die Einheimischen und schon heimisch gewordenen Schichten der ArbeiterInnenklasse. Das Interesse der Flüchtlinge ist, möglichst schnell dieselben Lebensbedingungen zu erreichen. Das heißt in erster Linie nicht mehr den ganzen repressiven Maßnahmen, der Drohung mit Abschiebung unterworfen zu sein. Den Wohnort frei wählen zu können, Wohnungen überhaupt, ein materieller Lebensstandard, der besser ist als in den Herkunftsländern.

Je eher die ImmigrantInnen gleiche Bedingungen erreichen, je weniger Unterschiede in der materiellen Lebenssituation es zwischen ImmigrantInnen und *"Einheimischen"* gibt, desto eher wird es möglich sein, weitergehende gemeinsame Kämpfe zu führen und rassistische Spaltungen zu überwinden. Vor diesem Hintergrund liegt es in unserem direkten Interesse, jeden Versuch der Einschüchterung, sei es durch die staatliche Politik oder durch den *"Mob"*, zu bekämpfen.

Eine 130-seitige Dokumentation mit Presseartikeln, Flugis und Kommentaren schicken wir Euch gegen Übersendung eines 10-DM-Schecks an folgende Adresse:
Dokugruppe, c/o Schwarzwurzel, Jakob-Binder-Straße 10, D-W-6700 Ludwigshafen

---

Süddeutsche Zeitung vom 2.Mai 1992

KKK "stolz" auf Tod eines Asylwerbers

Biel (AFP) - Eine "Sektion Biel des Ku-Klux-Klans" hat in einem Brief an eine Schweizer Tageszeitung ihren "Stolz" über den Tod eines Asylwerbers zum Ausdruck gebracht, der im März in der westschweizerischen Stadt Biel durch einen Brandanschlag ums Leben kam. Dies wurde am Donnerstag bekannt. Der Ermittlungsrichter konnte zunächst nicht sagen, ob der Brief der rassistischen Organisation ernst zu nehmen sei.

Klu-Klux-Klan im Aufwind

Nach dem zweiten Weltkrieg zerfiel der zuvor zentral gesteuerte KKK in zwei Dutzend Einzelklans, die zum Teil untereinander konkurrieren. Seit den sechziger Jahren lebt der KKK wieder auf.

Als mitgliederstärkste Gruppen gelten das "Invisible Empire" und die "Knights of the Ku Klux Klan". "Invisible Empire" (das "Unsichtbare Reich") hat aktive Untergruppen in Großbritanien, Kanada, Frankreich und Australien. Dennis Mahon, der im letzten Jahr auf Besuch seiner Anhängerschaft durch die BRD tourte, ist der Führer der KKK-Organisation "White Knights of the Ku-Klux-Klan", die in den US-Bundesstaaten Missouri und Oklahoma aktiv ist und dort über beste Kontakte zur Neonazi-Szene verfügt. Die Gesamtmitgliederstärke der KKK wird in den USA auf 6000-8000 geschätzt, die Sympathisantenszene soll noch mal das 30fache betragen. Starken Rückhalt hat der Klan auch in Polizei und Militär.

Der Ku-Klux-Klan in der BRD

In der BRD fand der KKK zunächst durch hier stationierte amerikanische Soldaten Verbreitung. In den sechziger Jahren erklärte ein Klan-Sprecher München zur "Hochburg" des KKK in Europa. Anfang der achtziger Jahre existierten im Rhein-Main-Gebiet Verbindungen zwischen deutschen Neonazis und Klan-Leuten bei der US-Armee. Aber auch die britische Klan-Untergruppe hat unter den in der BRD stationierten Soldaten Mitglieder. Dies belegt eine von der antifaschistischen britischen Zeitung "Searchlight" veröffentlichte Mitgliederliste der Klans.

In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Anschlägen auf AusländerInnen durch deutsche KKK-Anhänger. Ein Beispiel dafür ist der Angriff von drei Männern auf ein von AusländerInnen bewohntes Haus in Neuenrade (Sauerland) Anfang September 91. Die drei feuerten Schüsse ab und warfen Steine auf das Haus. Bei der anschließenden Festnahme durch die Polizei wurden neben Pistolen und Molotowcocktails Aufkleber des KKK-Herford sichergestellt. Im Zusammenhang mit dem KKK in Bielefeld/Herford ist übrigens der "Kameradschaftsführer" der GdNF-Bielefeld, Bernd Stehmann, als örtlicher KKK-Leiter aufgetreten. Neben Herford besteht in Berlin/Reinickendorf eine weitere Kontaktadresse des Klans. Inhaber des Postfachs ist Carsten Szczepanski, der sich selbst als Gründer und "Grand Dragon" des deutschen "White Knights of the Ku-Klux-Klan" bezeichnet.

Die Reise des amerikanischen Klanführers Dennis Mahon im letzten September durch die BRD ist ein weiteres Zeichen für die hier zunehmenden Klan-Aktivitäten seit dem Anschluß der DDR. In seiner in Oklahoma erscheinenden Zeitung "The White Beret" lobt Mahon die Zusammenarbeit zwischen seinem Klan und dem deutschen Ableger. Als Stationen seiner Reise gab Mahon Berlin, Saarbrücken und Umgebung, Nürnberg und Dresden an.

Durch Medienberichte versuchte Mahon den Klan auch hierzulande bekannter zu machen und für seine rassistischen Vorstellungen zu werben. Zu einem KKK-Treffen in der Nähe von Königs Wusterhausen, das - nach amerikanischem Vorbild - mit einem Feuerritual endete, lud Mahon ein Fernsehteam von RTL plus ein. Anfang Oktober wurde der Bericht in einer "Explosiv"-Sendung ausgestrahlt.

Ob - wie in Padua/Italien geschehen - afrikanische StudentInnen Drohbriefe mit KKK-Emblemen erhalten, oder - wie in Wien im letzten November - eine zehnköpfige Gruppe nach Klan-Art in weißer Kapuzentracht ausländerfeindliche Parolen brüllt, Vorfälle dieser Art nehmen in ganz Europa zu. Es wäre sicher falsch, von einer einheitlichen Organisation zu sprechen, aber der wachsende Einfluß von KKK-Gruppe, sowie die Anlehung von Rassisten an amerikanische Vorbilder, ist nicht zu übersehen.

aus: ATZE Nr. 16, Okt.-Dez. 1992

Die vier Gesichter des Ku Klux Klan

Der Ku Klux Klan wurde 1866 im Ort Pulaski im amerikanischen Bundesstaat Tennessee von sechs ehemaligen Offizieren der konföderierten Armee gegründet. Vorbild der Gründungsväter des Ku Klux Klan war eine studentische Verbindung namens Kyklos Adelphi. Der Ku Klux Klan orientierte sich im Hinblick auf seine Riten und Rituale (Kapuzen, Feuerkreuze, Aufnahmeriten) am Brauchtum derartiger studentischer Verbindungen, die in Amerika bis heute nach griechischen Wörtern oder Buchstaben bezeichnet werden, sowie nach Logen, weltlichen Orden und anderen Geheimgesellschaften in Amerika und Europa. Doch diese Ähnlichkeiten sind oberflächlich. Der Ku Klux Klan war von Anfang an eine politische Organisation, die sich gegen die gerade befreiten Schwarzen und die Repräsentanten der siegreichen Nordstaaten richtete.

Um dies zu verstehen, ist es notwendig, kurz auf die politische Situation in den Südstaaten nach dem Bürgerkrieg (1861-65) einzugehen. Der siegreiche Norden betrieb hier eine Politik des sog. Wiederaufbaus. Dabei wurden nachezu alle wichtigen Positionen innerhalb der Politik und Verwaltung von Nordstaatlern besetzt. Nordstaatler, abschätzig Yankees genannt, waren es auch, die sich die Notlage vieler Südstaatler zunutze machten, sie geschäftlich übervorteilten und ihnen ihr Eigentum, vor allem Grundeigentum, zu äußerst niedrigen Preisen abschwatzten. Korruption war an der Tagesordnung.

An diesen Praktiken waren zwar ganz wenige Schwarze beteiligt, doch gerade gegen sie richtete sich der Zorn der gerade gedemütigten und nach wie vor von ihrem rassistischen Überlegenheitsgefühl geprägten Südstaatler. 1869 wurde der Ku Klux Klan durch die amerikanische Bundesregierung verboten.

Bis zu diesem Zeitpunkt war er, kurz gesagt, eine rassistisch orientierte Protestbewegung, die sich sowohl gegen die Schwarzen wie gegen die siegreichen und arroganten "Yankees" aus dem Norden richtete.

Erneute Aktivitäten in den 20er Jahren

In den 20er Jahren gewann der 1915 wiedergegründete Klan seine höchste Mitgliederzahl (insgesamt 5 Millionen) und politische Bedeutung. Er war keineswegs mehr nur in den Südstaaten, sondern auch im Norden präsent. Er wandte sich jetzt nicht mehr nur gegen Schwarze, sondern auch gegen (weiße) Katholiken, Juden und generell gegen jeden, der als kinks und liberal eingestuft wurde. Dabei wurde der Klan in seiner terroristischen Aktivität zunächst nicht von der Regierung behindert.

Dies hängt mit der damaligen innerpolitischen Situation in Amerika zusammen. Die 20er Jahre waren nämlich auch in Amerika keineswegs nur "golden", sondern sind durch eine geradezu hysterische Angst vor einem linken Umsturz (red scare) gekennzeichnet. Sozialisten und Gewerkschaftler wurden von den Vertretern der Industrie (big business) und des Staates gnadenlos verfolgt. Bekannteste Opfer dieser Kampagne waren die italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti, die nach einem äußerst dubiosen Prozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

All dies macht den Aufstieg des Klans verständlich, aber keineswegs entschuldbar. Doch in den 30er Jahren verlor der Klan sichtlich an Einfluß. Maßgebend war die eher liberale Innenpolitik des demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, der sich zugleich auch energisch dafür einsetzte, daß der Terrorfeldzug des Klans eingedämmt wurde, der in dieser Phase in vieler Hinsicht einer faschistischen Partei ähnelte. Im Unterschied zu einigen faschistischen Parteien, die es auch in Amerkia gab, verzichteten die Führer des Klans darauf, sich allzu offen am Vorbild des Faschismus zu orientieren. Selbst eine Umwandlung des Geheimbundes in eine Partei fand nicht statt.

Renaissance und Aktivitäten

In den 50er und 60er Jahren erkannte die amerikanische Administration endlich (eigentlich viel zu spät), daß die in den Südstaaten nach wie vor herrschende bzw. teilweise in diesem Jahrhundert wieder eingeführte Politik der Rassentrennung nicht mit den Grundsätzen der Demokratie und der amerikanischen Verfassung übereinstimmte. Verschiedene in den Südstaaten geltende Gesetze wurden als verfassungswidrig erkannt und aufgehoben. Noch wichtiger war, daß eine aus Schwarzen und Weißen gebildete Bürgerrechtsbewegung sich aktiv dafür einsetzte, daß die Schwarzen die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte (vor allem das Wahlrecht) auch ausüben konnten.

All dies stieß auf die scharfe Kritik vieler Südstaatler. Die Folge war, daß die zahlenmäßig und politische Bedeutung des schon fast totgesagten Klans wieder wuchs. Er führte verschiedene Terrorakte gegen schwarze Repräsentanten der Bürgerrechtsbewegung durch. Doch nachdem die Öffentlickeit empört und entsetzt auf diese Gewalttaten reagierten, griff die Bundesregierung scharf durch. Verschiedene Terroristen des Klans wurden festgenommen und verurteilt. Die Politik der Rassentrennung wurde fortgesetzt. Der Klan verlor wiederum an Einfluß. Er hatte den Kampf gegen die Rassenintegration, die er ziemlich isoliert und fast ausschließlich in den Südstaaten geführt hatte, verloren. In den 70er Jahren wurde sogar schon das Ende des Klans verkündet.

Der neue Klan, David Duke und die neofaschistischen Parteien

Dies war verfrüht. Der Klan überlebt. Er ist zwar in verschiedene rivalisierende Gruppen und Fraktionen gespalten, doch keineswegs bedeutungs- und machtlos. Hinzu kommt, daß er sein Auftreten und seine politische Taktik geändert hat. Dies gilt in zweifacher Hinsicht. Einmal ist hier das Bestreben des früheren (angeblich ist er ausgetreten) Führers des Klans David Duke zu nennen, sich ein gemäßigtes konservatives "Image" zu geben, ohne dabei seine grundsätzlich rassistische Einstellung zu verleugnen. David Duke konnte 1991 bei den



Gouverneurswahlen im Bundesstaat Louisiana und bei den Vorwahlen für die Präsidentschaft als republikanischer Herausforderer von Präsident Bush mehr als nur Achtungserfolge (zwischen 10 und 20 Prozent der Stimmen) erzielen.

Ebenfalls neu und vielleicht noch wichtiger ist die, wenn man will, Bündnispolitik des Klans. Er arbeitet eindeutig mit jugendlichen "Skinhead" zusammen, die als Schlägertruppen auftreten und eingesetzt werden. Eine enge Zusammenarbeit besteht ganz offensichtlich auch mit einigen neonazistischen Parteien, von denen es in Amerika mehr als 30 gibt. Die wichtigsten sind die "White Aryan Resistance" (WAR) (= Weißer arischer Widerstand) und die "Aryan Youth Movement" (AYM) (= Arische Jugendbewegung), die "Aryan Nations" (= Arische Nationen) mit Stammsitz in Coeur d´Alen im Bundesstaat Idaho, die "Christian Indentity Movement" (=Christliche Indentitäts-Bewegung), die "Posse Comitatus" und eine Organisation, die sich "the Convenant, the Sword and the Arm of the Lord (CSA) (=der Bund, das Schwert und die Macht des Herrn) nennt.

Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, ist folgendes hervorzuheben: Alle Bewegungen sind äußerst gewaltätig, es ist in den letzten Jahren zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern dieser faschistischen Organisationen und der Polizei gekommen. Bei einer von ihnen wurde übrigen der Gründer des CSA, Robert J. Matthews, getötet. Alle Bewegungen vertreten eine extrem rassistische Ideologie. Sie wenden sich keineswegs nur gegen (amerikanische) Schwarze, sondern auch gegen Juden und - dies ist besonders aktuell - gegen Asiaten. Auffallend und in gewisser Hinsicht eine amerikanische Besonderheit ist die pseudoreligiöse Orientierung, wie sie bereits in der Namensgebung einiger Bewegungen zum Ausdruck kommt. Das heißt, daß die angebliche rassische Minderwertigkeit insbesondere von Schwarzen mit dem (natürlich unberechtigten) Hinweis auf einige Bibelstellen begründet wird. Hier bestehen die sichtbarsten ideologischen Berührungspunkte zwischen dem sehr alten Klan und den neuen neofaschistischen Bewegungen.

Andererseits ist die Beeinflussung durch den europäischen, vor allem den deutschen Neonazismus nicht zu übersehen. Dies gilt vor allem für die "national-sozialistische" These von einem "Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, wie sie einige deutsche Neonazis in der Nachfolge der Gebrüder Strasser vertreten. In diesem Zusammenhang wurde der Deutsche Neonazi Michael Kühnen viel erwähnt, der in Amerika vor allem durch den "Führer" der NSDAP/AO (für Auslandsorganisation) Gary Lauk als Lincoln im Bundesstaat Nebraska bekannt gemacht wurde. Generell ist unverkennbar, daß auch die amerikanischen Neonazis enge Beziehungen zu ihren europäischen, hier vor allem wiederum deutschen Gesinnungsgenossen unterhalten.

(NY Transfer News Service)

USA: Demos "Hände weg vom Irak und Jugoslawien!"

Simultane Demonstrationen unter dem Motto *USA - Hände weg von Jugoslawien und Irak* wurden am 26. August in Minneapolis, Boston, Chicago und New York abgehalten. Zeitlich abgestimmt mit den Beratungen der UN und der EG, wie in Jugoslawien zu intervenieren sei, fanden die Demos zu dem Zeitpunkt statt, als Bush die Flugverbotszone über dem Südirak ankündigte.

Vom Internationalen Action-Center (IAC) wurden landesweit einige tausend Flugis *Kein Krieg gegen Jugoslawien oder Irak* ausgeschickt mit Infos und einem Info-Blatt *Keine US-Intervention in Jugoslawien.* Dieses Info-Blatt wurde auf allen Demos massiv verteilt.

Eine fortschrittliche britische Zeitung, der *Neue Arbeiter* (New Worker), schickte dem IAC einen Glückwunschbrief für ihre Antikriegskräfte in den USA, die den Protest organisierten.

In Boston marschierten die Demonstranten während der Rush-Hour in die Innenstadt vor das Rekrutierungszentrum der Armee. Nan Genger von der *Bewegung für eine Volksversammlung* (Movement for a Peoples Assembly), einer Organisation, die half, die Demo zu organisieren, sprach auf der Demo. *"Die Medien haben die Kriegsanstrengungen als humanitäre Hilfe getarnt, aber wir wissen, humanitäre Hilfe ist nicht Bush's Sache"*, meinte sie.

Sprecher von anderen Gruppen, die die Demo mitorganisierten, waren Bob Traynham von der Boston *Schulbusfahrer-Union Stahlarbeiterlokal 8751*, Brian Shea von der *Befreiungsfront der Behinderten* (Disabled People's Liberation Front), und John Pavlos von der *Koalition für eine Beendigung der US-Intervention im Mittleren Osten* (Coalition to Stop U.S. Intervention in the Middle East).

Ebenfalls anwesend waren die *Serbische Allianz* und *Free My People*, eine schwarze Jugendgruppe.

In Chicago marschierten 200 Menschen zum Hauptplatz. Bill Massey vom IAC sprach auf der Demo. Er sagte: *"Besser als Geld für den Krieg in Jugoslawien und im Irak auszugeben wäre es, es für die Obdachlosen zu verwenden, AIDS zu bekämpfen und die Bildung hier in den USA zu sichern. Es ist notwendig, gegen den Rassismus der US-Regierung gegenüber dem Irak, gegen verschiedene Gruppen in Jugoslawien und gegen den Rassismus hier bei uns zu kämpfen."*

Die Demo in Minneapolis wurde von dem ad hoc-*Komitee gegen die US-Intervention in Jugoslawien* organisiert. Sie fand während der Rush-Hous vor dem Regierungsgebäude statt. Lydia Luchic vom *Serbian Unity Congress* sprach auf der New Yorker Demo vor der US-Mission bei den Vereinten Nationen. Sie sagte, die imperialistischen Kräfte versuchten, das zu zerstückeln, *"was wir als Jugoslawien kannten"* und daß niemand aus diesen Ländern *"egal welcher Herkunft"* für die Imperialisten dort kämpfen solle, damit diese die Menschen der Region unterdrücken und ausbeuten können. Larry Holmes von MPA wies auf Zusammenhänge der US-Einmischung in Jugoslawien mit der Aggression gegen den Irak hin.



KRIEG UND LEICHEN - IMMER NOCH HOFFNUNG DER REICHEN